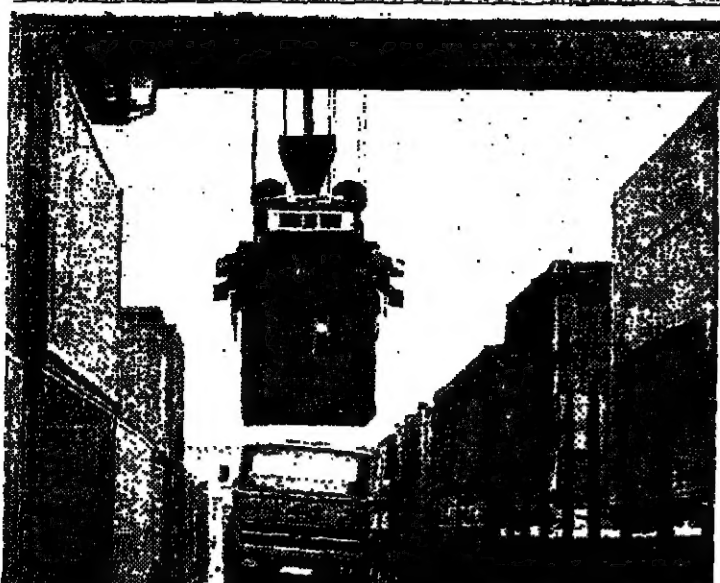


Dienstag, 8. April 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 204-1 / Anzeigenabteilung Kettwig (0 20 34) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

exklusiv in der WELT:



Fällt Deutschland unter die Räuber?

Im „Europäischen Bermuda-Dreieck“ rund um den Brenner einschließlich Norditalien, werden jährlich rund zweitausend LKW-Ladungen gestohlen - nicht selten containerweise (Foto). So verschwanden zum Beispiel in einem Jahr 25 Kaffee-Transporter. Nur zwei von ihnen tauchten wieder auf. Im heutigen Serienteil beschreibt der baden-württembergische Landespolizeipräsident Alfred Stümper die „Internationalisierung“ des organisierten Verbrechens.

Seite 6

POLITIK

Polen: Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher haben dem polnischen Außenminister Orzechowski in Bonn die Bereitschaft erklärt, die Zusammenarbeit mit Polen „auf allen Sachgebieten zu vertiefen“. (S. 12)

SDI: CSU-Chef Strauß hat der Auffassung von Außenminister Genscher widersprochen, die SDI-Abkommen hätten ausschließlich zivilen Charakter. Er forderte mehr Offenheit in der SDI-Diskussion. (S. 12)

Anschläge: Auf vier Strecken der Bundesbahn in Bayern sind offenbar von Gegnern der atomaren Wiederaufbereitungs-Anlage in Wackersdorf Anschläge verübt worden. (S. 5)

Gedenkstätte: Ein Ort der Bestimmung, an dem in Bonn politische Besucher entsprechend internationalen Protokoll einen Kranz niederlegen können, soll geschaffen werden. Das Vorhaben wird zum Diskussionspunkt zwischen den Fraktionen. (S. 5)

Indien: Die Regierung hat für die Polizei des Landes die höchste Alarmstufe ausgerufen, um möglichen Terroranschlägen entgegenzutreten. Die indische Regierung hat die indischen Neujahrstests vorzubeugen.

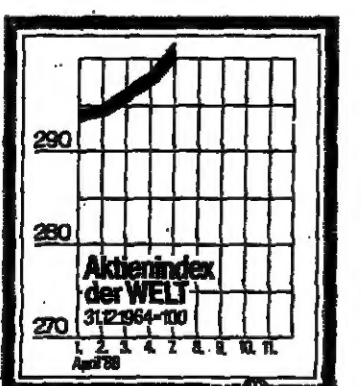
Philippinen: US-Verteidigungsminister Weinberger hat Manila umfangreiche Wirtschafts- und „notwendige Militärhilfe“ zugesagt, um die Regierung Aquino zu stabilisieren.

WIRTSCHAFT

Lufthansa: Um weitere vier Jahre soll der bis 1987 laufende Vertrag mit Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau nach Informationen der „Bild-Zeitung“ vom Montag verlängert werden. Um Ruhnau hatte es zuletzt Diskussionen gegeben.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte präsentierten sich zum Beginn der Woche in einer festen Verfassung. Am Rentenmarkt blieb die Tendenz bei mittleren Umsätzen uneinheitlich. WELT-Aktienindex 301,84 (298,58), BRF-Rentenindex 107,476 (107,430), BRF-Performance-Index 104,100 (104,027). Mittelkurs des Dollar

2,397 (2,380) Mark. Goldpreis je Feinunze 336,50 (334,50) Dollar.



KULTUR

Pastelle: Die Impressionen des flüchtigen Augenblicks besser festzuhalten, als es die Ölmalerei gestattet - der Louvre zeigt hervorragende Beispiele dieser Technik in der Ausstellung „Pastelle des 19. Jahrhunderts“. (S. 23)

Außenminister: E. M. Cioran ist ein in die Ewigkeit verlorener Humorist, ein Einzelgänger Melancholiker. Er versteht sich auf die Kunst, auch die trügerischen Dinge charmant auszusprechen. Heute wird Cioran 75 Jahre alt. (S. 23)

SPORT

Tennis: In Marco Island (Florida) verlor die Saarbrückerin Claudia Kohde das Finale gegen die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd mit 2:6 und 4:6. (S. 10)

Tischtennis: Bei den Europameisterschaften in Prag schlugen die deutschen Damen Rumänien mit 3:0. Die Herren gewannen mit 5:1 ebenfalls gegen Rumänien.

AUS ALLER WELT



Karat: „Diamanten sind der Frauen beste Freunde“, sagt Modell Ingrid (Foto) und trägt sie hochkarätig, in einem Wert von mehreren Millionen Mark. (S. 24)

Wein: Der italienische Landwirtschaftsminister Pinoldi will heute seine Amtskollegen in Bonn und Paris davon überzeugen, daß nicht alle Weine aus seinem Land vergiftet sind. Rom versucht, die Schäden aus dem Weinskandal für die heimische Wirtschaft in Grenzen zu halten. (S. 24)

Umwelt - Forschung - Technik
Leserbriefe und Personalien
Fernsehen
Wetter: Freundlich und warm

Seite 6
Seite 9
Seite 22
Seite 24

Bundesregierung dämpft die Befürchtungen der Bauern

Kiechle zur WELT: „Es gibt kein akutes Problem durch EWS-Änderung“

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Die deutsche Landwirtschaft wird von den jüngsten währungsrechtlichen Beschlüssen jetzt nicht getroffen. Dies haben gestern Landwirtschaftsminister Ignatz Kiechle und Finanzminister Gerhard Stoltenberg ausdrücklich festgestellt, nachdem es zuvor Kritik von der Opposition, aber auch neue Forderungen von Deutschen Bauernverband gegeben hatte. Wie Kiechle im Gespräch mit der WELT betonte, hat sich allenfalls das politische Umfeld für die laufende Brüsseler Preisrunde verändert. Die neue französische Regierung könnte geneigter sein, den Vorschlägen der EG-Kommission zuzustimmen, als dies zuvor der Fall war.

Für eine gewisse Unruhe hatten die jüngsten Beschlüsse gesorgt, da heute in der Stadthalle von Bad Godesberg eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes stattfindet, auf der neue Forderungen beschlossen werden sollen, um die Einkommenssituation der Bauern zu verbessern.

Am Montag trifft Bundeskanzler Helmut Kohl in der Nähe von Hannover mit den Spitzen des Bauernverbandes zusammen, bevor am Mittwoch nächster Woche das Bundeskabinett über die Marschroute für Ignatz Kiechle in der Brüsseler Preisrunde und über flankierende Maßnahmen für die deutschen Bauern beschließen wird.

Kiechle und Stoltenberg haben gestern noch einmal auf den Beschluß der EG-Finanzminister vom Wochenende zur Leitkursänderung im Europäischen Währungssystem und auf die Folgen für die Agrarpreise hingewiesen. Einstimmig hatten die EG-Minister beschlossen: „Ungeachtet anderer Regionen werden Mitgliedstaaten, die an dem Wechselkursmechanismus des Währungssystems teilnehmen, für die negative Währungsausgleichsbeträge entstehen oder geändert werden, keinerlei Veränderungen in den Ausgleichsbeträgen vor dem Ende der gegenwärtigen Agrarpreisrunde beantragen. Es wird festgestellt, daß die Kommission keinerlei Vorschläge machen wird, die eine solche Auswirkung haben könnten.“

Im Klartext bedeutet dies: Die französische Regierung verzichtet bis zum Ende der laufenden Preisverhandlungen darauf, nach den Währungsbeschlüssen die Preise für ihre Landwirte in nationaler Währung um bis zu sechs Prozent anzuhängen.

Für die deutsche Landwirtschaft, so Kiechle, passiere im Augenblick durch die Auf- und Abwertungen überhaupt nichts. Wegen der Aufwertung der Grünen Europäischen Währungsrechnung kommt es in der Bundesrepublik nicht zu einem Grenzumschlag. Dies hat seinen Grund in der 1984 auf deutschen Wunsch erfolgten Änderung des Systems.

„Es gibt eigentlich kein sachliches, nur ein politisches Problem. Und dies wird erst dann relevant und akut, wenn der Abbau der jetzt vorhandenen negativen Grenzausgleichsbeträge erfolgt“, betonte Kiechle. Zwar wollten die Franzosen möglichst rasch abbauen, aber darüber sei ein Urteil erst nach Abschluß der Preisverhandlungen möglich.

Angesichts der schwierigen Preisverhandlungen in Brüssel hat Kiechle die Absicht, mit Kanzler und Finanzminister noch einmal über die Probleme zu reden. Immerhin habe die Kommission jetzt zum dritten Mal Vorschläge auf den Tisch gelegt, die auf eine Preissenkung hinausläufen. Mißlich sei die Situation deshalb, weil in Brüssel kein Geld mehr vorhanden sei, um eine leichte Preiserhöhung zu finanzieren. Das Geld werde benötigt, um Produktionen, die niemand haben will, zu verschenken.

Die Forderungen aus dem Bauernverband, die Ausgleichsbeträge für die Krankenversicherung und die Altershilfe der Landwirte aufzustocken, stoßen bei Kiechle auf offene Ohren. Diese Maßnahmen hätten den Vorteil, daß sie national durchgesetzt und sozial gestaltet werden könnten. Stoltenberg brachte gestern eine weitere Erhöhung der Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete um 100 Millionen Mark ins Gespräch.

Die neuen Wechselkurse

	Ankauf	Verkauf
100 Belgische Franc	4,787	5,007
100 Luxemburg-Franc	4,787	5,007
100 Österliche Kronen	26,400	27,615
100 Französ. Franc	30,030	31,410
1 Irisches Pfund	2,933	3,068
1000 Italienische Lira	1,348	1,517
100 Holländ. Gulden	84,780	90,770

USA fordern europäische Aktivitäten

Reaktion auf Terror / Burt: Khadafi vom diplomatischen Verkehr „exkommunizieren“

FRITZ WIRTH, Washington
„Es gibt klare Anzeichen dafür, daß Libyen beim Anschlag in Berlin seine Hände mit im Spiel hatte“, erklärte der Bonner US-Botschafter Richard Burt gestern in einem Fernseh-Interview in New York. Burt machte Andeutungen, daß dieser Anschlag möglicherweise von einem libyschen „Volksbüro“ im Osten ausgegangen sei. Die US-Regierung habe schon Tage vor dem Anschlag Hinweise über mögliche Terrorakte in der Stadt erhalten und sofort Kontakt mit ost-deutschen und sowjetischen Behörden aufgenommen. „Wir sagten ihnen, daß wir besorgt seien über die Möglichkeit einer Attacke, die von einem Volksbüro im Osten ausgeht“, sagte Burt. Auch die „DDR“ und die Sowjets hätten „eine wichtige Verantwortung für den Frieden und die Sicherheit der Stadt haben“.

Burt wies die Vermutung zurück, daß dieser Anschlag ein Signal für eine neue anti-amerikanische Welle in Deutschland sei: „Ich hoffe jedoch, daß dieser Anschlag das europäische Bewusstsein über die Bedrohung durch Terrorismus geschärft hat. Wir sprechen mit den Europäern darüber, Maßnahmen zu unternehmen und die Bedrohung durch Khadafi zu erkennen und zu tun, was ich schon vor zwei Monaten „auftragt worden war zu tun, nämlich Khadafi von normalen diplomatischen Beziehungen zu exkommunizieren.“

Ebenso wie Burt haben in den letzten Tagen eine Reihe anderer Regierungsbeamte wachsenden Druck auf europäische Bündnispartner zu erkennen gegeben. Khadafi diplomatisch wie wirtschaftlich weiter zu isolieren. Robert Oakley, der Leiter der Anti-Terrorismus-Abteilung im US-Außenministerium, beklagte, daß die internationale Kooperation im Kampf gegen Khadafi nicht ausreichend sei und wandte sich gegen jene, die den Kampf gegen Khadafi als „einen amerikanischen Kreuzzug“ oder eine

SEITEN 2 UND 3: Weitere Beiträge

„amerikanische Besessenheit“ bezeichneten. Oakley wies mit Statistiken nach, daß nicht die Amerikaner die Hauptleidtragenden des Terrors seien. So seien im Jahre 1985 insgesamt in der Welt 928 Menschen durch Terroranschläge getötet worden, von denen nur 23 Amerikaner gewesen seien. Er rief die US-Bürger außerdem auf, sich durch diese Terrorakte nicht in eine „Festung Amerika-Mentalität“ versetzen zu lassen, sondern ihre Reisefähigkeit nach Europa wie gewohnt fortzusetzen.

CIA-Direktor William Casey hat zwischen den Terrorakten und einer umfassenden sowjetischen Kampagne mit dem Ziel, die Verbündeten der USA in der ganzen Welt zu schwächen, einen Zusammenhang hergestellt. Um der wachsenden Drohung des weltweiten Terrorismus zu begegnen, hätten die USA ihre „strategische Zusammenarbeit“ mit den Geheimdiensten Israels und der gemäßigten arabischen Staaten verstärkt.

Die Berliner CDU will Lummer („Das ist schon seit 20 Jahren mein Wunsch“) 1987 in den Bundestag entsenden. Außerdem soll er nach Aufgab des Senatsamtes Mitglied im Landesvorstand werden.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, will den Hinweis auf Verbindungen des zurückgetretenen Innenministers Lummer und des in die Berliner Schmiedegeldaffäre verwickelten Autokreditors Otto Putsch zum Bundesnachrichtendienst (BND) nachgehen. Er kündigte an, dieses Thema in der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Bundestages zur Sprache zu bringen.

Wiegand Henneke (57), waschechter Berliner aus dem Stadtteil Zehlendorf, gehörte 1948 zu den Gründern der Freien Universität. Der promovierte Volkswirt gehört seit 1955 der

CDU an und war 14 Jahre Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, zehn Jahre leitete er dort den Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen. 1972 wechselte Henneke in die Wirtschaft und wurde in Frankfurt zunächst Vorstandsmitglied der Deutschen Pfandbriefbank.

Nur ein groß angelegtes Aufforstungsprogramm kann verhindern, daß noch bewaldete Gebiete im Zentrum und Süden Äthiopiens in den nächsten 20 Jahren zu Wüsten werden. Das hat die Weltbank in einer Untersuchung festgestellt. Seit Beginn dieses Jahrhunderts seien die Waldgebiete von 40 auf drei Prozent des äthiopischen Staatsgebiets zurückgegangen. Der stellvertretende äthiopische Landwirtschaftsminister, Aklu Gire, teilte seinerseits mit, daß in diesem Jahr auf einer Fläche von 192 000 Hektar über 850 Millionen Bäume gepflanzt werden sollen.

In Panama noch keine Einigung

DW, Panamastadt

Wegen anhaltender Meinungsunterschiede zwischen den Vertretern der mittelamerikanischen Staaten sind die Beratungen auf der Contadora-Konferenz in Panama unterbrochen worden. Bei den Verhandlungen am Wochenende sei über 90 Prozent der Fragen eines Friedensvertrags für Mittelamerika ein Konsens erzielt worden, erklärte der Außenminister von Panama, Abadía. Umstritten blieben die Fragen der ausländischen Interventionen in der Region und eines Terminplans für die Verhandlungen bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags.

Weltbank warnt vor Versteppung

DW, Addis Abeba

Nur ein groß angelegtes Aufforstungsprogramm kann verhindern, daß noch bewaldete Gebiete im Zentrum und Süden Äthiopiens in den nächsten 20 Jahren zu Wüsten werden. Das hat die Weltbank in einer Untersuchung festgestellt. Seit Beginn dieses Jahrhunderts seien die Waldgebiete von 40 auf drei Prozent des äthiopischen Staatsgebiets zurückgegangen. Der stellvertretende äthiopische Landwirtschaftsminister, Aklu Gire, teilte seinerseits mit, daß in diesem Jahr auf einer Fläche von 192 000 Hektar über 850 Millionen Bäume gepflanzt werden sollen.

Preise im März gesunken

DW, Wiesbaden

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist im März um 0,2 Prozent im Vergleich zum Februar gesunken. Der Index lag damit nur um 0,1 Prozent über dem Stand vom März des vergangenen Jahres. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden bestätigte mit diesen Angaben gestern seine Vorhersage vom 28. März, die aufgrund der Ergebnisse von vier Bundesländern errechnet wurde. Im Januar und Februar 1986 hatte der Abstand gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat 1,3 beziehungsweise 0,7 Prozent betragen.

DER KOMMENTAR

Wer alles zerredet

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Nachdem der Qualm, der in den letzten Tagen von den deutschen Äckern aufgestiegen ist, etwas verlöschen ist und nicht mehr den Blick auf die jüngsten währungsrechtlichen Beschlüsse verleiht, steht fest, die deutschen Landwirte sind besser über die Runden gekommen, als ihre Standesvertretung den Anschein erweckt. Jedenfalls bietet das, was jetzt innerhalb des Europäischen Währungssystems abgesegnet wurde, keinen Anlaß für neue Ausgleichsforderungen, auch wenn dieses heute auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Bauernverbandes in der Stadthalle von Bad Godesberg wieder auf den Tisch kommen wird. Aber Landwirtschaftsminister Ignatz Kiechle will für die notwendige Klarstellung sorgen.

Geändert hat sich in diesem Bereich allenfalls die politische Gefechtslage. Da die Franzosen unter bestimmten Kautelen einen nationalen Spielraum für ihre Bauern erhalten könnten, besteht nur die vage Möglichkeit - so vorsichtig muß schon formuliert werden -, daß Paris den Preisvorschlägen der EG-Kommission, die von Bonn abgelehnt werden, jetzt eher zustimmt als vorher.

Überhaupt stehen die Bauern vor dem Problem, daß ihre Sorgen nicht mehr ernst genommen werden, wenn der Berufstand überzieht. Die Kirche, um bei einer alten Volksweisheit zu bleiben, sollte schon im Dorf bleiben. Es ist leicht, eine Regierung dadurch, daß eine immer größere Begehrlichkeit in den eigenen Reihen geweckt wird, schlecht aussehen zu lassen. Paradiesische Zustände sind der Wunsch vieler. Auch wenn heute neue Forderungen der Bauern präsentiert werden, kann das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung bereits neue Subventionen so gut wie beschlossen hat.

Wer alles zerredet, der macht auch die Hilfsbereitesten mutlos. Daß sich diese Regierung für die Bauern in die Bresche schlägt, sollte anerkannt werden. Dies ist sinnvoll, als alles und jedes darauf abzuklopfen, ob sich daraus nicht immer neue Forderungen ableiten lassen.

Mitterands Kampf gegen die Isolation

DW, Paris

Mit einer „Gegenregierung“ zum Kabinett Chirac wehrt sich der französische Staatspräsident Mitterand gegen die Isolation, in die ihn die Bürgerlichen drängen wollen. In seinen neuen Führungskreis hat er eine Reihe ehemaliger Minister berufen, die den Status von Präsidentenberatern erhalten. Das Gremium soll ihm Argumentationshilfen liefern und außerdem die alten Verbindungen zu den Ministerien aktivieren, um sich Zugang zu Informationen zu sichern. Seite 8: Die „Gegenregierung“

Blum appelliert an Gewerkschaften

gba, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blum hat an die Gewerkschaften appelliert, mehr Kraft für gemeinsame Aktionen mit Arbeitgebern und Staat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufzuwenden, als für ihre Proteste gegen die Regierung. Im Gespräch mit der WELT machte der Minister auch deutlich, daß er sein Amt fortzuführen möchte: „Eine Legislaturperiode ist zu wenig für eine gute Sozialpolitik.“ Seite 12: Für Arbeitslose einsetzen

45 Länder stellen in Hannover aus

DW, Hannover

Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird heute in Hannover die diesjährige Industrie-Messe eröffnen. Mit mehr als 5500 Ausstellern aus 45 Ländern gilt sie als größte Wirtschaftsausstellung der Welt. In 22 Hallen soll der neueste Stand der industriellen Technik gezeigt werden. Nach Auffassung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber wird die Messe die deutsche Spitzenstellung in der Technik bestätigen. Seite 2 und 13: Weitere Beiträge

Regierung in Warschau will Arbeitsgesetz verschärfen

Bericht einer Untergrund-Zeitschrift über geheimes Protokoll

JOACHIM G. GÖRLICH, Bonn
Nach Darstellung der polnischen Untergrund-Zeitschrift „Obraz“ wird seit Juli 1985 „habeis konspirativ“ ein neues, verschärftes Arbeitsgesetz von der Warschauer Führung vorbereitet. Wie die Zeitschrift schreibt, geht das aus einem vertraulichen Sitzungsprotokoll des polnischen Ministerrates (Nr. 9/85) vom Juli vergangenen Jahres hervor. Die Ministerrunde gelangte damals zur Feststellung, daß das inzwischen elf Jahre alte Arbeitsrecht, das in der Solidarnosc-Ära zu Gunsten der Arbeitnehmer novelliert wurde, zu sehr die Arbeitnehmerrechte ausgebaut hat. Im alten Arbeitsrecht ist noch von mehreren Gewerkschaften die Rede, denen sich die Arbeiter anschließen können, und von besonderen Rechten der Gewerkschaftsfunktionäre.

Der Arbeiter müsse indessen mehr Verantwortung für seine Leistung tragen, die Arbeitsdisziplin verschärfen werden, empfiehlt das Geheimprotokoll. Die neuen Staatsgewerkschaften sollen mehr Rechte erhalten. Ebenso soll der Handlungs-

spielraum der Betriebsdirektoren und der Arbeitsgerichte wieder ausgebaut werden. In dem Protokoll werden die am neuen Arbeitsgesetz arbeitenden KP-Theoretiker angewiesen, bis auf weiteres auch das Recht auf die arbeitsfreien Samstage, wie sie die Solidarnosc-Gewerkschaft der Regierung abtrotzte, zu kassieren. Das neue Gesetz soll „gewisse Formen des Arbeitszwanges“ beinhalten.

Das bisher gültige „Modell des Arbeiters“ als herausragende Figur des Sozialismus soll jedoch abgebaut werden. Der Arbeiter solle folgsamer werden und bescheidenere Ansprüche stellen, heißt es in den Anweisungen des Geheimprotokolls. Inzwischen wurde das verschärfte Gesetz der neuen nationalen Front, PRON, ebenfalls in geheimer Sitzung vorgelegt. Gleichzeitig berieten die neuen Staatsgewerkschaften in einer solchen Sitzung das Gesetz. Beide haben nach Angaben der offiziellen polnischen Presse dem verschärften Inhalt jetzt zugestimmt. Seite 2: Überlieferte Antwort

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Übereilte Antwort

Von Enno v. Loewenstern

Er führe ja die Finanzverhandlungen mit Polen nicht, sagte Bundesaußenminister Genscher, „aber wer den Menschen helfen und nicht kurzfristige Schlagzeilen machen will“, täte gut daran, eine Verbesserung der Beziehungen anzustreben. „Alle Menschen, die in der Vergangenheit von Junktim geredet haben, haben nichts erreicht. Dagegen haben die etwas geschaffen, die durch eine Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses schwierige, auch schwierigste humanitäre Fragen Schritt für Schritt lösbar gemacht haben.“

Dies war Genschers Antwort an den Vertriebenen-Präsidenten Herbert Czaja, der ein Junktim zwischen Bonner Kreditzusagen und polnischen Zugeständnissen im humanitären Bereich gefordert hatte. Sie liest sich auf den ersten Blick sehr diplomatisch-erfahren und realitätspolitisch, zumal da wir immer wieder hören, daß die Regime im Osten sich prinzipiell nichts abnötigen ließen. Ein Entspannungspolitiker läßt sich auch nicht durch den Hinweis irritieren, daß Bonn sich bei Südafrika usw. keineswegs geniert, die Menschenrechte öffentlich einzufordern – im Stehen, nicht auf dem Sofa.

Junktim sind in der Tat bei kaum einem Regime durchzusetzen, das nicht vor der Selbstauflage steht. Andererseits werden humanitäre Fragen nie allein durch bessere Beziehungen gelöst – Zwangsregime lassen niemanden um unserer blauen Augen willen gehen – sondern allein durch Geld, verbunden mit Druck.

Ein Außenpolitiker sollte sich Forderungen, wie Czaja sie aussprach, gegenüber dem Besucher diplomatisch zunutze machen als legitime Ansprüche der öffentlichen Meinung, anstatt diese Forderungen öffentlich abzubügeln. Letzteres ermutigt den Besucher in seiner harten Haltung und läßt den Eindruck entstehen, der Besucher und die „Beziehungen“ seien im Namen einer falsch verstandenen Kontinuität ein Wert an sich; wichtiger als das, was dort erreicht werden könnte. Wir haben schon etliche Milliarden in Polen investiert, von denen die polnischen Menschen selbst nichts hatten; die Gegenleistungen an uns sind sehr umstritten und würden vielleicht eher überzeugen, wenn nicht jeder Hinweis auf das do-ut-des-Prinzip gar so eifrig zurückgewiesen würde.

Scheitert Contadora?

Von Günter Friedländer

Die Contadora-Länder (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) und ihre im allgemeinen passive Hilfsgruppe (Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay) haben ihre Tätigkeit wieder einmal niedergelegt. Sie sind an der Unnachgiebigkeit Nicaraguas gescheitert.

Am Wochenende hatte die Gruppe, die sich das Aushandeln eines Friedensvertrags zwischen Nicaragua und den Nachbarländern zum Ziel gesetzt hat, die Länder Mittelamerikas aufgefordert, endlich den Junibeginn als Datum für die Unterschrift eines Friedensvertrags festzulegen. Die Contadora-Bemühungen waren fast fünf Monate lahmgelegt gewesen, weil Nicaragua Wahlen in den Nachbarländern zum Vorwand genommen hatte, die Verhandlungen zu unterbrechen. Der wirkliche Grund war aber die Unwilligkeit der Sandinistas gewesen, ihre Pflichten im Rahmen eines Friedensvertrages festzulegen. Die Begrenzung ihrer Aufrüstung, die Entlassung der ausländischen militärischen Berater und den Dialog mit den „Contras“.

Nach dem neuesten Scheitern sprechen Beobachter abermals vom Ende der Contadora. Die beteiligten Länder hatten allerdings ihre Bemühungen kompromittiert, indem sie die von Reagan geplante Hilfe für die „Contras“, die in Nicaragua gegen das kommunistische Regime kämpfen, diffamierten: Sie behaupteten, daß diese Hilfe „in nicht umkehrbarer Weise“ die Friedensverhandlungen in Mittelamerika beeinträchtigen würde, und nannten das eine „diplomatische“ Ablehnung des Reagan-Plans. Dabei gingen sie nicht darauf ein, daß der Präsident die Hilfe für notwendig hält, gerade weil die Sandinistas sich in längeren direkten Geheimverhandlungen mit den USA völlig unwillig zeigten, einen Frieden in Mittelamerika auszuhandeln – sie denken nicht daran, auf ihre weltrevolutionären Expansionspläne zu verzichten, solange nicht militärischer Druck sie dazu zwingt.

Würde die Contadora-Gruppe die Versuche der USA ergänzen, in Mittelamerika zu einem Kompromiß zu gelangen, könnte sie Erfolg haben. Wenn sie es vorzieht, an der Seite Nicaraguas die Rolle der USA in Mittelamerika herabzusetzen, bleibt sie zum Scheitern verurteilt.

Murdochs neuer Streich

Von Reiner Gatermann

Rupert Murdoch hat die englischen Gewerkschaften wieder einmal in Verlegenheit gebracht. Im Januar verlegte er überraschend Redaktion und Druck seiner vier britischen Tages- und Sonntagszeitungen aus der Gray's Inn Road in der Bannmeile der Fleet Street ein paar Meilen östlich nach Wapping. Die traditionellen Druckergewerkschaften ließ er damit vor der Tür. Jetzt teilte er den Gewerkschaften ebenso überraschend mit, daß er ihnen das Gebäude an der Gray's Inn Road mit dem gesamten Druckereibetrieb schenke.

In gewisser Hinsicht müßte die Übernahme der voll intakten Druckerei den Gewerkschaften gelegen kommen, denn eine ihnen nahestehende Gruppe bereitet die Herausgabe der „News on Sunday“ vor und hat noch keine Druckerei. Zwar hat diese Gruppe noch Schwierigkeiten, die erforderlichen (umgerechnet) 28 Millionen Mark aufzubringen. Aber daran kann das Vorhaben nicht scheitern; soviel Geld haben die Gewerkschaften allemal. Nur: Nähmen sie die Offerte an, müßten sie sich erstmals in ihrer Geschichte als Arbeitgeber versuchen. Das wäre vielleicht für das britische Wirtschaftsleben gar nicht so schlecht. Denn dann müßten sie wohl bald einsehen, wie unrealistisch ihre Forderungen an die Arbeitgeber sind, nicht zuletzt im Zeitungsgewerbe.

Das, und die Gefahr des Scheiterns als Unternehmer, stellt ein Risiko für die Gewerkschaften dar. Ihnen ist natürlich auch nicht das deutsche Beispiel entgangen, wo es sich gezeigt hat, wie leicht man Ansprüche an andere stellen kann und wie schwer es ist, wenn man beweisen muß, daß die Forderungen auch wirklich erfüllbar sind.

Dementsprechend reagierten die Gewerkschaften auf das 210-Millionen-Mark-Angebot zurückhaltend: Man müsse es genauer prüfen; es könne nur Bestandteil eines größeren Übereinkommens sein, in dessen Mittelpunkt die Wiedereinstellung oder Abfindung der knapp sechstausend streikenden und entlassenen Murdoch-Mitarbeiter stehe. Aber gerade dieser Forderung begegnete der Verleger, indem er die Druckerei anbot – nun müssen die Gewerkschaften erklären, warum sie dort nicht ihre Mitglieder beschäftigen wollen.



KLAUS BÖHL

Aufatmen in Berlin

Von Herbert Kremp

Aufatmen geht nicht nur durch die Reihen der regierenden Parteien in Berlin und Bonn. Die Senatskrisen in der alten Metropole Deutschlands schädigte nicht nur den Ruf einer großen Stadt. Berlin ist ein Symbol. Ausweis für den Wert und für die Kraft freier Lebensform und gleichzeitig ihr empfindlichster, am leichtesten und schnellsten verletzbarer politischer Punkt. Noch eine Senatskrisen, ein Wiedererwachen der Gewalttätigkeit gegen die alliierten Schutzkräfte – und das Gerede von der unrettbaren, der sterbenden Stadt macht sich wieder breit.

Sind sich die Parteien dieser Gefahr bewußt, der nationalen Verantwortung, die nicht erst das internationale Echo zum Bewußtsein bringt? Wer immer glaubte, das Viermächteabkommen von 1971 habe Berlin in eine „Stadt wie jede andere“ verwandelt, glaubte etwas Falsches. Sie ist auch nicht eine „besondere“ Stadt, wie modische Konflikttheorien meinen, sondern nach Bedeutung und Umfeld eine gewaltige Herausforderung. Parteien, die Macht verteilen wie ein Bärenfell, werden ihr nicht gerecht.

Die Daten Berlins: die Erfolge seiner Wirtschaftspolitik, die steigenden Zahlen der Zuwanderung und des Reiseverkehrs, das reiche Kulturleben und die gekräftigte Zuversicht in der Stadt stehen zu dem politischen Tief, das sie überzieht, in seltsamem Widerspruch. Seit Richard von Weizsäcker 1981 den Stab in die Hand genommen hatte, machen sich Antriebskräfte bemerkbar. Sein Nachfolger Diepgen erzielte für die CDU das beste Wahlergebnis in der Kanzlerzeit Helmut Kohls. Die politische Kraft, die das politische Haus des Interims-Bürgermeisters Hans-Jochen Vogel besetzt hielten, wurden zurückgedrängt. Das zählt nicht nur für die Berliner. Innenminister Lummer, von Weizsäcker seinerzeit ins Amt berufen und vom Abgeordnetenhaus gewählt, besitzt daran einen wesentlichen Anteil. Dies erklärt seinen Rückhalt in der Bevölkerung. Der „Heinrich fürs Grobe“, der „Lummi“, wie ihn seine Anhänger nennen, ist ein Mohr, der seine Pflicht getan hat, die ihm geheißenen ward, und der nun gehen muß – auch weil er so schwarz ist.

Die Krise mitten im Erfolg – woher kam sie eigentlich? Entstieg sie

der Luft des Milieus, wie es sich ballt und bläht, wenn eine Weltstadt geographisch isoliert und finanziell subventioniert ihre Geltung behaupten muß? Ist die Krise eine Krise des Personals?

Weltkrisen hat Berlin hervorragend überstanden, „das Normale“ bekam ihm nicht so gut. Diepgen ist nicht der erste Regierende Bürgermeister, der im aufsteigenden Bodensatz des Milieus die Orientierung zu verlieren drohte. Zwei Sozialdemokraten, Schütz und Stobbe, führten das Schiff auf Grund, bevor der Wellenschlag der Wahlen wieder Wasser unter den Kiel brachte. Weizsäcker holte frische Talente, Freiwillige aus dem „Reich“ – von der bodenständigen CDU zwar begrüßt, aber doch nicht allzu gern gesehen. Sie wäre sich jeher lieber „unter sich“ geblieben.

Diepgen, selber Berliner und im Amt bitter belehrt, bemühte sich über Wochen um attraktive Zuwendungen von außen. Im Bundesgebiet und bei der eigenen, eifersüchtigen Parteiorganisation in der Stadt rannte er jedoch zunächst gegen zugewandene Türen. Die FDP, gern in der Regierung, solange der größere Partner Lasten und Verantwortung trägt, wollte von ihrem Senator Vetter nicht lassen. Daraus entstanden Verzögerungen, die am Ansehen des Bürgermeisters zehrten und Zweifel an seiner Führungsernergie nährten. Die Lösung, die er jetzt gefunden hat, ist den

Verhältnissen entsprechend zufriedenstellend. Senator Kewenig, in der Hochschulpolitik erfolgreich, löst Lummer ab, der frühere Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Turner, wird Wissenschaftssenator, den heiklen Bausest übernimmt das Vorstandsmitglied in der Deutschen Girozentrale, Wiegand Hennecke.

Ist die Kommunal-Krise damit überwunden? Die CDU, der Bürgermeister und seine Koalition haben Schaden genommen. Die neuen Senatoren müssen vom Stadtparlament gewählt werden, die Opposition, Sozialdemokraten und Alternative, werden nicht auf die Chance verzichten, den Senat (und damit indirekt die Bundesregierung in Bonn) zu bekämpfen. Rücksicht auf Berlin zählt im „Wahljahr“ 1986 nicht. Die Auseinandersetzung bleibt auf Partei-Niveau, obwohl die Affäre und ihre Lösung auf einen Zusammenhang hinweisen, der unterschiedslos alle Parteien betrifft. In Berlin zeigte sich nur in besonders krasser Form, was es bedeutet und wozu es führt, wenn der Staat und die von ihm dirigierte Verwaltung von Personen geführt werden, die in ihrem Leben nichts anderes gelernt und geleistet haben, als sich in der Organisation politischer Parteien hochzuheben und durchzusetzen. Der Politiker, der von außen kommt, aus dem Risiko des Berufslebens ist zur Selbsterhaltung geworden. Nach ihm müssen Suchkommissionen fahnden.

Der jüngste Fall Berlin gilt fürs Ganze: Die Schule des Berufs ist die Schule der Nation. Erst die Lebenserfahrung bietet die Zurechtweisung für das politische Amt. Der Berufspolitiker führt eine subventionierte Existenz, er ist von Abhängigkeiten, eben vom Milieu, bedroht. Die Parteien sind in diesem Sinne schlecht durchdrungen. Das Bild eines Verantwortlichen, der sich auf einem Empfang ein Geldkouver für den Kassenswart der Partei zustecken läßt, wird unweigerlich zur Karikatur. Damit fängt sozusagen harmlos an, was böse endet. Die Veränderung des Milieus beginnt nicht mit Regierungsumbildungen, sondern mit der unabhängigen Persönlichkeit. Sie ist schwer zu finden; aber nur sie macht wirklich Staat.



Unabhängige Persönlichkeiten suchen: Diepgen FOTO: DPA

IM GESPRÄCH George Turner

Kein bequemer Mann

Von Paul F. Reitze

Die Nachricht schlug an der Universität Stuttgart-Hohenheim wie die sprichwörtliche Bombe ein. „Wir sind sprachlos“, hieß es. Man wolle „nicht recht daran glauben“. Dann kam die Bestätigung: Professor George Turner, seit 1970 Präsident der Hochschule, wird neuer Wissenschaftssenator in Berlin. Der bisherige Amtsinhaber, Professor Wilhelm A. Kewenig, übernimmt das Amt des Innenministers.

Turner, 1935 als Sohn eines Landwirts in Insterburg/Ostpreußen geboren, ist ein auf Innovation setzender, die Schlagzeilen suchender Manager. Von Haus aus Spezialist für bergrechtliche Fragen, hat er früh die Liebe zur Hochschulpolitik entdeckt, mit steter Karriere. Seit 1976 war er Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK). Als Professor Hansjörg Steinlin (Freiburg) auf seine Wiederwahl als Präsident dieser Organisation aus Gesundheitsgründen kurzfristig verzichten mußte, stellte sich Turner zur Verfügung. Er bekleidete das Amt von 1979 bis 1983. Immer wieder gab es Gerüchte, Turner dränge es in die Politik.

Der parteilose Jurist verordnete Stuttgart-Hohenheim als erster deutschen Hochschule eine Organisations- und Wirtschaftsprüfung durch eine unabhängige Gesellschaft. Die kräftige Erweiterung der einstigen Landwirtschaftlichen Hochschule ist zu einem gut Teil sein Werk. Früher setzte er sich für eine enge Kooperation von Universität und Wirtschaft ein. Es gelang ihm, Industrielle zu großen Stiftungen zu animieren.

Mit seinem Vorgänger Kewenig ist sich Turner darin einig, daß der Studienbetrieb in der Bundesrepublik neu gestaltet werden muß, aus zwei Gründen. Der Studentenstrom soll kanalisiert werden, damit die Qualitätsstandards wieder besser werden. Zugleich soll das Gros der Absolventen früher in den Beruf gehen können. Turner hat, ähnlich Kewenig, ein



Managertyp an der Hochschule: Berlins neuer Wissenschaftssenator Turner FOTO: DPA

abgestuftes System vorgeschlagen. Er ist überzeugt davon, daß, wie fast überall in Europa, die Schulzeit bis zum Abitur verkürzt werden kann. Nach drei Jahren sollen dann rund drei Viertel aller Studenten mit einem berufsqualifizierenden Abschluß die Alma mater verlassen; heute liegen die durchschnittlichen Studienzeiten doppelt so hoch. Nur: einer Elite möchte Turner das Recht auf einen weiteren Verbleib an der Hochschule einräumen, etwa zur Promotion.

Ein Lieblingsthema des neuen Senators: Seit Jahren fordert er, die für die Numerus-clausus-Fächer zuständige „Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen“ (ZVS) in Dortmund aufzulösen. Wer von den Hochschulen einen effizienteren Betrieb fordern, müsse ihnen auch gestatten, ihre Studenten selber auszuwählen, nach dem Beispiel der USA.

Turner ist ein unersetzter, bulliger Typ. Im Gespräch entwickelt er Charme, ist ein guter Zuhörer. Sein Arbeitsstil ist sehr direkt. Reibungsverluste, an den Hochschulen alltäglich, bringen ihn zur Weißglut. Als Präsident der WRK war Turner für die Politiker kein bequemer Partner.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Münchener Merkur

Er schreibt zur Politik des Vatikans:

Johannes Paul II. hat von Beginn an die „Politik des Evangeliums“, wie sie von dem Begründer der Befreiungstheologie, dem Peruaner Gutierrez, und seinen Geistesverwandten gepredigt wird, strikt abgelehnt. Als Hauptgefahr sieht der polnische Papst, daß die Grenzen zum Marxismus einengen und damit Gewalttätigkeiten den Weg bereiten, die schlimmer sind als die Armeen der Armen in der Dritten Welt befreien wollen. Die neue Instruktion vermeidet jede namentliche Bezeichnung wie „Marxismus“, „Kapitalismus“ und geht von dem Seelsorgeprinzip aus, daß die „Freiheit von der Sünde“ die Grundlage aller anderen Freiheiten sei, ja daß die Voraussetzungen für Gewalt- und Terrorregime der Gegenwart die seit der Renaissance aufgekommene Verweltlichung und Gottferne seien.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie kommentiert die EWS-Änderungen:

Ganz gleich, ob Frankreich von Bürgerlichen oder Sozialisten oder, wie zur Zeit, von beiden regiert wird, in einem Punkt der Politik herrscht Kontinuität: Zuerst kommt das Wohl der „grande nation“ und dann alles andere.

FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung geht auf dieselbe Thematik ein:

Das Europäische Währungssystem hat erneut demonstriert, wie gesunder Menschenverstand über politi-

sches Dogma und akademische Pedanterie triumphieren kann. Die reibungslose und in freundschaftlicher Atmosphäre über Wochenende von den europäischen Finanzministern beschlossene Neufestsetzung der Währungsparitäten innerhalb des EWS sollte sich als mehr als nur ein kleines Argernis für Mr. Nigel Lawson erwiesen haben, der, wie üblich, an dem Treffen in Opatowin nur als passiver Beobachter teilnahm, da die Zeit für eine volle Mitgliedschaft Britanniens im EWS „noch nicht reif war“. Wenn frühere Erfahrungen als Anhaltspunkt gelten können, dann wird die gestern vereinbarte sechsprozentige Abwertung des französischen Franc gegenüber der Deutschen Mark eine feste Grundlage für eine weitere ausgedehnte Periode der Währungsstabilität im EWS bilden.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Neckarburger Blatt meint zum Anschlag in Berlin:

Es gehört wohl zu den Schwächen der Opfer, in erster Linie also der westlichen Gesellschaften, daß sie die grundsätzliche terroristische Bedrohung nicht als existentielle Herausforderung begreifen wollen. Die Bundesrepublik und einige andere Europäer haben erst vor wenigen Wochen dem libyschen Maulhelden einen glänzenden Sieg auf das Tablett gelegt, als sie die geforderte Solidarität mit den USA und damit gegen den Terrorismus verweigerten. Noch ist zwar nicht gesagt, daß die Bombe in einem Berliner Tanzschuppen zu jenem Krieg gehört, den Khadafi nach der verlorenen Machtprobe im Mittelmeer gegen die USA ausgerufen hat. Überraschen würde ein solcher Zusammenhang jedenfalls nicht.

Wo man die wirkliche Lage der Republik erfährt

Trotz mancher Abgänge: Die Hannover-Messe behält ihre Bedeutung / Von Gerd Brüggemann

Wenn Bundespräsident Richard von Weizsäcker heute abend die Industriemesse in Hannover eröffnet, so ist das ein singuläres Ereignis. Bisher blieb das den jeweiligen Bundeswirtschaftsministern vorbehalten. Gelegentlich, vor allem in Wahljahren, kam auch schon einmal ein Bundeskanzler.

Aber die Messe in Hannover, die von morgen an bis zum 16. April ihre Tore für Hunderttausende Besucher aus aller Welt geöffnet hat, ist über ihre kommerzielle Basis längst hinausgewachsen und hat sich unabhängig von den Zwängen von Soll und Haben zu einer überregionalen Leistungs- und Exportschau der deutschen Industrie entwickelt. Insofern ist sie mehr als die Summe ihrer Teilnehmer, Unternehmen und Besucher und verdient entsprechende Beachtung der Politiker.

Es gibt kaum eine andere Veranstaltung, die ein so zutreffendes Bild der Bundesrepublik weltweit verbreitet. Während das im Ausland existierende Medienbild dieses Landes allzu oft Randerschei-

nungen, Minderheitenmeinungen und unvermeidliche Skandale als Hauptsache ausblendet, vermittelt die Industrieschau an der Leine eine vergleichsweise positive Zustandsbeschreibung der Republik und ihrer wirtschaftlichen Lage.

Es ist interessant, daß daran auch der nun schon seit Jahrzehnten anhaltende Auszug von vielen und bedeutenden Wirtschaftszweigen, die sich an anderem Ort oder zu anderer Zeit eigene Veranstaltungen geschaffen haben, praktisch kaum etwas geändert hat. Selbst das Fortgehen der so attraktiven Kommunikations- und Informationstechnik, die erstmals in diesem Jahr und vier Wochen vor der größten Industrieschau ihre eigene Messe auf dem Gelände von Hannover veranstaltete, wird der Bedeutung der Messe, wenn überhaupt, nur vorübergehend Abbruch tun. Zwar werden naturgemäß die Rekordzahlen früherer Jahre nicht gleich wieder erreicht, aber das ist, wie die Erfahrung lehrt, nur eine Frage der Zeit. Der Grund für diese einzigartige Stel-

lung der Messe in Hannover liegt darin, daß ein Industrieland wie die Bundesrepublik eine solche Veranstaltung braucht, um sich, losgelöst von den Problemen des Alltäglichen, von individuellen Erfolgen und Mißerfolgen, kollektiv darzustellen.

Das ist um so nötiger, als die Welt sehr viel kleiner geworden ist. Die Zeiten, in denen sich Wertarbeit aus Deutschland problemlos verkaufen ließ, sind lange vorbei. In vielen anderen Ländern wird Hervorragendes geleistet und in anderen wird es zumindest versucht. Am Weltmarkt, von dem für die wirtschaftliche Sicherheit und den Wohlstand dieses Landes so viel abhängt, herrscht nicht nur Wettbewerb, sondern auch Wettbewerbsverfälschung und die ständige Gefahr des Protektionismus.

Daß die deutsche Wirtschaft sich an diesem Markt bisher sehr erfolgreich behauptet hat, zeigen die Zahlen. Die Exportkraft ist nach einigen Jahren der Schwäche wieder voll entwickelt. Im Weltmarkt mit industriellen Gütern liegt die

Bundesrepublik mit einem Anteil von sieben Prozent hinter den USA, die es auf zwanzig Prozent bringen, aber noch vor den Japanern mit sechzehn Prozent auf dem zweiten Platz. Nach einer Analyse des amerikanischen Wissenschaftlers Peter F. Drucker im Wall Street Journal (die WELT vom 8. März 1986) bedeutet dies, daß die Deutschen pro Kopf der Bevölkerung viermal so stark sind wie die Amerikaner und immerhin doppelt so stark wie die Japaner.

Während aber die Japaner, deren Vordringen in den vergangenen Jahrzehnten teilweise lähmenden Schrecken auslöste, ihre Exporterfolge lediglich in vier Branchen erzielen (Stahl, Autos, Halbleiter und Verbraucher-Elektronik), ist die deutsche Wirtschaft nahezu in allen Wirtschaftsbereichen mit wettbewerbsfähigen Produkten vertreten. Die deutschen Exportmärkte sind überdies auch regional breit gestreut. Die Exportwirtschaft der Japaner erzielt fast die Hälfte ihrer Umsätze in den USA; bei der deutschen Industrie liegt der US-Anteil

bei zehn Prozent. Solche Daten sind natürlich nicht neu; man muß nicht nach Hannover reisen, um sie zu erfahren.

Aber wie nirgendwo sonst wird in Hannover sichtbar, was sie bedeuten – und was sie nicht bedeuten. Denn wer will, kann auf der Industrieschau auch einiges über die Schwachstellen der deutschen Wirtschaft erfahren, vor allem ihre hohen Arbeitskosten oder ihr regionales Strukturgefälle. Da sie nicht ausgestellt werden, sind sie nicht sichtbar. Aber das bedeutet nicht, daß sie vergessen wären.

Um so eindrucksvoller ist deswegen das Bild, das die Industrie in Hannover darbietet. Es ist solide fundiert und zukunftsorientiert. Der Bundespräsident wird gut beraten, als er sich für seinen Besuch in der niedersächsischen Landeshauptstadt entscheidet. Die Messe in Hannover ist eine der wirkungsvollsten Repräsentationsveranstaltungen dieses Landes. Warum sollte sie nicht von seinen höchsten Repräsentanten eröffnet werden?

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Nach dem Geistesblitz beginnt die Arbeit des Erfinderzentrums

Am Anfang steht die Idee, die Erfindung. Doch die Erfahrung, daß dies zum wirtschaftlichen Erfolg nicht ausreicht, haben viele kluge Köpfe machen müssen. Für sie erfanden die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein das Erfinderzentrum Nord in Hannover.

Von DOMINIK SCHMIDT

An den Erfolg seiner Erfindung hat Alfred Reinhold zwar von Anfang an geglaubt. Daß er aber sehr bald schon ein gesuchter und umworbener Geschäftspartner für internationale Elektronik-Konzerne sein würde, konnte selbst er nicht wissen. Reinhold, gelernter Diplom-Ingenieur für angewandte Physik aus Wunstorf bei Hannover, hatte eine Röntgenröhre erfunden, die alles, was bislang auf dem Markt war, in den Schatten stellte. Das ist jetzt vier Jahre her. Aus dem Erfinder ist inzwischen ein Unternehmer geworden, der über Zuwachsraten nicht spricht, weil diese Werte dreistellige Prozentzahlen beinhalten.

An die ersten Schritte auf dem Weg zur Selbstständigkeit erinnert sich der Niedersachse aber noch sehr gut. Da galt es zu prüfen, ob ähnliche Entwicklungen anderswo bereits realisiert waren. Patentanwälte mußten gesucht und gefunden werden, um weltweit Schutzrechte eintragen zu lassen. Vor allem aber war es notwendig, die Frage der Wirtschaftlichkeit zu klären. Welche Märkte und Einsatzgebiete gab es? Würde das Interesse an seiner Röntgenröhre den Aufbau einer eigenen Fertigung rechtfertigen?

Das EZN übernimmt die Patentrecherchen

Reinhold stieß bei der Suche nach Antworten auf eine Einrichtung, die die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein 1981 ins Leben gerufen hatten: das Erfinderzentrum Nord (EZN) mit Sitz in Hannover.

Zweifel an der Güte der Reinhold'schen Röntgenröhre waren schnell ausgeräumt. Damit war zugleich die Voraussetzung für die Förderung der Erfindung geschaffen. Das EZN übernahm weltweit die Patentrecherchen und half bei der Registrierung der Schutzrechte. Die wichtigste Hilfestellung aber erhielt Reinhold im Sommer 1982: Auf einer Messe in Orlando/Florida, an der das EZN beteiligt war, knüpfte der Erfinder den entscheidenden Kontakt zu einem US-Unternehmen, das lebhaft an dem Gerät interessiert war. Mit dem ersten Kunden war zugleich der Grundstein für die neue Existenz gelegt.

Inzwischen ist Reinholds Firma, die Feinfocus GmbH, ein respektable Betrieb mit 30 Mitarbeitern. Wachstumsgrenzen sind nicht zu erkennen. Zu seinen wichtigsten Aufgaben, so sagt er, gehört das Selektieren von Aufträgen: „Nein-Sagen wird immer wichtiger.“ Auf dem von ihm gewählten Anwendungsgebiet, der Kontrolle von Halbleitern und Mikrochips, hat Feinfocus einen Marktanteil von 70 Prozent - nicht national, sondern weltweit.

Selbst für technische Laien ist die Leistungsfähigkeit des Feinfocus-Röntgenmikroskops imponierend: Die Auflösung der Bilder ist zehnmal so hoch wie die eines Tomographen. Für die Halbleitertechnik zum Bei-

spiel bedeutet dies, daß auch das kleinste Detail der Mikrostruktur sichtbar wird. Die Fehlerquelle eines Chips läßt sich auf diese Weise fixieren, ohne daß das Objekt - wie bisher üblich - zerstört werden muß. Irgendwann, so Reinhold, wird auch der Einstieg in die Medizintechnik erfolgen. Basisversuche auf diesem Gebiet habe es bereits gegeben. Vielversprechend sei der Einsatz des Geräts zum Beispiel bei Gewebeforschungen, etwa im Bereich der Mammo-graphie.

Lothar Schaar, der Leiter des Erfinderszentrums, macht kein Hehl daraus, daß der „Fall Reinhold“ zu den Erfolgserlebnissen in der noch jungen Geschichte des EZN gehört. Erfindungen dieser Qualität sind eher die Ausnahme. Die Frage nach der Existenzberechtigung des Zentrums allerdings betrachtet er als Provokation. Wenn es das EZN nicht gäbe, so Schaar, müßte es schnellstens erfinden werden: „In Europa sind wir die einzige Stelle, bei der sich Erfinder innerhalb kürzester Zeit weltweit über den Stand der Technik informieren können.“ Etwas anderes kommt hinzu: Erst das EZN hat Aufschluß darüber gebracht, welches Potential an neuen Ideen überhaupt vorhanden ist.

Noch 1981 gingen Schätzungen der renommierten Fraunhofer-Gesellschaft davon aus, daß nur 50 „bewertbare“ Erfindungen pro Jahr zu bearbeiten seien. Die Bilanz des EZN sieht anders aus. Nach vierjähriger Tätigkeit registriert Schaar über 10 000 Direktkontakte mit Erfindern, Firmen und potentiellen Lizenznehmern. Daraus ergaben sich für die 15 Mitarbeiter des Zentrums fast 3000 Gesuche. In vielen Fällen scheiterte die Realisierung an der mangelnden Wirtschaftlichkeit. Wie bedeutsam aber die Koordinationsfunktion des EZN ist, zeigt die Tatsache, daß über 500 eingegangene, wirklich gute Ideen bereits vermarktet oder patentrechtlich geschützt waren; die Kontakte der Hannoveraner zu 600 Datenbanken in aller Welt brachten das an den Tag.

Freilich muß sich Schaar und seine Mannschaft gelegentlich auch mit „Über-Erfindern“ beschäftigen. Manche einer glaubt, dem Perpetuum mobile auf der Spur zu sein. Der beharrliche Hinweis auf den Bestand der Naturgesetze beendet dann meist die Diskussion. Selbst bei derartigen nicht zu realisierenden Vorschlägen würden aber oft intelligente Lösungsansätze sichtbar. Regelrechte „Spinner“ haben beim EZN bislang nicht vorgesprochen. Schaar: „Die Hut-Ab-setzer- oder Kerzen-Ausblasmaschinen sind uns erspart geblieben.“

„Eine hervorragende qualitative Ausbeute“

Alles in allem gibt es nach Schaares Einschätzung nicht den geringsten Grund zur Unzufriedenheit. Die qualitative Ausbeute der eingereichten Vorschläge sei hervorragend. Der Anteil der „brauchbaren“ Ideen liegt bei fünf Prozent; als verwertbar, also in die Praxis umgesetzt, erwiesen sich ein Prozent der Erfindungen. Angesichts der Tatsache, daß bundesweit nur drei Prozent aller patentrechtlich angemeldeten Erfindungen auch wirtschaftlich nutzbar sind, ist die „Trefferquote“ des EZN erstaunlich hoch.

So gesehen relativiert sich auch die Zahl von 30 Projekten, die mit Hilfe des EZN bisher zur Marktreife ge-

bracht wurden. Weiteren 70 technischen Ideen und Verfahren beschneit Schaar gute Erfolgsaussichten. Sie wurden als chancenreich genug bewertet, um in die Förderung aufgenommen zu werden.

Unter diesen Projekten befinden sich zwei, die internationales Interesse auslösen. Dazu gehört die Weiterentwicklung der Dispergierung durch chemische Reaktion (DCR-Verfahren) im Rahmen eines Forschungsauftrags an der Universität Hannover. Das Verfahren ermöglicht die unschädliche Beseitigung großer Mengen giftigen Abfalls und ist in den Niederlanden bereits erprobt worden. Durch Vermischen mit Pulver und einem chemischen Reaktionsmittel wird hochgefährlicher Giftmüll so gelöst, daß ein Eindringen in das Grundwasser dauerhaft verhindert wird.

Die Erfinderschmiede wird privatisiert

Ein spektakulärer Erfolg zeichnet sich bei der Lösung des Güllereisproblems ab. Das ebenfalls vom EZN geförderte Verfahren sieht die biologische Umwandlung tierischer Exkremente zu Humusdünger in fester Form vor. Nicht nur die Bodenschädlichkeit wird stark gemindert; der Dünger ist zugleich geruchlos und sehr hochwertig. Nach den Worten Schaares geht es jetzt nur noch darum, den Markt für dieses Produkt zu öffnen.

In seiner jetzigen Form wird das Erfinderszentrum noch bis Ende dieses Jahres bestehen. Die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein betrachten ihre Geburtsstiftungsfunktion für das EZN als nicht mehr notwendig und lassen die Erfinderschmiede in die private Trägerschaft, werden aber bei Bedarf auch künftig als „Sponsoren“ zur Verfügung stehen. Bislang flossen gut zehn Millionen Mark dem EZN zu. Mehr als die Hälfte davon kamen aus der freien Wirtschaft. Die Personal- und Betriebskosten übernahmen die Länder.

Schaar ist guten Mutes, auch ohne das schützende Dach der öffentlichen Hände überleben zu können. Vorgezogen ist die Gründung einer GmbH mit den jetzigen Mitarbeitern als Gesellschafter. Das Interesse an Kooperationsverträgen mit dem EZN sei beachtlich. Auch andere Bundesländer, darunter Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin, suchten die Zusammenarbeit. Die Kontakte des EZN reichen aber weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Schon in den nächsten Tagen erwartet Schaar Besuch aus Japan. Dann steht der Abschluß zweier Kooperationsverträge an.

Auch nach der Privatisierung allerdings wird das Schwerkgewicht der Arbeit des Erfinderszentrums auf dem norddeutschen Raum liegen. Bislang kamen vier von fünf Vorschlägen aus heimischen Regionen. Mit dem steigenden Bekanntheitsgrad wächst aber auch der Anteil von Eingaben aus dem Ausland. Sie unterliegen den gleichen Bewertungskriterien. Entscheidend für alle Projekte ist aus niedersächsischer Sicht die positive Wirkung für die heimische Wirtschaft. Bislang profitierten ausschließlich norddeutsche Unternehmen von den umgesetzten Ideen, entweder als General-Lizenznehmer oder aber als Hersteller der neuentwickelten Produkte.



Zwei Ex-Senatoren nach einem schweren Gang: Bausenator Klaus Franke und Innensenator Heinrich Lummer haben soeben dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses den Rücktritt erklärt. Franke sagte danach: „Ich habe mit meiner Frau zusammen viel Geld verdient. Das ist doch wohl zulässig. Daß wir unsere Einkünfte durch die Bank gewinnbringend angelegt haben, wird uns doch niemand verdenken.“ Und Heinrich Lummer: „Ich bin für Berlin zurückgetreten. Das hat aber nichts mit Schuldvorwürfen zu tun. Für Berlin will ich auch weiter arbeiten.“

FOTO: DPA

Das dritte Opfer fiel am schwersten

Einig war man sich, daß der politische Ballast der Berliner Affären mit personellen Entscheidungen über Bord geworfen werden müsse. Doch ob auch die FDP ein Koalitions-Opfer zu bringen habe - darüber wurde bis zuletzt gestritten. Dann gab auch Horst Vetter auf.

Von DIETHART GOOS

Nach dem Motto „Wenn die Wölfe heulen, muß einer von Schützen“ hat die Berliner CDU gehandelt. Sie opferte gleich zwei ihrer Exponenten in dem scheinbar unentwertbaren Geflecht von Affären und Intrigen. Heinrich Lummer, vom monatelangen Kesseltreiben gegen ihn ohnehin zermürbt und ohne seinen früher so gerühmten Kampfeswillen, hat sein Innenressort und das Bürgermeisteramt gestern morgen abgegeben. Auch Bausenator Klaus Franke mußte dem Regierenden Bürgermeister und CDU-Landesvorsitzenden Eberhard Diepgen freie Hand für ein attraktives Revirement zu ermöglichen. Die Notwendigkeit seines Rücktritts hat der zackige See-offizier Franke allerdings auch gestern früh nicht recht einsehen wollen. Doch er beugte sich schließlich der Parteiführung.

Für die Berliner Liberalen, die seit gut drei Jahren mit der CDU im Regierungsboot der alten deutschen Hauptstadt sitzen, sind Partei- und Fraktionsdisziplin dagegen nahezu unbekannte Begriffe. Immer wieder hat die zwölfköpfige FDP-Fraktion, die nur zur Hälfte wirklich hinter der Wende steht, im Abgeordnetenhaus für Überraschungen gesorgt und dem Koalitionspartner reichlich Anlaß zu Verdruß gegeben. Wer mit sich selbst uneins ist und über die rechte Lehre streitet, so mußte die CDU erfahren, kann nur schwer taxiert werden.

Mit kurzen Unterbrechungen hat die Berliner FDP an sozialdemokratischer Seite mit Bürgermeistern wie Willy Brandt, Heinrich Albertz, Klaus Schütz und Dietrich Stobbe gemeinsam regiert oder zumindest kooperiert. Doch sie ging auch mit der maroden, von Krisen und Affären geschnittenen SPD 1981 unter. Der damalige FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Lüder, der zugleich Bürgermei-

ster und Wirtschaftssenator war, scheiterte ebenso wie sein Koalitionspartner Dietrich Stobbe als Senatschef.

Auf äußerst schmerzliche Weise hatte die FDP erfahren müssen, daß von nun an auf lange Sicht mit den Sozialdemokraten nicht mehr zu rechnen sein würde, und das bereits etwa 18 Monate vor der Bonner Wende. Der neue Hoffnungsträger für die Berliner Liberalen hieß von nun an Richard von Weizsäcker, der es beharrlich verstand, die Basis seines Minderheiten-Senats in Richtung FDP zu verbreitern. Regierungspartner wurden die Liberalen aber erst mit Weizäckers Wegzug nach Bonn und der Amtsbürokratie des neuen Senatschefs Eberhard Diepgen.

Wegbereiter dieser heiklen Kursänderung war der Kaufmann Horst Vetter, seit 1975 an der Spitze der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Gegen teilweise massiven Widerstand des starken linksliberalen Lagers gelang es ihm in mühsamer Kleinarbeit, seinen Landesverband mehrheitlich auf die CDU-Linie einzuschwören. Sicher hat ihm der Bonner Wechsel und die überzeugende Bundestagswahl im März 1983 mit dem starken Ver-

trauensbeweis für die Koalition aus CDU/CSU und FDP bei diesem schwierigen Geschäft geholfen, die linksorientierte FDP in Berlin zu überflügeln.

Mit dem in einem Stadtstaat wie Berlin besonders wichtigen Doppelpressor für Stadtentwicklung und Umweltschutz wurde Fraktionschef Vetter bei der Senatsneubildung am 17. März 1983 für seine Politik belohnt. An Vetter ging kein Weg vorbei, auch wenn ihm parteinterne Kritiker die Fähigkeit absprachen, das wichtige Regierungsamt mit Sachkompetenz und Einfallsreichtum auszufüllen, damit das Ansehen der Blau-Gelben zu meh-

ren und sie vom Odium der Umfaller und Wechselkarrieristen zu befreien. Vetter, Vetter, Vetter konnten noch so laut polemisieren und ihn immer wieder attackieren - der deftige Urberliner des Jahrgangs 1927 hatte über Jahre zielstrebig im Nordberliner Stadtbezirk Reinickendorf starke Partei-Bataillone um sich geschart, die ihm immer wieder Rückhalt verschafften.

Doch die Unzufriedenheit mit dem Umweltsenator artikulierte sich mit zunehmender Amtszeit immer deutlicher. Er lasse sich von Senatskollegen der CDU in wichtigen Fragen die Butter vom Brot nehmen, könne das Partei-Image in Sachen Umweltschutz einer breiteren Öffentlichkeit nur unzureichend verdeutlichen und sei für potentielle FDP-Wähler nicht mehr das frühere Zupferd.

Besonders der neue FDP-Landes- und Fraktionschef Walter Rasch sah in Vetter wie auch in der Person des früheren Justizsenators Hermann Oxfort immer mehr eine Belastung für die neue FDP. Im Zuge der Senatsneubildung nach der Abgeordnetenwahl vom März 1985, als die Liberalen mit 8,5 Prozent wieder eigene Erwartung respektabel abschnitten, wollte Rasch Oxfort und Vetter auf-

Altenteil abschieben. Doch es gelang ihm nur im Falle seines Ziehvetters Oxfort. Vetter überlebte politisch, wenn auch mit deutlichen Blessuren. Bei der erneuten Nominierung für das Umweltsenatsamt stimmten drei Mitglieder der FDP-Fraktion gegen ihn, und bei der Senatswahl im Abgeordnetenhaus erhielt Vetter penknicherweise im ersten Durchgang nicht die erforderliche absolute Mehrheit. Erst im zweiten Anlauf wurde er bestätigt.

Als der Umweltsenator nun gar in den Strudel von Spendenaffären gezogen wurde und die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen angeblich verschwägelter 40 000 Mark anstrengte, war Vetter für die Saubermänner in beiden Koalitionen unahmbar geworden.

Je mehr Diepgen selber in den letzten Tagen ums politische Überleben kämpfen mußte, wollte der Regierende die Schmach nicht nur auf christliche Schultern verlagern, sondern verlangte auch ein FDP-Opfer. Vetter stand im Fadenkreuz, denn die beiden FDP-Neulinge im Senat, Günter Raxdorf (Finanzen) und Cornelia Schmalz-Jacobson (Jugend), boten keinen Anlaß zum Auswechseln.

Ende letzter Woche, als sich Lummers und Frankes Abgang herauskristallisierte, schien auch Vetter zum Rücktritt bereit. Doch am Wochenende ließ er sich durch seine politischen Freunde ermutigen und sah nun plötzlich überhaupt keinen Grund mehr für seine Demission. Die Staatsanwaltschaft habe das Ermittlungsverfahren in der Spendenaffäre gegen ihn eingestellt, er habe sich nichts vorzuwerfen, warum solle gerade er zurücktreten?

Bestärkt wurde er in dieser Haltung durch den früheren Landesvorsitzenden Wolfgang Lüder, der dabei allerdings weniger an Vetter als an sich selbst dachte. Denn Lüder strebte Anfang nächsten Jahres neben Fraktionsvize Hans-Günter Hoppe das zweite der Berliner FDP zustehende Bundestagsmandat an. Der Wechsel nach Bonn ist ihm nun aber wahrscheinlich verbaut. Denn Vetter hatte schon vor Tagen darüber nachgedacht, daß er selbst starkes Interesse an diesem Bundestagsmandat haben könnte, falls er als Senator zurücktreten würde.

Seit gestern dürften damit seine Gedanken sich langsam auf den Weg von Berlin nach Bonn machen.



Auch FDP-Senator Horst Vetter mußte von Bord. FOTO: PAUL GLASER

Ein „Drehtüren-Mensch“ macht in Washington das große Geld

Seit er das Weiße Haus verließ, macht er Millionen. Konzerne und Staaten reißen sich um seine Dienste als Lobbyist, denn der Reagan-Freund Michael Deaver hat eine besondere Stärke: die genaue Kenntnis des Machtapparats. Sein Erfolg ist inzwischen nicht nur der Konkurrenz, sondern auch dem Rechnungshof unheimlich.

Von FRITZ WIRTH

Michael Deaver ist ein unscheinbarer Mann. Kleingewachsen, hohe Stirn, eine Brille, die fast sein halbes Gesicht bedeckt, ein schüchternes Lächeln um die Mundwinkel. Als Michael Deaver noch im Weißen Haus arbeitete, war er einer der wichtigsten und einflussreichsten Männer in der Umgebung Ronald Reagans. Er war vier Jahre lang vor allem damit beschäftigt, den Präsidenten ins rechte Licht zu rücken. Er tat es so perfekt, daß er bald respektvoll der beste Image-Macher genannt wurde, der je im Weißen Haus arbeitete. Michael Deaver ist ein wichtiger Handwerker an der Erfolgsstory des Ronald Reagan.

Seine Arbeit hatte einen Haken.

Sie wurde - nach den Maßstäben des internationalen Public-Relations-Geschäfts - mit einem Hungerlohn bezahlt. Sein Jahresgehalt im Weißen Haus lag bei 72 600 Dollar. Deshalb beschloß Michael Deaver vor einem Jahr, sich selbst einmal ins rechte Licht zu setzen. Und so wurde aus ihm ein „Drehtüren-Mensch“.

„Drehtüren-Menschen“ sind im Washingtoner Jargon Regierungsbeamte, die ihren Job aufgeben, um dann durch die gleiche Tür, doch im privaten Auftrag, wieder in ihr Ministerium zurückzukehren. Beamte also, die zu Lobbyisten wurden. Was „Drehtüren-Menschen“ von normalen Lobbyisten unterscheidet: Sie wissen besser als jeder andere, wie der Regierungsladen läuft und wo man ansetzen muß, um Einfluß für andere zu gewinnen.

Seit ein paar Wochen nun macht Michael Deaver, der sein Leben lang damit beschäftigt war, für andere Schlagzeilen zu machen, selbst Schlagzeilen. Der Grund: Michael Deaver ist seit er von außen durch die Drehtüren der Macht geht, seinen Kritikern auf beängstigende Weise erfolgreich. Und einige glauben auch zu wissen, warum: Er mache zu intensiv und unverschämte seine guten Kontakte zum Weißen Haus zu Geld und bringe damit die

Reagans selbst, mit denen Deaver seit 25 Jahren eng befreundet ist, in Verlegenheit.

Der angesehene Kolumnist William Safire nannte Deaver daraufhin in der „New York Times“ böse „Reagans Billy Carter“. Das war vor allem deshalb böse, weil Safire damit Deaver in eine vulgäre Kategorie einordnete, die nicht der „Sophistication“ eines Michael Deaver gerecht wird. Deaver begnügte sich damit, sich von dieser unangemessenen Kumpanei mit der Feststellung zu distanzieren: „Ich mache kein Bier.“

Im Dienste von Rockwell, CBS, Kanada und Mexiko

Doch er macht gute Public Relations. So gut, daß er innerhalb von wenigen Monaten nach seinem Auszug aus dem Weißen Haus zur heißesten Ware im sonst gewöhnlich nicht lauwarmen Washingtoner Lobby-Geschäft wurde. Nicht nur große Unternehmen wie der Technologie- und Rüstungskonzern Rockwell und die Fernsehgesellschaft CBS heuerten seine Dienste an; es standen, kurz nachdem er seine Firma eröffnet hatte, gleich fünf Regierungen vor der Tür, um seinen Einfluß in ihre Dienste zu nehmen,

die von Kanada, Mexiko, Singapur, Südkorea und Saudi-Arabien. Während die Kanadier ihn für ein Jahres-Salar von 105 000 Dollar unter Vertrag nahmen, legen ihm die Saudis jährlich gleich eine halbe Million Dollar auf den Tisch.

Dieser Erfolg des Michael Deaver hat unverzüglich die Konkurrenz aufgeschreckt, und zwar so intensiv, daß sie einsehbar, es sei besser, statt mit ihm zu verbünden, sich gegen ihn zu kämpfen. So bot ihm die Public-Relation-Firma „Saatchi & Saatchi“, die bei den beiden letzten britischen Unterhauswahlen sehr erfolgreich das Image der Margaret Thatcher gepflegt hat, an, das frisch gegründete Deaver-Unternehmen zum Preis von 18 Millionen Dollar aufzukaufen. Zur Stunde hat Deaver den Kaufvertrag zur Unterschrift auf seinem Schreibtisch liegen. Man nimmt an, daß er verkaufen wird, zumal der Vertrag vorsieht, daß er weiterhin mit einem fürstlichen Gehalt Chef seiner Firma bleiben wird.

Ein White-House-Salar von 72 600 Dollar innerhalb eines Jahres in einen Profit von 18 Millionen Dollar umzuwandeln, ist auch für amerikanische Begriffe ein spektakuläres Ereignis, das nicht nur Neider und Journalisten, sondern auch den Kongreß auf-

schreckte. So hat sich also seit einigen Wochen das „General Accounting Office“, der Rechnungshof des Kongresses, an Deavers Firmen gehetzt, um herauszufinden, ob er gegen das sogenannte „Drehtürengesetz“ verstoßen habe, das jedem Beamten für zwölf Monate nach dem Ausscheiden aus seinem Ministerium untersagt, dies Ministerium über Privatschäfte zu diskutieren.

Ein Sinneswandel, der Verdacht erregt

Der Rechnungshof des Kongresses wurde auf Deavers Aktivitäten aufmerksam, als Ronald Reagan vor wenigen Wochen in der Frage des „sauren Regens“, der seit Jahren das politische Klima zwischen Kanada und den USA belastet, plötzlich eine sehr viel konziliantere und für die Kanadier verständnisvollere Haltung einnahm. Viele vermuten hinter diesem Meinungswechsel die Hand des Michael Deaver. Der jedoch versichert: „Ich habe, seit ich das Weiße Haus verlassen habe, mit niemandem in der Administration über „sauren Regen“ gesprochen. Offen gestanden: Ich weiß bis heute nicht, was „saurer Regen“ eigentlich ist.“

Aufsehen erregte auch die Tatsache, daß Deaver kürzlich mit dem amerikanischen Budgetdirektor Miller Gespräche über die weitere Produktion von B-1-Bombern über 1988 hinaus gesprochen hat. Der B-1-Bomber wird vom Deaver-Klienten „Rockwell International“ gebaut und liegt in Konkurrenz mit dem Stealth-Bomber der Firma Northrop.

Deaver leugnet nicht, das Gespräch mit Miller geführt zu haben, beharrt jedoch darauf: „Wenn ich wirklich den exzellenten Zugang zum Präsidenten haben sollte, den man mir nachsagt, warum sollte ich dann in dieser Sache zu James Miller und nicht direkt zum Präsidenten gehen? Ich würde jedoch meine Freundschaft zu den Reagans niemals zum Vorteil irgendeines meiner Klienten mißbrauchen.“

Und auch sonst überrascht ihn, daß seine Kritiker nun über seine Arbeit und seinen Erfolg im Public-Relation-Geschäft überrascht sind: „Was glauben denn diese Leute, wie ich nach meiner Kündigung im Weißen Haus mein Geld verdienen würde, als Gehirn-Chirurg?“

Das Weiße Haus dementierte inzwischen, daß es über Art und Erfolg des „Drehtüren-Menschen“ Michael Deaver einen „sauren Reagan“ gebe.



Der Star unter den Lobbyisten: Michael Deaver. FOTO: DPA

Bauzaun mit Speziälsägen zerschnitten

hd. München
Kernkraftgegnern ist es am Sonntag erstmals gelungen, den als unzerstörbar geltenden Zaun um das Baugelände der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Wackersdorf aufzusägen. Bisher waren die Sicherheitsbehörden davon ausgegangen, daß der über fünf Kilometer lange, aus Spezialstahl gefertigte Zaun allenfalls durch Überklettern bezwungen werden könnte. Ein Sprecher der Einsatzleitung äußerte sich enttäuscht darüber, daß „der Superzaun so leicht zu knacken ist“. Vermutlich hatten die Täter neuartige, mit Diamanten besetzte Sägeschnüre verwendet. Sie waren bei ihrer Aktion von Polizisten beobachtet worden, hatten deren Eingreifen jedoch durch Abschießen von Stahlkugeln und Steinwürfen verhindert. Im Taxöldorfer Forst ist das Loch im Bauzaun inzwischen wieder geschlossen worden. Ein Sprecher der WAA-Betreibergesellschaft hält erhöhte Wachsamkeit für die einzige Möglichkeit effektiver Sicherung.
Wenige Stunden nach dem Zwischenfall am Bauzaun legten Kernkraftgegner mehrere Strecken der Bundesbahn nördlich und südlich der Donau lahm, indem sie an Stellen befestigte Eisenketten über die Fahrdrähte warfen. Die unter 15 000 Volt Spannung stehenden Leitungen wurden jeweils von dem ersten durchlaufenden Zug zerrissen. In der Nähe der vier Tatoren in den Landkreisen Main-Spessart, Kitzingen und Donau-Ries wurden Flugblätter mit der Aufschrift „WAA-nie“ sichergestellt. Nach ersten Schätzungen der Bundesbahn ist durch die Anschläge ein Schaden in Höhe von rund 30 000 Mark entstanden. Der Fahrverkehr konnte jeweils über die nicht betroffenen Gegengeleise geführt werden. Personen waren nicht in Gefahr, weil die Leitungen unmittelbar nach ihrem Aufruß auf die Waggonen automatisch abgeschaltet wurden. Die vier Anschläge ereigneten sich zwischen 1.40 und 4.56 Uhr. Allein aus dem zeitlichen Ablauf der Aktionen und ihrer Gleichartigkeit ist nach Meinung von Sicherheitsbeamten eine zentrale Steuerung erkennbar. Dennoch werden die Ermittlungen gegenwärtig von den örtlich zuständigen Polizeidienststellen geführt. Das bayerische Landeskriminalamt wird zwar über die Ergebnisse laufend informiert, hat sich jedoch noch nicht direkt eingeschaltet.

Mahnmal und/oder Gedenkstätte? Vielleicht bleibt auch alles beim alten

Von EBERHARD NITSCHKE

Die Tagesordnung der Sitzung des Deutschen Bundestages für den 17. April zeigt auf, wie schwierig es in Bonn ist, sich auf eine Stätte zu einigen, an der politische Besucher – wie im internationalen Protokoll üblich – einen Kranz niederlegen können.
Die drei Anträge von Koalition, SPD und Grünen, die am 17. April erwartungsgemäß an den Bundestags-Innenausschuß zur weiteren Beratung weitergeleitet werden, lassen bereits in ihren Überschriften erkennen, wie weit die Fraktionen sich in dieser so einfach erscheinenden Sache in den letzten Monaten auseinanderbewegt haben. Bei der SPD heißt das gedachte Bauwerk „Mahnmal“, bei den Grünen (die es völlig ablehnen) „Zentrale Mahn- und Gedenkstätte“, bei der Union und der FDP „Zentrale Gedenkstätte der Bundeshauptstadt“.
Nachdem es zunächst so aussah, als ob man sich beim Text für die Gedenkstätte auf eine Passage aus der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 einigen würde, erscheint es jetzt der Union mit der Begründung nicht mehr sinnvoll, inhaltliche Vorgaben aus einer zeitlich bedingten Rede könnten zu Einengungen und Akzentuierungen führen, die ein auf lange Zeit gedachtes Denkmal nicht aufweisen solle. Für die SPD ist damit die Basis einer gemeinsamen Geschäftsgrundlage entfallen.
Dabei hatten die parlamentarischen Geschäftsführer von CDU/CSU und FDP im Bundestag, Friedrich Bohl und Klaus Beckmann, die Bundesregierung in einem Papier am 24. Januar dieses Jahres aufgefordert, die Gedenkstätte als bald zu verwirklichen und einen größtmöglichen Konsens über ihren Inhalt und die Gestaltung zu erreichen.
Mit Recht wurde dabei darauf hingewiesen, daß das Kranz-Provisorium auf dem Bonner Nordfriedhof, das „den Opfern der Kriege und der

Gewaltherrschaft“ gewidmet ist, schon aufgrund seiner Lage nicht als zentrale Gedenkstätte verstanden würde. Es ist dies ein Metallkreuz auf dem Ehrenfriedhof umgeben von Gräbern vor allem deutscher Soldaten zweier Kriege, und das um die Aluminiumtafel mit Aufschrift bereichert wurde, die bis vor einigen Jahren im Bonner Hofgarten vor dem akademischen Kunstmuseum (der früheren Anatomie der Universitäts-Medizin) angebracht war.
Vorgänger dieses Provisoriums von 1983 war ein Basaltplafond geweiht, der die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft



Gedenkstätte auf dem Bonner Nordfriedhof: „Den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft“

an den Bundeskanzler Andenken seiner Staatsbesucher zur Kranzniederlegung führte, und mit dessen Aufstellung in den fünfziger Jahren die Stadt Bonn ihrer 1933-45 umbrachten jüdischen Mitbürger gedenkt.
In dem Antrag der Koalition zum künftigen Denkmal/Mahnmal heißt es, die zentrale Gedenkstätte solle „Zeichen der Trauer und Erschütterung und zugleich der Hoffnung und Versöhnung sein“. Der Respekt vor den Toten gehöre zum sittlichen Erbe der Menschen. In der Arbeit des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ habe dieser Gedanke beispielgebend Ausdruck gefunden.
Daher wurde, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl im November 1983 im Deutschen Bundestag die Errichtung des Mahnmals „für die Opfer von Haß und Gewalt und die Toten der Kriege“ als wichtiges Vorhaben bezeichnet hatte, „das jetzt endlich Gestalt annehmen muß“, zu Vorarbeiten ein Konsortium bestellt, in dem der „Volksbund“ obenan genannt war.

Dazu gehörten das Deutsche Rote Kreuz, der Bund der Vertriebenen, der Zentralverband der Widerstandskämpfer, der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, der Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten Sozialrentner und Hinterbliebenen e.V., der Deutsche Bundeswehr-Verband, der Ring deutscher Soldatenverbände und der Heimkehrer-Verband.
Die SPD ließ sofort erkennen, daß sie diesen Überhang des Soldatischen nicht will. Schon in der ersten Fassung ihres Antrages im Bundestag hieß es, die Bundesrepublik Deutschland brauche kein „nationales Ehrenmal“, und das Parlament werde keinem Mahnmal zustimmen, „das die Fragen nach Verantwortung und Schuld verschleierte und die Opfer im Kampf gegen das Unrechtsregime verschweigte“.
Vor allem wolle man kein Mahnmal, das sich auf die Opfer der Gewaltherrschaft und die deutschen Toten des Krieges beschränke.
Die SPD-Forderung, die Weizsäcker-Rede zum 8. Mai 1985 mit der Passage, an wen man sich an einem solchen Tage zu erinnern habe, ist dann zunächst voll in die Überlegungen zur „Gedenkstätte“ eingegangen. Dieser Text und Weizsäckers Rede zur Totenerhebung am 17. November wurde als „Grundlage für einen Wettbewerb“ zur Gestaltung der Anlage gedacht, deren Standort noch schwierigere Fragen aufwirft.
Die Sachverständigen-Anhörung, die jetzt durch Weiterleitung der drei Parteien-Anträge an den Bundestags-Innenausschuß ausgelöst wird, kann zumindest für die „breite Diskussion“ sorgen, an der manchen Politikern in dieser Sache so sehr gelegen ist. Daß der bisherige Denkmals-Text so schlecht nicht ist, wurde vielen von ihnen schon deutlich.

Ost-Berlin verschweigt Aufruf von Bischof Forck

Synode der Evangelischen Kirche / Sorgen von Jugendlichen

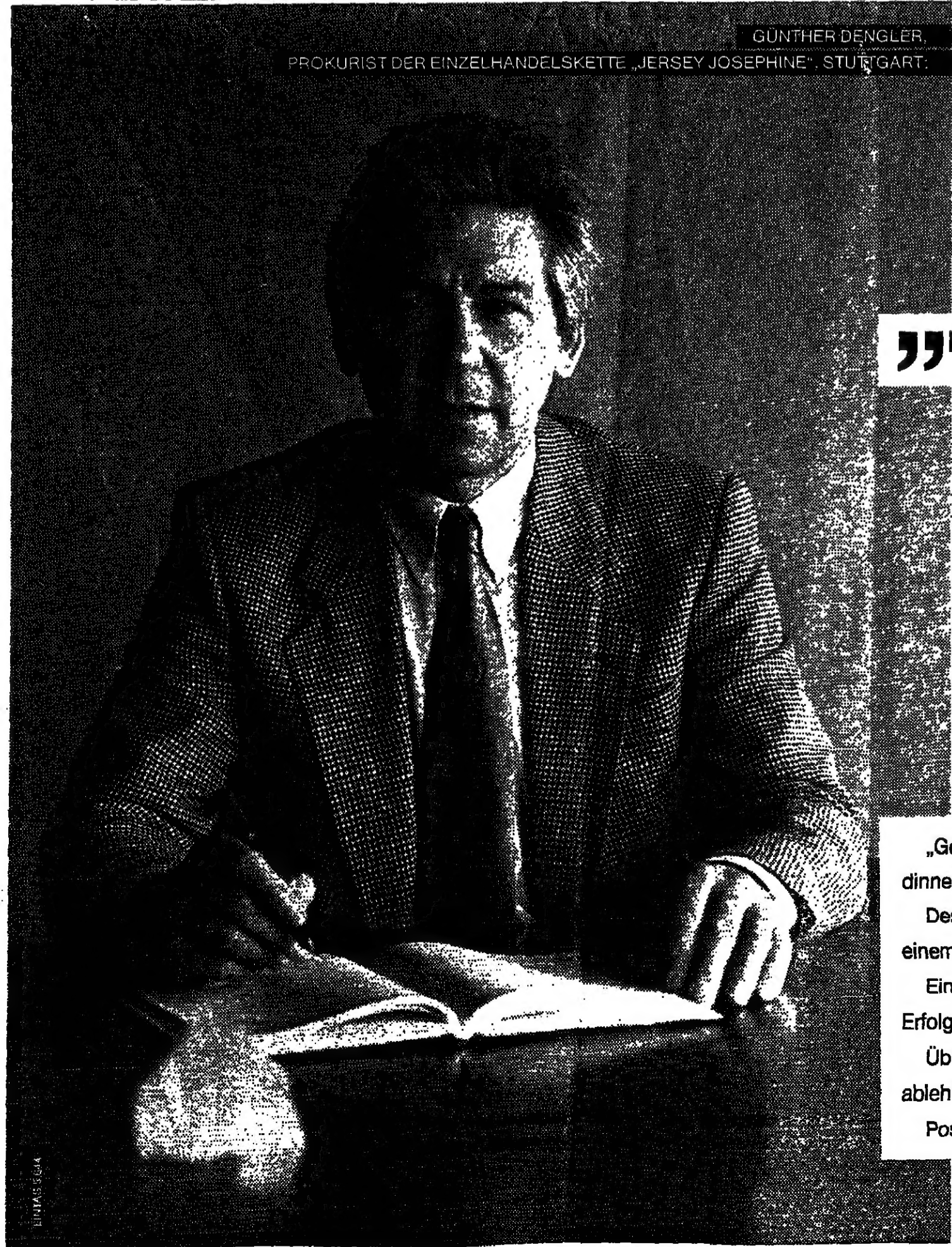
DW/IA, E., Berlin
Mit Fragen der kirchlichen Jugendarbeit hat sich am Wochenende die Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche in der Ostberliner Stephanusstiftung beschäftigt. Die Synode ist auf fünf Tage anberaumt und endet am heutigen Dienstag. In einer von Beobachtern als aufsehenerregend eingestuften Rede zu Beginn der Tagung hatte Bischof Gottfried Forck die Christen in der „DDR“ aufgefordert, die „tiefe Resignation“ in Fragen des Glaubens und des gesellschaftlichen Lebens zu überwinden. Gelegentlich werde heute gesagt, man könne es im Grunde niemanden zumuten, „aus dem Worte Jesu Konsequenzen für sein Leben in einer durch Atheismus bestimmten Umwelt zu ziehen“.
Mancherorts, fügte Forck hinzu, werde „von der Bibel für unser christliches Leben kaum noch etwas erwartet“. Der Bischof warnte vor einer Auflösung der Kirche in alle möglichen Interessengemeinschaften. Nach seinen Worten muß die Bibel „wieder mehr in den Mittelpunkt rücken“. Er sprach auch von einer Militarisierung der Gesellschaft und dem Verdacht einer nicht gleichberechtigten Behandlung von Christen in der Gesellschaft der „DDR“. In der „DDR“-Presse wurden diese Äußerungen verschwiegen.
Zuversicht verbreitet
Die Ostberliner Zeitung „Neue Zeit“ schrieb dazu: „In seinem Vortrag vor der Synode hatte sich der Berlin-Brandenburgische Bischof Dr. Gottfried Forck unter dem Thema 'Zum Weg unserer Kirche' mit dem gegenwärtigen Stand und dem weiteren Weg der Landeskirche beschäftigt. Dabei stellte er nach einer Situationsbeschreibung fest, daß die Probleme der Kirchengemeinden und der Welt in der Perspektive der Auferstehung Christi von den Toten zu Aufgaben würden, die mit Zuversicht aufgegriffen werden dürften.“
Mit keinem Wort ging die Ostberliner Zeitung ebenfalls auf die Äußerungen von Bischof Forck zum Umweltschutz ein. Er hatte gesagt, daß bei vielen Bürgern der Eindruck bestehe, der Staat führe „notwendige Maßnahmen nur halbherzig“ durch. Gegen die Umweltverschmutzung

„durch die Manöver und Übung der Streitkräfte und durch die volkswirtschaftlich wichtigen Betriebe“ werde nach weitverbreiteter Ansicht gar nichts unternommen.
Kein Thema für die „DDR“-Presse bei der Berichterstattung über die Tagung der Synode war die Jugendarbeit der evangelischen Kirchen in der „DDR“. Sie erreicht nach Informationen der WELT gegenwärtig im Höchstfall vier Prozent aller Jugendlichen. Gesprächsthemen ihrer Treffen sind neben Grundsatzzitaten des christlichen Glaubens Probleme mit Eltern und Vorgesetzten, Partnerschaft und Sexualität.
Die Angst vor dem Staat
Zur Sprache kommen immer wieder auch Identitäts- und Sinnfragen, die Suche nach beruflichen Perspektiven und einer eigenen Lebenskultur. Das bestätigte der Potsdamer Landesjugendpfarrer Jürgen Schwow vor der Synode in Ost-Berlin. Er nannte das Bedürfnis junger Leute, ihre Freizeit in Gruppen Gleichaltriger zu verbringen, eine wiederkehrende Erfahrung kirchlicher Jugendarbeit. Dies wirke auf Erwachsene nicht selten verunsichernd oder beängstigend. Schwow sagte, daß Jugendliche in der „DDR“ vor allem über die undurchlässigen Grenzen klagten und darüber, daß es nur geringe Möglichkeiten gebe, „offen seine Meinung ohne Angst vor Benachteiligung in Schule und Betrieb zu äußern“. Der starke Druck zur Anpassung an die jeweilige Autorität und an die bestehenden Normen mache den Jugendlichen schwer zu schaffen.
Die Ostberliner Zeitung „Neue Zeit“ berichtete außer über die Synoden-Tagung in der Stephanusstiftung auch über das Treffen der Landessynode der Evangelischen Landeskirche Greifswald. Dort sei ein einstimmig angenommener Beschluß zu den „brennendsten Fragen der Gegenwart“ gefaßt worden. Dazu gehört die Ablehnung des amerikanischen Raketenabwehrprogramms im Weltraum, SDI. In der Begründung heißt es: „Dabei gebietet uns die Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung ein klares Nein zur Strategischen Verteidigungsinitiative SDI.“

Parteien-Streit um U-Ausschuß in Hamburg

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der von der CDU-Bürgerschaftsfraktion in der Hansestadt erzwungene Untersuchungsausschuß zum Thema „Strafvollzug“ ist auf dem besten Wege, in den Sog des beginnenden Wahlkampfes zu geraten. Zwischen der sozialdemokratischen Regierungspartei und den oppositionellen Christdemokraten ist es zu juristischen Auseinandersetzungen darüber gekommen, welche Teile des Untersuchungsauftrages in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden sollen.
Anlaß dafür waren die Person und die Aussagen des Strafgefangenen Werner Fischer, der am 2. April unter massiven Sicherheitsvorkehrungen als Zeuge vor dem Ausschuß erschienen und unter Ausschluß der Öffentlichkeit vernommen worden war. Der Gefangene, der 1972 wegen Anstiftung zum Mord an einer Prostituierten zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, hatte im September 1984 einen Urlaub aus der Strafanstalt Fuhlsbüttel zur Flucht benutzt und war schließlich in Athen gefaßt worden.
Den Auftritt Fischers unter Ausschluß der Öffentlichkeit hatte der Ausschußvorsitzende Hans-Jürgen Grambow mit einer rechtlich erforderlichen Rücksicht auf anhängige oder bevorstehende Strafverfahren begründet. Die der CDU angehörenden Ausschußmitglieder wiesen dieses Argument gestern im Hinblick auf die wichtigsten Aussagen Fischers zurück und verlangten von der Justizbehörde, sich mit einer öffentlichen Behandlung brisanter Fragen einverstanden zu erklären.
Die CDU möchte in öffentlicher Ausschußsitzung abhandeln, wie es zu den Vollzugslockerungen für den Gefangenen kam, in welcher Form er ausgeführt wurde, und welchen Inhalt sein persönlicher Schriftwechsel mit der Justizsenatorin Eva Leithäuser (SPD) hatte. Ferner wünschten die Christdemokraten, daß die Öffentlichkeit etwas über unerlaubte Geldgeschäfte erfährt, die Fischer in der Haft getätigt haben soll, sowie über sexuelle bzw. materielle Abhängigkeiten zwischen diesem Häftling und Vollzugsbediensteten. Wenn die Behörde ihre Zustimmung verweigert, wollen die Christdemokraten im Ausschuß den Fall gerichtlich klären lassen.



GÜNTHER DENGLER, PROKURIST DER EINZELHANDELSKETTE „JERSEY JOSEPHINE“, STUTTGART.

„Direktwerbung und Mode paßt für uns wie Jacke und Hose.“

„Gerade bei Damenmode zum Kombinieren, die Jersey Josephine bringt, ist es wichtig, den Kundinnen „Appetit“ auf die neue Kollektion zu machen“, sagt Herr Dengler.
Deshalb erfolgt der erste Kontakt mit einem Faltblatt per Direktwerbung. Meistens verbunden mit einem kleinen „Dankeschöngeschenk“ oder der Möglichkeit, an einer Verlosung teilzunehmen.
Ein recht erfolgreicher Weg, der nicht nur für diese Branche zutrifft. Mit Direktwerbung ist der Erfolg (oder auch Mißerfolg) sehr schnell ablesbar.
Übrigens: Eine Untersuchung hat bestätigt, daß Privatempfänger Direktwerbung keineswegs ablehnen – 89% der Befragten sehen besondere Vorteile in der Direktwerbung.
Post – Partner für Direktwerbung.

Mit Teelicht und Löffelspatel

Mitmachen - die Umwelt retten - verleiht der Unterwelt: „erstmal konkrete Tipps für den aktiven Umweltschutz“ die Buch-Werbung. Und so schwebt zum „Themenkreis Luft“ - majestätisch auf einer Farbdoppelseite ein Astronaut mit Raketenantrieb durchs All. Drei Seiten weiter verführt man zum gleichen Thema nach traditioneller Manier: „Wir entzünden zwei Teelichter und stülpen über eines ein Marmeladenglas...“ Verdutzt fragt sich der Rezensent beim weiteren Durchblättern, ob ihm nicht doch zufällig das Beilagenheft eines Chemie-Baukastens in die Hände gefallen ist. Der Eindruck verstärkt sich. Nur aus der Experimentierkasten-Anleitung für den angehenden Jung-Chemiker wird, so ist nachzulesen, ein Öko-Testplatz, oder, besser noch, gleich ein Umweltlabor mit Löffelspatel und Probiergläsern.

Schon das Vorwort stellt klar: „Das durch die Lektüre dieses Buchs erworbene Wissen befähigt uns, in Übereinstimmung mit der Natur und nicht gegen sie zu leben.“ Also hinein ins Vergnügen und auf zum 49. von insgesamt 80 Versuchen. Der beginnt wie folgt: „Die Wassertemperatur eines Baches läßt sich leicht mit Hilfe eines Thermometers und eines Becherglases bestimmen. Dabei tragen wir Gummihandschuhe und stiefel. Wir schützen uns so vor eventuell vorhandenen Schadstoffen und Krankheitserregern.“ Im Bild rechts daneben steht so ein Öko-Tester im Bach und trägt - natürlich - Gummistiefel. Wer will sich bei der Aktion schon nasse Füße holen? Stop! Und wo sind die Handschuhe, fragt sich der umweltbewußte Zeitgenosse? Fazit: Dieses Wässerchen ist wohl gerade nicht verseucht.

Schade, daß da teilweise gut aufbereitete Informationen, eindrucksvolle Farbfotos und exzellente Grafiken, so - um in Bild zu bleiben - den Bach hinuntergehen.

„Das Öko-Testbuch“ von Manfred Häfner. Analysen und Experimente zur Eigeninitiative. Band 4160, 320 Seiten, über 500 Farbfotos, Falten-Verlag, Niederrhausen 1986, 39,00 Mark.

Dem Strahler geht ein Licht auf

Lösen Halogen-Metallampfen auch bald im Haushaltsbereich die Glühbirne ab?

Von ARNO NÖLDECHEN

Metallampfen liefern drei- bis viermal mehr Licht pro Watt als unsere heutigen Haushaltsglühbirnen. Daher lassen sich mit ihnen recht drastische Stromersparungen erzielen. Der Grund für die besseren Ausbeuten liegt auf physikalischem Gebiet: Es werden Plasma-Entladungen genutzt und nicht mehr - wie bei Glühbirnen - temperatur-angeregte Atome.

Die lichttechnische Sensation der diesjährigen Hannover-Messe sind Metallampfen für den Haushalts- und Wohnbereich. Trotz höherer Kosten pro Einzellampe können sie die Stromkosten in einem durchschnittlichen Haushalt um gut ein Drittel verringern. Und das bei einer vergleichbar hohen Lichtleistung.

Diese Energieersparung ergibt sich aus einer fast vierfach höheren Umsetzung von elektrischer Energie in Licht im Vergleich zu herkömmlichen Glühbirnen. Glühlampen liefern etwa 15 bis 20 Lumen (Einheit des Lichtstroms; Abk.: lm) pro Kilowatt. Metallampfen schaffen jedoch 70 bis 80 lm/kW.

Extrem hohe Leuchtdichte Die Umwandlungsquote ist aber technisch bedingt besser, je höher die Leuchtdichte der Metallampfen liegt. Das war einer der Gründe, warum die Industrie diese Lampen hauptsächlich für Flutlichtanlagen und zur Straßenbeleuchtung konstruiert hat. Die Leuchtdichten können bei derartigen Metallampfen sogar noch die Leuchtdichte der Sonne überschreiten.

Die Leistungsaufnahme solcher künstlichen Sonnen schwankt - je nach Bauart und Typ - zwischen 250 und 1000 Watt. Sie sind „klein“ zu bauen, daß sie den Lichtbedarf in der Wohnung entsprechen, war keine leichte ingenieurtechnische Entwicklungsarbeit. Eine Hochleistungs-Metallampfe für Flutlichtanlagen mißt 50 x 10 cm und liefert 300 000 Lumen bei 3500 Watt Leistungsaufnahme. Die neuen „Haushalts-Strahler“ sind dagegen Zwerg: Sie sind lediglich 8 x 2,5 cm groß. Je nach ihrer Leistungsaufnahme können sie aber dennoch zwischen 3400 und 12 000 Lumen als durchschnittlichen Lichtstrom liefern.

Demgegenüber liefert die am häufigsten im Haushalt benutzte 60-Watt-Birne etwa 600 Lumen. Eine der neuartigen Halogen-Metallampfen, die jetzt auf den Markt

kommt, gibt viermal mehr Licht, eben 2400 Lumen ab. So gesehen kann eine Metallampfe vier normale Glühbirnen ersetzen. Auf den Stromverbrauch bezogen würde in etwa eine 35-Watt-Metallampfe mit vier 60-Watt-Lampen zu vergleichen sein. So wird verständlich, daß ein Mehr an Licht mit erheblich weniger elektrischer Energie möglich ist.

Als zweiter wichtiger Vorteil kommt die Lebensdauer der Metallampfen hinzu. Während eine Glühbirne hoher Qualität etwa eine Lebensdauer von tausend Brennstunden erreichen kann, schaffen Metallampfen 6000 bis 7000 Betriebsstunden.

Im Haushalt mag das nicht so auffallen, daß zwei- bis dreimal jährlich ein Lampenwechsel nötig ist, aber in Büros oder in kommunalen Betrieben wird mit deutlich spitzerem Bleistift gerechnet. Geschäftsinhaber, die ihre Ware im Schaufenster ins rechte Licht setzen, haben die Vorteile der Metallampfen schon erkannt. Ähnliche Vorteile winken Gartenbauern, die ihre Erträge mit diesem sonnenähnlichen Licht steigern können.

Metallampfen sind schon relativ lange bekannt, aber erst neuere Erkenntnisse der physikalischen Vorgänge und die Beherrschung neuer Werkstoffe und Glasarten in der Fertigungstechnik haben den Bau dieser kleinen Strahler möglich gemacht.

Die Ausschüttung von sogenannten Photonen in nahezu sonnenartiger Dichte, die wir als Licht wahrnehmen, ist ein komplizierter Vorgang.

Zur Steuerung der elektrischen Energie regelt ein Vorschaltgerät Spannung und Strom so, wie es zum optimalen Lampenbetrieb erforderlich ist. Sprich: man braucht noch von Hoch- und Hochdruck-Quecksilberampfen, handelt es sich - physikalisch gesehen - tatsächlich aber um regelrechte „Plasma-Brenner“.

Für die „Anfänger“ des ausgestrahlten Lichts stellt heute eine ganze Serie von Metallen zur Verfügung. Neben Natrium, das das Lichtspektrum im gelben Bereich prägt, werden einige seltene Erden wie Dysprosium, Holmium, Thulium, Thallium und Indium zugesetzt. Je nach der zugesetzten Menge lassen sich spektrale Verschiebungen in die als „warm“ empfundenen Lichttöne erreichen.

meV, vollzieht sich in einem zweistufigen Kreisprozeß. Dabei werden ab einer bestimmten „Brennspannung“ Quecksilber und andere Metalle so weit ionisiert, daß die Elektronen so viel Energie enthalten, daß sie sich nur unter Freisetzung von Photonen wieder entlasten können. Da dieser Prozeß jedoch nicht gleichmäßig, also linear ablaufen kann, benutzt man hochfrequente Wechselströme, um wechselseitig die Metallatome anzuregen und wieder „abzukühlen“.

Halogene als „Anreger“

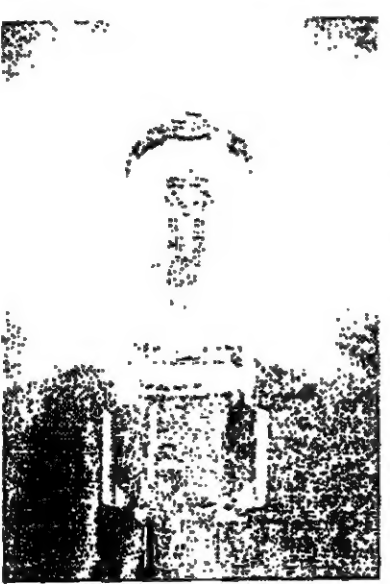
Die Lichtausschüttung erfolgt also keineswegs gleichmäßig, sondern in Schüben. Nur spielen sich diese Vorgänge in Sekundenbruchteilen ab, die das menschliche Auge kaum oder überhaupt nicht wahrnimmt.

Wie wissenschaftliche Forschungen gezeigt haben, reicht aber die atomare Anregung von Quecksilber allein nicht aus, um hohe Lichtströme in der Intensität zu erzeugen. Man hat daher nach Möglichkeiten gesucht, weitere chemische Elemente ausfindig zu machen, die sich auf relativ einfache Weise „anregen“ lassen. Dazu zählen in erster Linie chemische Elemente aus der 7. Hauptgruppe, die sogenannten Halogene wie Chlor, Brom oder Jod.

Sie können einmal im angeregten Zustand leicht mit Metallen reagieren und können außerdem selbst relativ leicht angeregt werden. In Kombination mit Quecksilber kommt es nun zu komplizierten, sich aufschaukelnden Reaktionen. Es kommt dann zu einer kaskadenartigen Reaktion von Photonen ausstrahlung, bis schließlich die Metallampfe eine sonnenähnliche Helligkeit annimmt.

Zur Steuerung der elektrischen Energie regelt ein Vorschaltgerät Spannung und Strom so, wie es zum optimalen Lampenbetrieb erforderlich ist. Sprich: man braucht noch von Hoch- und Hochdruck-Quecksilberampfen, handelt es sich - physikalisch gesehen - tatsächlich aber um regelrechte „Plasma-Brenner“.

Für die „Anfänger“ des ausgestrahlten Lichts stellt heute eine ganze Serie von Metallen zur Verfügung. Neben Natrium, das das Lichtspektrum im gelben Bereich prägt, werden einige seltene Erden wie Dysprosium, Holmium, Thulium, Thallium und Indium zugesetzt. Je nach der zugesetzten Menge lassen sich spektrale Verschiebungen in die als „warm“ empfundenen Lichttöne erreichen.

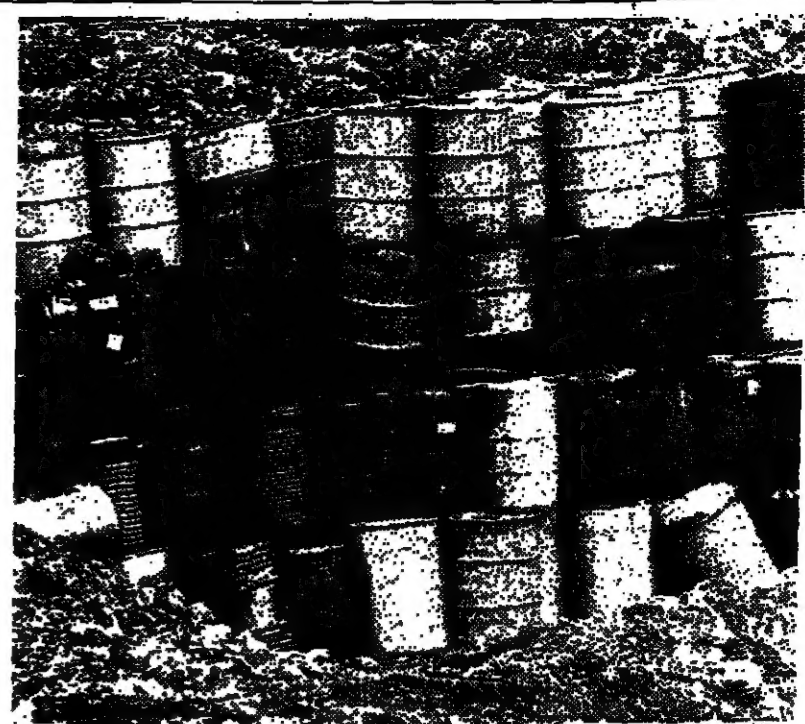


Der „Plasma-Brenner“ ersetzt vier 60-Watt-Glühbirnen. FOTO: OSRAM

WELT-Serie: Fällt Deutschland unter die Räuber? (III)

Diebstahl. Betrug. Computer-Kriminalität und Subventionsschwindel

Das Betätigungsfeld der organisierten Kriminalität ist weit gespannt: Bank- und Juwelierüberfälle sind an der Tagesordnung, Erpressungen gehören zum täglichen Geschäft. Ähnlich lukrativ sind Diebstähle von Lastkraftwagen und Luxus-Personenkraftwagen.



Unerkannte Abladung von Giftmüll. FOTO: DACHINGER

Die süßesten Früchte liefern nur die „großen Tiere“

Von ALFRED STÜMPER

Die organisierte Kriminalität ist auf nahezu allen Feldern der „konventionellen“ Kriminalität zu finden, jedoch in quantitativer und qualitativer Angelegenheit Form.

Bank- und Juwelierüberfälle spielen eine Rolle. Schutzgelderpressungen allerdings scheinen auf die Dauer lukrativer und - da die Zeugen spätestens vor Gericht ihr Gedächtnis zu verlieren pflegen - auch sicherer. Der Diebstahl von Luxus-Pkw ist ein großes Geschäft geworden mit etwa vierzehntausend jährlich allein aus der Bundesrepublik Deutschland entwendeten Wagen; vor allem im Nahen und Mittleren Osten bestellen Auftraggeber Wagen einer bestimmten Ausführung und Farbe - Mercedes, BMW, Porsche; letztere sind auch von amerikanischen Auftraggebern gefragt - und können mit pünktlicher Lieferung rechnen.

Diebe aus Südamerika räumen in Stuttgart ab

Dazu kommt die Ausräumung von Lkw-Ladungen, Anlagebetrug, umfassende Aktionen im Rauschgift-, Waffen- und Falschgeldbereich, systematische Vorbereitung von Konkursdelikten (man kauft sich in Firmen mit einem gut eingeführten Namen ein, die in beengten finanziellen Verhältnissen leben, steigert den Bestandsstand gewaltig und geht dann in Konkurs, nachdem man die Gegenwerte in Sicherheit gebracht hat). Fertigung von Raubkopien, insbesondere auf dem Videomarkt, sind zu einem Riesengeschäft geworden. Es sind sogar Fälle des Taschendiebstahls durch organisierte Kriminalität bekannt geworden; so wurde vor fünf Jahren eine Taschendiebstahlsbande aus Südamerika nach Stuttgart eingeflogen, die dort systematisch abräumte.

Greifen wir das Beispiel der Lkw-Ladungsdiebstähle heraus. Im „Rund um den Brenner“ einschließlich Norditalien, werden jährlich etwa zweitausend Lkw-Ladungen gestohlen. Dabei verschwinden bestimmte Lkw-Ladungen völlig und tauchen erst nach vielen Jahren wieder auf.

Im Jahre 1976 wurden in New York dreieinhalbtausend Spiegelreflexkameras und Objektive der Marke Yashica entwendet. Erst nach Jahren tauchten einhundertachtzig Exemplare als Sonderangebot in Kaufhäusern in München, Stuttgart, Passau und Wien auf. Weitere Exemplare bezog ein Stuttgarter Fotofachhändler per Post von einer Londoner Firma, welche die Fotogeräte von einer Firma in Brooklyn in Kommission erhalten hatte. Im Bundesgebiet wurden in drei Jahren 25 Lastkraftwagen mit Kaffeeladungen im Gesamtwert von

375 000 Mark entwendet, wobei nur in zwei Fällen das Diebsgut sichergestellt werden konnte. Über den Verbleib der restlichen 23 Kaffeeladungen gibt es nur Spekulationen.

Es verschwinden aber auch hochwertige Lebensmittel. Dabei spricht sehr viel dafür - leider kann ich mich hier nicht noch präziser ausdrücken -, daß diese Güter sehr rasch als Frischware in Verbraucherketten als Sonderangebote untergebracht werden. Was das für eine gut funktionierende Organisation von Fachleuten erfordert, kann sich jeder vorstellen.

Eine bemerkenswerte Phantasie entwickeln die Täter beim Ausfindigmachen, Ausloten und Ausfüllen neuer Möglichkeiten kriminellen Vorgehens. Dies erfolgt sowohl methodisch auf den bekannten Gebieten als auch bei der Suche nach neuen Tätigkeitsfeldern. Nehmen wir erst einmal die Methodik. Da finden wir eine ganze Reihe neuer Begehungswesen von Straftaten.

Dazu gehören umfassende Kreditbetrügereien unter Abgabe falscher Expertisen durch verschiedene Sachverständige, Betrug durch Ausnutzung der modernen Verrechnungsmöglichkeiten, so beispielsweise in Form der White-Plastic-Card-Kriminalität, oder weltweit ausgelegte Markenpiraterie (Mißbrauch von Markenzeichen wie dem Lacoste-Krokodil oder von Boss-Plaketten; oder aber man verändert den Namen leicht und schreibt - kein erfindenes Beispiel! - statt Henkel Patex etwa Hembel Pertrix; man bietet angeblich werkseigene, indes minderwertige Ersatzteile bestimmter Automobilfirmen, gesundheitsschädliche Kosmetika, minderwertige Schmerzmittel, ja selbst sogar Herzschritzmacher mit begrenzter Genauigkeit und Lebensdauer an.

Markenpiraterie mit 60 Milliarden Mark Schaden

Der Geschäftsführer der deutschen Gruppe der internationalen Handelskammer, Jens Bredow, schätzt den Schaden, der allein dadurch den Entwicklern, Herstellern, Händlern und nicht zuletzt den Verbrauchern entsteht, auf weltweit jährlich 60 bis 90 Milliarden Dollar. Auch werden in von vornherein krimineller Absicht Firmen gegründet: Nach den Erhebungen des Verbands der Vereine der Creditreform war im Jahr 1983 von den einunddreißigtausend Firmen-neugründungen jede zehnte Firma unseriös.

Aber das moderne Leben bringt auch viele neue Tätigkeitsbereiche für systematisch geplante kriminelle Handlungen mit sich.

So beispielsweise den sogenannten „Abfall-Tourismus“: Fässer mit Gift-

stoffen, die man nirgends losbekommt, werden verschoben und im Transport so oft gewechselt, daß man den Verbleib später nicht mehr feststellen kann; sie werden irgendwo heimlich auf einer Mülldeponie oder sonst an irgendeiner geeigneten Stelle versteckt.

Ein weiteres typisches Beispiel ist die illegale Einschleusung und Arbeitsvermittlung: Das starke wirtschaftliche und soziale Gefälle in den westlichen Staaten sowie moderne Reisemöglichkeiten werden genutzt, um aus anderen Ländern Arbeitskräfte auf den deutschen Markt zu bringen, die - oft persönlich noch ausgebeutet - zu Billigtarifen arbeiten und für die keinerlei Versicherungs- und Sozialbeiträge abgeführt werden.

Manipulationen am Input ergeben mehr an „out“

Eine breite Palette spektakulärer Gewinnmöglichkeiten bieten die neuen EDV-gestützten Verrechnungssysteme der Banken und verschiedener Institutionen. Wer es da versteht, auch nur die zweite Stelle hinter dem Komma anzupapieren, kann sich Millionen zuschieben, ohne daß der einzelne Geschädigte etwas merkt - wer kümmert sich schon darum, ob er bei irgendeinem Tausender-Betrag zusätzlich zwanzig oder dreißig Pfennig hätte bekommen müssen? Wenn fällt auf, daß an einem bestimmten Tag, einem Feiertag vielleicht, der Kursgewinn dieses Tages nicht weitergegangen wurde?

Die wirtschaftlichen Steuerungsmaßnahmen innerhalb von länderübergreifenden Wirtschaftsräumen eröffnen immer wieder neue Wege zu manchmal gewaltigen Subventionsabschöpfungen. In nahezu einhundert Prozessen, die in der zurückliegenden Zeit in Italien stattfanden, stellte sich heraus, daß dort die EG-Agrarmarktordnung systematisch durch organisiertes Vorgehen ausgenutzt wird, um Zuschüsse zu erhalten, die nicht berechtigt sind.

So werden Subventionen für Olivenbäume kassiert, die nie gepflanzt werden - im Gegenteil, in manchen Gegenden hat man sogar den Eindruck, daß Olivenbäume nicht mehr ordnungsgemäß bestellt werden können, wegen des Klimas, der Bodenbeschaffenheit oder des Arbeitskräfte-mangels. Oder es werden Subventionen für die Vernichtung von Orangen und Mandarinen erschlichen, die dennoch auf den Markt kommen. Die süßesten Früchte liefern allerdings nur die „großen Tiere“, denn Subventionen hängen höher als die sprichwörtlichen Trauben.

Morgen lesen Sie: Prostitution und Umweltdelikte

Weit mehr als nur ein Scheine-Sammler . . .

Ein Gespräch mit Prof. Nepomuk Zöllner anlässlich der 92. Tagung der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin

Von LOTTE LUDWIG

Ein Arzt ist mehr als ein Mediziner. Diese Worte stellte der Direktor der Medizinischen Poliklinik München, gleichzeitig Vizepräsident der Universität, Prof. Dr. Nepomuk Zöllner an den Anfang seiner Eröffnungsvorlesung. Als Leitthema der am Sonntag in Wiesbaden begonnenen 92. Tagung der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin - einer Veranstaltung mit 5500 Teilnehmern aus 33 Ländern - hatte er „Die Erziehung zum Arzt“ gewählt. „Ein Arzt wird immer Berater und Freund seines Patienten sein und diesen - vielleicht auch die gesamte Familie - als Hausarzt oder Internist für viele Jahre seines Lebens begleiten, besonders dann, wenn er chronische Krankheiten zu behandeln hat.“ Zöllner weiter: „Er ist weit mehr als nur ein Scheine-Sammler, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausstellender oder Rezept unterschreibender Mediziner, wenn auch viele Bürger ihm diesen Stempel aufdrücken möchten.“

Trotz der Zulassungsbeschränkungen ist die Zahl der Studienanfänger

auf dem Gebiet der Humanmedizin in der Bundesrepublik Deutschland mit 19 auf 1000 Einwohner noch um das Dreifache höher als in Großbritannien, den Niederlanden und der USA mit 6 bis 7 auf 1000. Trotzdem plädiert Professor Zöllner für die Einführung des französischen Systems, nach dem aus Gründen der Chancengleichheit alle sich für das Studium der Medizin einschreibenden Studenten zugelassen werden. Die Fakultät entscheidet dann nach einem Jahr darüber, ob der angehende Arzt die fachliche und menschliche Qualifikation zur Weiterführung seines Studiums besitzt. Die Auswahl der Tüchtigsten findet also erst nach diesem Studienjahr statt.

Mit Nachdruck fordert der Mediziner, daß von Anfang an nicht nur naturwissenschaftliches Fachwissen, sondern humanitäre Themen wie Logik, Erkenntnistheorie und Morallehre zu vermitteln sind, um später den weitestesteten Aufgaben gerecht werden zu können: „Wenn dann von dem Arzt verlangt wird, daß er die Verantwortung für einen Schwangerschaftsabbruch, die Grenzen der Gen-

technologie und die Entscheidung über die Beendigung nicht mehr lebenswerten Lebens zu tragen hat, muß er während seines Studiums darauf vorbereitet werden. Das geschieht aber nicht.“

Infolge der heute noch bestehenden Mängel in der Approbations- und Prüfungsordnung lernt der angehende Mediziner oft nur für sein Examen, um möglichst viele der multiple-choice-Fragen beantworten zu können. „Es wird darüber versäumt, die Vorlesungen zu besuchen, die ein weit umfassenderes Wissen vermitteln als sich aus Büchern aneignen läßt.“

Mit dem Wissenschaftsrat ist sich Professor Zöllner darin einig, daß den Universitäten in der Ausbildung weit mehr Raum und Entscheidungsfreiheit eingeräumt werden muß, als zur Zeit vorhanden ist. Auch sollte seiner Meinung nach die mündliche Prüfung wieder eingeführt werden. Denn: „Was nützt das erworbene Fachwissen, wenn der angehende Arzt nicht damit umgehen weiß und es bei seinem Patienten nicht anwenden kann. Daher ist die Forde-

rung durchaus berechtigt, von vornherein den Kontakt zur Klinik zu schaffen. Nur wer sich zutraut, die fachlichen und menschlichen Anforderungen zu erfüllen, sollte sich daher für das Studium der Medizin entscheiden.“

Bis zum 10. April werden vier große Themenkreise auf dem Internistenkongress abgehandelt. Ein Hauptpunkt wird der „leise Beginn chronischer Krankheiten, ihre Früherkennung und Behandlung im Hinblick auf die häufigen Zivilisationskrankheiten“ sein.

Auf der Tagesordnung stehen auch interdisziplinäre Themen wie die Grundlagenforschung als Voraussetzung medizinischen Fortschritts am Beispiel von Genetik, Gentechnologie und Immunologie, die Gemeinsamkeiten von innerer Medizin und Chirurgie, Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Erkennung ihrer Grenzen, sowie „Ernährung und Krankheit“ - ihre Probleme und Lösungen. Zu dieser Thematik nehmen die Internisten und die Deutsche Gesellschaft für Ernährung gemeinsam Stellung.

Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit

Ein wackerer Nothelfer

Nicht nur aus Eisen geschmiedet oder auf Gold gemalt: Schilder wurden von den Wirtinnen vergangener Jahrhunderte als Zeichen ihres gastlichen Sinnes verwendet, sondern auch geschmiedete Figuren oder Figurengruppen. Leider haben diese Halb- oder Vollfiguren den Angriffen der Witterung zum Teil nicht standhalten können; eine der Ausnahmen ist dieser heilige, St. Georg, beim Kampf mit dem Drachen - der Beschützer der Soldaten und Reiterleute, der Nothelfer im Kampf gegen Feind, Gabelier, alle Zwietracht und gegen Krankheiten. Abgesehen ist die Drachenkämpfende oft im

zwölften Jahrhundert entstanden, als der Märtyrerdied dieses wackeren römischen Kriegers schon achthundert Jahre zurücklag, und etwa vierhundert Jahre später entstand dieses fast lebensgroße, mit kräftigen Farben verzierte Kunstwerk als Wahrzeichen eines Wirtshauses.

Dem Einfaltserichtum, der Liebe zum Befriedigen waren die Gastwirte von jeher immer zugetan, und sie sind es zum Glück auch heute noch - wie es die Kämpfenden beweisen, die sie mit dem Asbach Markt zubereiten, der ja nicht nur gut gewaschen die Herzen aller Krieger höher schlagen läßt...

Asbach Markt

Im Asbach Markt ist der Geist des Wirtes!

Grüne Zweige wachsen nicht nur am großen Boom.

Das spektakuläre Anliegen ist nicht jedermann's Sache.

Denn, wenn ein Boom in den Himmel wächst, wächst das Risiko natürlich mit.

There is no free lunch, sagt Milton Friedman und meint damit, daß es nichts umsonst gibt.

Vor allem nicht von heute auf morgen.

Allerdings gibt es die Methode, den grünen Zweig langsam und bedächtig aufzuzeigen und dabei auf kontinuierlichen Profit zu setzen.

Die HYPO-Aktie ist ein Beispiel dafür, denn mit ihr profitieren Sie regelmäßig von den Erfolgen einer kreativen Bank.

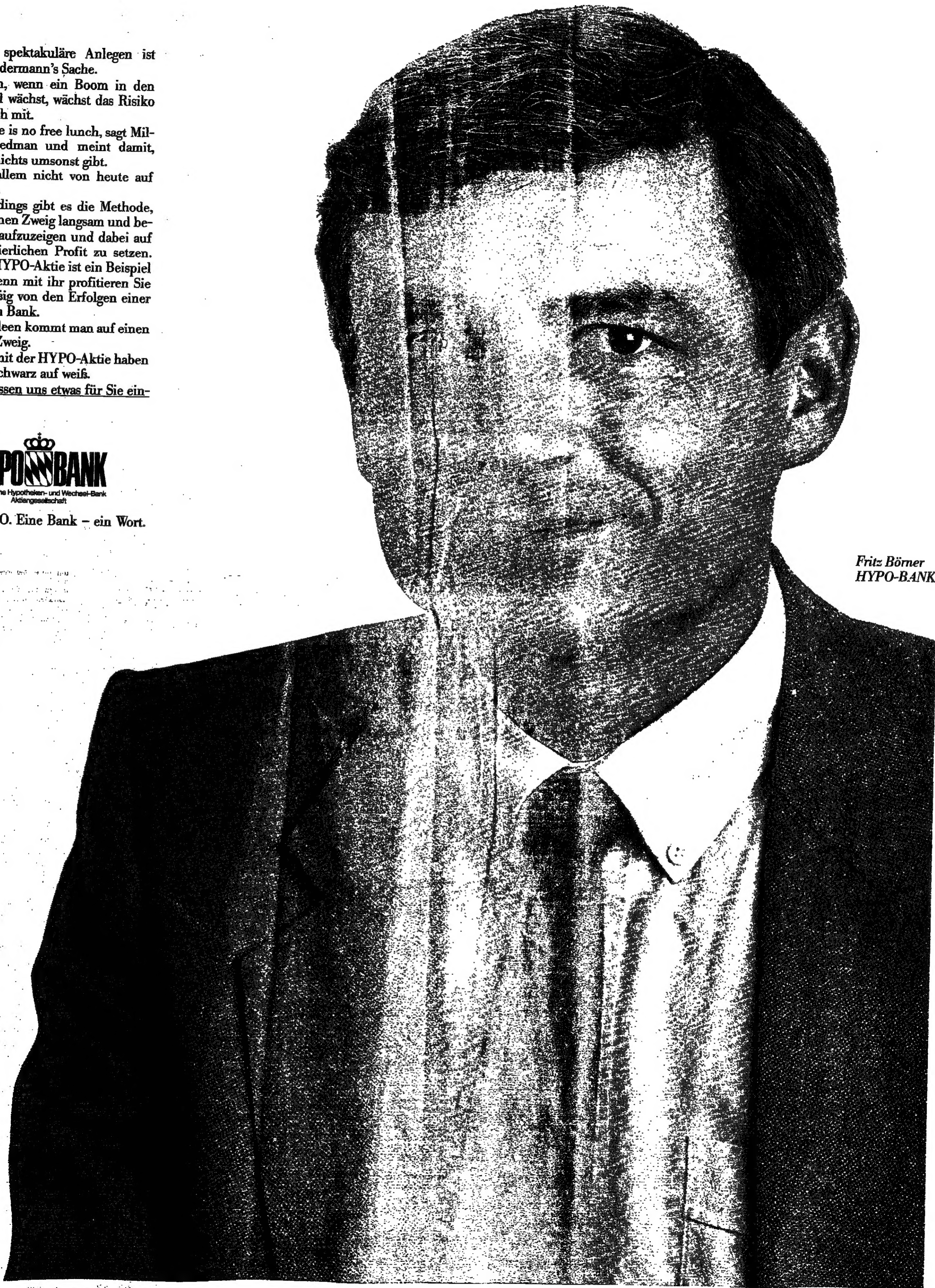
Mit Ideen kommt man auf einen grünen Zweig.

Und mit der HYPO-Aktie haben Sie das schwarz auf weiß.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank - ein Wort.



Fritz Börner
HYPO-BANK

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Absichtserklärungen

„Ein Schwenk nach rechts“: WELT vom 2. April

Sehr geehrter Herr Schell,

die Glosse von Günter Zehm bezeugt eine ungewöhnliche Voreingenommenheit und läßt zudem jeden Sinn für die Realität im geteilten Deutschland vermissen. Der Text des Kulturabkommens besteht nicht aus „schwammig formulierten Erwartungen“, sondern aus konkreten Absichtserklärungen der Abkommenspartner, auf allen Feldern des kulturellen Gebietes unter Einfluß von Bildung und Wissenschaft und in allen erdenklichen Formen Kontakte, Austausch und Zusammenarbeit fördern zu wollen. Im Abkommenstext sind dabei neben den in Frage kommenden Institutionen ausdrücklich auch die kulturellen Vereinigungen und die auf dem kulturellen Gebiet tätigen Personen als Beteiligte genannt.

Das Kulturabkommen verbessert die allgemeinen Bedingungen und stellt eine Berufsgrundlage dar, die es bisher nicht gab. Deshalb wird das Kulturabkommen – und dies ist eine durchgängige Erfahrung – besonders auch in der DDR von den Künstlern und den sonstigen dort im kulturellen Bereich tätigen Personen begrüßt.

Die Einbeziehung Berlins ist nicht nur in Form der sogenannten „Frank-Falin-Formel“ generell vereinbart worden, sondern auch in der Praxis sichergestellt. Die Einbeziehung Berlins bezieht sich über die vorgesehenen Arbeitspläne hinaus auf den ganzen Bereich der detaillierten Fach- und Sachartikel. Von einer „Schutzlosigkeit“ Berlins kann also keine Rede sein. Herr Zehm sollte auch abwarten, wie sich die DDR-Seite künftig gegenüber der Stiftung Preussischer Kulturbesitz verhalten wird.

Wenn abschließend der Verfasser „das Prinzip Verantwortung“ gegen „das Prinzip Hoffnung“ ausspielt, muß man ihm erwidern, daß gerade die Verantwortung für die Bundesregierung die treibende Kraft bei den Kulturverhandlungen war. Es geht

um den Auftrag, die Einheit der Nation zu bewahren und die Gemeinsamkeit von Geschichte, Kultur und Sprache im kulturellen Miteinander zu pflegen und bewußt werden zu lassen. Das Mögliche ist bei diesen Verhandlungen erreicht worden. Das Abkommen gibt uns Chancen für die kulturelle Zusammenarbeit der Menschen im geteilten Deutschland. Das ist das Neue und Positive. Wir wollen diese Chancen nutzen.

Mit freundlichen Grüßen
Olaf Klar,
Pressesprecher
Bundesministerium für
Innerdeutsche Beziehungen, Bonn

Zahlen-Spiel

„Die haben uns für schlappere“: Beilage 40 Jahre die WELT vom 2. April

Ihr Pariser Korrespondent, Herr Peter Ruge, merkt an, nur elf Prozent der Westdeutschen wünschen die Wiedervereinigung. Diese Zahlenangabe ist hochgradig dubios. Aus welcher Quelle stammt die Information?

Die folgenden Befragungsergebnisse seriöser Institutionen ergeben ein wesentlich positiveres Bild.

● So fand 1984 die respektierte Forschungsgruppe Wahlen heraus, daß 79,6 Prozent der befragten Bundesbürger die Wiedervereinigung wünschen. Nur magere 3,9 Prozent sprechen sich dagegen aus.

● In den beginnenden achtziger Jahren, als die deutsche Frage wieder auftauchte, ermittelte „Allensbach Mehrheiten“ für eine Wiedervereinigung in einem selbstbestimmten Deutschland. Auch unsere Lesarteile in Mitteleuropa (DDR) denken nicht anders.

● Wie ein Bonner Nachrichtenbrief in diesem Jahr berichtete, ergab eine kürzlich durch DDR-Stellen vorgenommene Befragung der mitteldeutschen Bevölkerung, daß etwa 70 Prozent, also eine absolute Mehrheit, ebenfalls die Wiedervereinigung wünschen. Motto: „Es gibt nur ein gemeinsames Deutschland“. Ernst

Moritz Arndt schrieb im Jahre 1807 folgende Worte: „Wie ihr auch getrennt seid, wie man euch auch geteilt und verschieden genannt hat – ihr seid Kinder einer Sprache, seid durch sie ungetrennt und werdet eins werden, wenn ihr euch nicht selbst aufgebt.“

Daran müssen wir uns ständig erinnern. Insbesondere aber sollten das unsere politischen Entscheidungsträger tun.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Helmut R. Kollat,
Nürnberg 1

Wie gehabt

„Die Suggestiv-Befragung“: WELT vom 1. April

Sehr geehrte Damen und Herren, die von der Gewerkschaftsführung für die Befragung gewählte Formulierung ist nicht nur suggestiv, sondern auch perfide: wer mit Nein stimmt, weil er die Änderung des Paragraphen 116 für sinnvoll hält, stimmt damit gleichzeitig gegen die Erhaltung der „Streikfähigkeit der Gewerkschaften“ und zeigt damit, was für ein schlechter Mensch er doch ist.

Offensichtlich hat das Streben nach einem möglichst hundertprozentigen Ja-Ergebnis bei der Formulierung Pate gestanden. Da solche Ergebnisse eher für Diktaturen charakteristisch sind, fragt man sich, ob die cleveren Formulierer von allen guten Geistern verlassen waren.

Peinlicherweise erinnert die Formulierung nämlich an eine Scheinabstimmung Ende der 40er Jahre in der damaligen SBZ mit der Formulierung „Ich bin für den Frieden und stimme daher für die Kandidaten der Nationalen Front“.

Mündige Arbeitnehmer sollten sich für solche Mätzchen zu schade sein.

Mit freundlichen Grüßen
Jochen Niemeyer,
Berlin 41

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Briefe zum Jubiläum

Liebe WELT, neben den Größen der Zeit (Kohl, Strauß, Brandt, Bangemann) hat auch ein namenloser WELT-Leser wie der unterzeichnete Leserbriefschreiber das Recht, sich unter die Gratulanten einzureihen, die der WELT zu ihrem 40jährigen Wirken gratulieren. Er fühlt sich aus dankbarem Herzen dazu gedrängt, weil er soviel Kurzweil in gedrückter Fülle seitens bekommen hat. Das Bucherlesen bekommt wieder Auftrieb in der Jugend, die Fernsehkonkurrenz läßt nach. Aber die Zeitung hat nie an Popularität verloren.

Nun diese dicke WELT-Sonderausgabe, eine Lese-Aufgabe für Tage und lange Abende, wenn das Käuzchen ruft, wenn die Umwelt versinkt und der Weltgeist seine Flügel schlägt. Zum Lachen kann die Zeitung uns bringen, zum Weinen allerdings nicht.

Es lebe die große Welt und ihr Abbild, die WELT mit großen Buchstaben.

Ein dankbarer Leser
Ulrich Strech,
Wissen (Sieg)

Sehr geehrte Herren P. Gillies und M. Schell, als Leser – auch vieler anderer guter Tageszeitungen – hat mir die WELT in der Hektik des politischen Alltags immer wieder Einblicke in die wirklichen Zeitprobleme und der sie tragenden Kräfte und Gruppen vermittelt. Die WELT bringt dazu ungeschminkten Klartext und nicht Doppeldeutigkeit, welche letzterer Sinn heute das professionelle Politdein sein aus eigenem Selbsterhaltungswillen überwiegend beherrscht.

Ich möchte der WELT für ihre Klartext-Berichterstattung danken. Viel Erfolg für viele Jahrzehnte, die uns noch bevorstehen.

Mit freundlichen Grüßen
Josef Bodenmüller,
München 40

Guten Tag, meine Damen und Herren, zum großen Jubiläum gestatte ich mir, Ihnen meine Glückwünsche auszusprechen. Seit dem 2. 4. 1946 liegt Ihre Zeitung fast immer pünktlich in meinem Briefkasten. Ich bin jetzt also 40 Jahre Ihr Leser. Wenn auch nicht immer, aber doch meistens ging ich

mit Ihren Ansichten und Meinungen einig. Ihr Blatt war und ist für mich Pflichtlektüre. Zuerst kam die WELT und dann erst die anderen Zeitungen.

Sie haben Feinde, aber auch viele gute Freunde, zu denen ich mich zähle. Besonders habe ich mich immer über Ihre Beilagen gefreut. Ihre Jubiläumsausgabe war großartig.

Behalten Sie Ihre starke Haltung und Ihr Niveau. Ich jedenfalls bleibe Ihr treuer Leser, solange ich lesen kann.

Herzliche Grüße
Karl Westermann,
Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren, zu Ihrem 40jährigen Jubiläum möchte ich Ihnen als schlichter, einfacher Leser meine herzlichsten Glückwünsche aussprechen.

Diese Gelegenheit benutze ich, Ihnen zu danken für alles, was Sie bisher geleistet haben. Die klare, eindeutige und vernünftige Linie, die die WELT stets verfolgt hat, ist beeindruckend. Es wäre zu wünschen, daß die von Ihnen und Ihrem Redaktionsstab vertretene Meinung wie auch begründete und positive Kritik einem größeren Kreis bekannt würde, denn bedauerlicherweise wird die Masse der Öffentlichkeit von Rundfunk, Fernsehen und Druck-Erzeugnissen mit mehr oder weniger starkem Linksdrall überflutet und beeinflusst. Davon hebt sich die WELT wohltuend ab.

Für die Zukunft wünsche ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern alles erdenklich Gute in der Überzeugung, daß Sie Ihren bisherigen geradlinigen Weg weiterverfolgen und Ihren Lesern zu einer objektiven Meinungsbildung verhelfen.

Zeit meines Lebens werde ich Ihrer Zeitung die Treue halten.

Carl-Boie Salchow,
Hamburg 60

Churchill-Bild

„Kasandras Warnungen oder Die Teilung Europas beginnt“: Geistige WELT vom 1. März

Den Ausführungen von Dr. Kremp über Churchills Weltanschauung, sein staatsmännisches Format, über ihn als tragischen Weltpolitiker und Propheten möchte ich schärfstens widersprechen.

Es dürfte keinen ernst zu nehmenden neuen Historiker oder politisch-militärischen Schriftsteller geben, und zwar mehr noch im englisch-amerikanischen Bereich als bei uns, der diese ursprüngliche Klischeevorstellung heute noch vertritt.

Liddel Hart im Jahre 1969: „Churchill hatte immer eine tief verwurzelte Neigung, bei der Konzentration auf ein Problem die anderen Probleme zu vergessen, die mit seiner Lösung verbunden waren. Ihm ging die Fähigkeit ab, einen Teil zu dem anderen in Beziehung zu setzen, ebenso wie die Teile zu dem Ganzen. Daher auch seine Blindheit in Bezug auf die große Strategie des Krieges.“

Der Historiker A. J. P. Taylor in seiner Analyse über Churchills berühmte Unterabrede am 13. Mai 1940, wo er als einziges Kriegsziel „Victory at all costs“ verkündet hatte: „Sieg, selbst wenn dies bedeutete, das britische Empire zur Schachfigur der Vereinigten Staaten zu machen; Sieg, selbst wenn es auf die sowjetische Beherrschung Europas hinauslief.“

Einige Bemerkungen über Churchills tief verwurzelte Lust am Kriege, die ihn himmelweit entfernt von einem Staatsmann machen. Am 28. Juli 1914 in einem Brief an seine Frau: „Alles tendiert auf Katastrophe und Zusammenbruch. Ich bin interessiert, aufgewühlt und glücklich. Ist es nicht furchtbar, so strukturiert zu sein? Ich bete zu Gott, daß er mir solche Anwendungen vergeben möge.“

1927 der Nationalökonom Lord Keynes über ihn: „Mr. Churchill verheißt nicht sein Vergnügen im großen Maßstab Krieg zu führen... er findet ein wirkliches Gefallen am Krieg und genießt ihn.“ Lord Hankey, langjähriger Sekretär im Britischen Kabinett: „Winston Churchill war unter seinen Kollegen ein Mann von total verschiedenem Typ. Er hatte ein wirkliches Vergnügen am Krieg.“

Friedrich K. v. Pfeil,
Hamburg 52

Moderne heute

„Sie wurden zu Mördern der Stadt“: Geistige WELT vom 22. März

Es heißt in Siedlers Beitrag: „Voller Bewunderung stehen die Enkel vor... dem Barcelona-Pavillon (Mies van der Rohe)... dem Dessauer Bauhaus (Gropius)... dem Guggenheim-Museum (Frank Lloyd Wright)... der Kapelle von Ronchamp (Le Corbusier)... aber benennen durchwandern sie die stadtfeindlichen Agglomerate, die aus der gedanklichen Erbschaft jener großen Männer geboren wurden.“ Sie wurden zu Mördern der Stadt... heißt es dramatisch in der Überschrift.

Wie seit 25 Jahren übersieht W. J. Siedler das Entscheidende, und er müßte es inzwischen eigentlich wissen: Richtig ist, daß in der Wilhelminischen Gründerzeit wie etwa bei der Neuen Heimat eine brutale Spekulation nach der Maxime Länge x Breite x Geld die tatsächliche Stadtentwicklung bestimmt hat. Die Architektur (oder gar die vielfältigen Stadträume der Moderne) haben dabei nie die geringste Rolle gespielt. Wenn man von der Fassadenkosmetik einmal absieht, wie sie jetzt wieder bei den Postmodernen fröhliche Urständ feiert – den Spekulationen ist es völlig egal, wie sie ihre Häuser dekorieren – muß man die Moderne, die diesen Namen verdient, und hier gibt sich W. J. Siedler ja einige Mühe, mit der Lupe in dem gräßlichen Häuserbrei suchen.

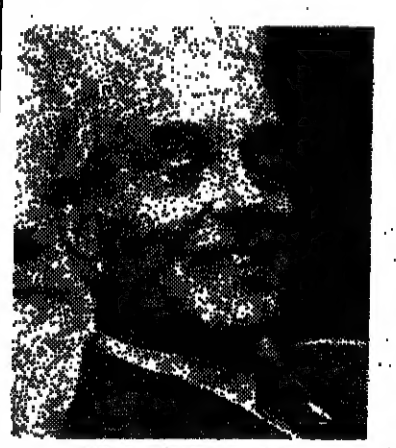
Die Moderne von heute träumt nicht mehr von Welterlösung und hat große Zweifel daran, ob moralisch begründete Ziele in der Politik auch durchzusetzen sind. Sie ist ausgerichtet, das möglich Beste durchzusetzen, und das ist schon schwer genug. In jedem Fall geht es hier um das Gesamte, um politische und wirtschaftliche Voraussetzungen für eine bessere Struktur des Wohnens ganz im Sinne ihrer Väter, daß das Bauen ja mit persönlicher Gestaltung nichts zu tun hat, sondern aus den Bedingungen der Zeit, die hier zu ändern sind, entsteht. Der eklektizistische Kulissenstil mit vagen historischen Anklängen der Postmoderne wird sich vielleicht in der Tendenz „öfter mal was Neues“ noch einige Zeit halten, aber zu den anstehenden Problemlösungen gar nichts beitragen können.

Dr.-Ing. Josef Lehmbruck,
Düsseldorf 30

Personalien

GEBURTSTAGE

Wieland Herzfelde, der Gründer des in der Weimarer Republik bedeutenden Malik-Verlags, begeht am Freitag in Ost-Berlin seinen 90. Geburtstag. Herzfelde, Bruder des Künstlers John Heartfield, wurde in der Schweiz geboren, wuchs in Österreich und Wiesbaden auf und ging 1914 nach Berlin. Mitten im



Wieland Herzfelde

Ersten Weltkrieg gab Herzfelde die literarische Zeitschrift „Die Neue Jugend“ heraus. Nur einige Jahre später leitete er mit dem Malik-Verlag bereits ein Unternehmen, das die Werke von Gorki, Tolstoi, Upton Sinclair und Ilja Ehrenburg herausgab. Immer wieder mit Prozessen und Zensurmaßnahmen verfolgt, ging Herzfelde 1933 nach Prag, wo er die „Neuen deutschen Blätter“ edierte. Nach der Flucht aus Prag 1938 kam Herzfelde nach New York, wo er 1944 schließlich den Aurora-Verlag gründete. Als letztes Buch seiner Verlegerstätigkeit erschien 1947 „Morgengraue“. Ein Lesebuch für deutsche Kriegsgefangene mit einer Einleitung von Heinrich Mann. Anschließend arbeitete er an der Universität Leipzig als Professor für Soziologie der Literatur. Seit 1949 lebt Herzfelde in Ost-Berlin.

in diesem Amte von Carlo Schmid abgelöst.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Werner Schreyer vom Lehrstuhl für Mineralogie und Petrologie der Ruhruniversität Bochum und derzeit geschäftsführender Direktor des Instituts für Mineralogie der Ruhruniversität Bochum, ist zum Vizepräsidenten der französischen Gesellschaft für Mineralogie und Kristallographie für das Jahr 1986 gewählt worden.

KIRCHE

Dr. Rudolf Kilian (48), Dompfarrer an der St.-Petri-Kirche in Bautzen, ist zum ersten Vorsitzenden des kürzlich in Mitteleuropa gegründeten Cyril-Methodius-Werks gewählt worden. Sein Stellvertreter wurde Martin Lehmann (52), Pfarrer in Ralbitz. Die beiden Vorsitzenden wurden von einer Versammlung der sorbischen Geistlichen des Bistums Dresden-Meißen gewählt. Der Bischof der Diözese, Gerhard Schaffran, bestätigte die Wahl. Sitz des Cyril-Methodius-Werks ist Bautzen. Das als „innerkirchlicher“ Zusammenschluß sorbischer Priester und Laien gegründete Werk soll sich „mit allen kirchlich-religiösen Belangen der Katholiken sorbischer Nationalität“ befassen.

MILITÄR

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht gibt am Dienstagabend (15. April) im historischen Museum in Hannover einen Empfang für 230 Obersten und Generale des Heeres. Die Obersten und Generale sind Teilnehmer einer Kommandeurstagung in der Heeresoffizierschule I in Hannover, zu der der Heeresinspekteur Hans-Henning von Sandart eingeladen hat. Thema der Tagung ist die Heeresstruktur und ihre zukünftige militärische Entwicklung. Mit dem Empfang im historischen Museum will die niedersächsische Landesregierung nach den Worten Albrechts „die enge Verbundenheit Niedersachsens mit dem Heer verdeutlichen“.

AUSZEICHNUNGEN

Elf junge Mitarbeiter verschiedener Rundfunkanstalten sind in Frankfurt am Main mit dem Kurt-Magnus-Preis der ARD ausgezeichnet worden. Der mit insgesamt 50 000 Mark ausgestattete Preis erinnert an den Mitbegründer des deutschen Rundfunks. Der Preis wurde zugesprochen: Maximilian Schönherr (Bayerischer Rundfunk), Rolf Müller (Hessischer Rundfunk), Lothar Müller (Norddeutscher Rundfunk), Michael Conrad (Saarländischer Rundfunk), Jadwiga Zeleskiewicz und Wacław Stawny (Sender „Freies

Berlin), Angelika Bierbaum (Südwestfunk), Karin Sarholz (Westdeutscher Rundfunk), Jens Schmidhammer (Deutschlandfunk), Dr. Gudrun Stegen (Deutsche Welle) und Gabriela Mönig (RIAS Berlin). Alle Preisträger sind zwischen 30 und 40 Jahre alt.

Der Münchner Facharzt für Innere Medizin, Dr. Hans-Peter Schallheiß (36), hat am Sonntag in Wiesbaden den mit 20 000 Mark dotierten Theodor-Frerichs-Preis erhalten. Er nahm die Auszeichnung zum Beginn des 92. Internisten-Kongresses für Arbeiten über die schädigenden Mechanismen bei der Entzündung und Vergrößerung des Herzmuskels entgegen.

Peter Brugger, einer der einflussreichsten Politiker Südtirols, ist am Sonntag in Bozen im Alter von 66 Jahren an Krebs gestorben. Brugger, einer der Führer der „Südtiroler Volkspartei“ (SVP), galt als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge von Silvius Magnago, der die Führung der SVP und der



Peter Brugger

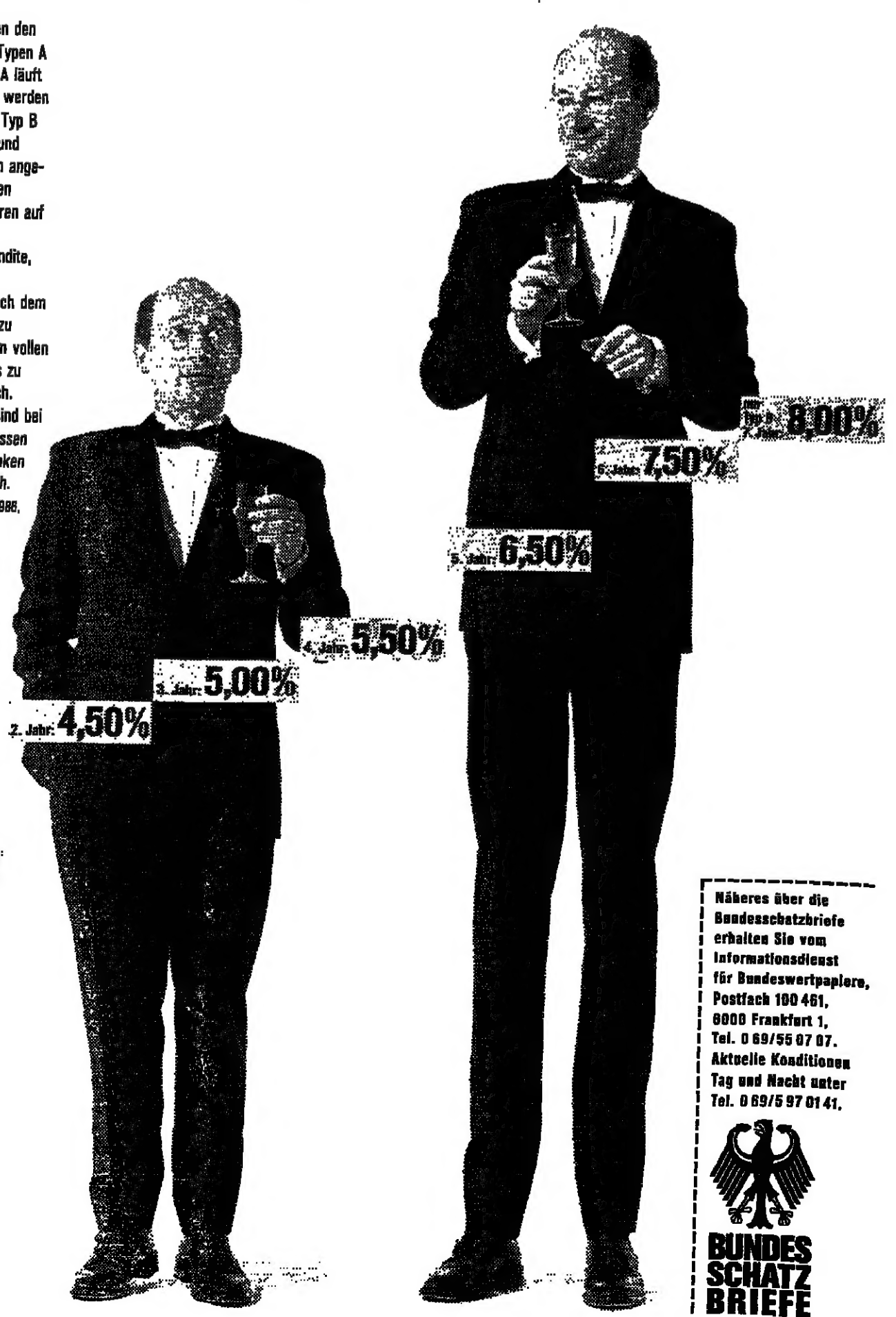
Bozener Landesregierung aufgeben will. Brugger vertrat die SVP seit 1968 im Römischen Parlament als Senator. 1971 war er in das Europaparlament gewählt worden. Die Trauerfeier für Brugger findet am Mittwoch auf dem Ritten oberhalb von Bozen statt.

Der langjährige Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Gießen und des Max-Planck-Instituts für Physiologische und Klinische Forschung in Bad Nauheim, Professor Dr. Rudolf Thauer, ist im Alter von 80 Jahren in Gießen gestorben. Rudolf Thauer, der Mitglied der Leopoldina zu Halle war, galt als einer der bedeutendsten Vertreter der biomedizinischen Forschung in Deutschland. Professor Thauer hat in den 50er und 60er Jahren entscheidend dazu beigetragen, daß das „Herz“ Zentrum Bad Nauheim zu einem internationalen Begriff wurde.

Jedes Jahr besser. Bundesschatzbrieife.

Sie können zwischen den Bundesschatzbrief-Typen A und B wählen. Typ A läuft 6 Jahre, die Zinsen werden jährlich ausbezahlt. Typ B läuft 7 Jahre, Zins und Zinseszinsen werden angesammelt. So wachsen 1.000,- DM in 7 Jahren auf 1.474,- DM. Typ A hat 5,21% Rendite, Typ B 5,70%.

Beide lassen sich nach dem 30. 4. 1987 jederzeit zu Bargeld machen. Zum vollen Wert plus Zinsen, bis zu 10.000,- DM monatlich. Bundesschatzbrieife sind bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken gebührenfrei erhältlich. Konditionen: Stand 7. 4. 1986, Ausgaben 1986/5 und 6.



Näheres über die Bundesschatzbrieife erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 100 461, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0 69/55 07 07. Aktuelle Konditionen Tag und Nacht unter Tel. 0 69/5 97 01 41.



TENNIS

Evert-Lloyd noch zu stark

Es bleibt dabei: Claudia Kohde kann gegen Chris Evert-Lloyd einfach nicht gewinnen. Obwohl die 21jährige Saarbrückerin eine großartige Leistung zeigte, verlor sie das Endspiel beim mit 150 000 Dollar dotierten Turnier in Marco Island (US-Bundesstaat Florida) gegen die zweitbeste Spielerin der Welt in 77 Minuten mit 2:6, 4:8. Die Siegerin kassierte für ihren Erfolg 45 000, die Verliererin 22 000 Dollar.

Trotz der Niederlage war Claudia Kohde, die außer ihrer Finalgegnerin schon alle anderen Weltklasse-Spielerinnen bezwungen hat, nicht unzufrieden. „Ich habe alles richtig gemacht, ich habe sehr gut gespielt, aber Chris bekommt einfach jeden Ball. Manchmal ist es zum Verzweifeln. Da macht man einen tollen Schlag, denkt, man hat den Punkt schon sicher, und dann hat sie als Antwort einen noch besseren Schlag parat.“

Auch die 31jährige Chris Evert-Lloyd war von der Leistung der Welt-ranglisten-Fünften angetan: „Sie hat mich heute überrascht. Sie bekam viele Bälle noch, die vor einem Jahr für sie unerreicht gewesen wären.“ Doch nach dem von 2500 Zuschauern bei glühender Mittagshitze im ausverkauften Tennis-Stadion von Marco Island verfolgten Match wies Chris Evert-Lloyd auch auf die Mängel der Deutschen hin: „Ihre Aktionen sind oft zu durchsichtig, sie muß mehr überraschende Schläge zeigen.“

Claudia Kohde hatte im Verlauf des Turniers gegen schwächere Gegnerinnen etliche Probleme, doch im Endspiel zeigte sie sich sehr konzentriert. Im zweiten Satz gelang ihr sogar ein Break zum 3:2, doch nach ihrer 4:2-Führung gab sie die folgenden vier Spiele und das gesamte Match ab. Das Fazit der Saarbrückerin nach diesem Spiel: „Ich bin nicht an Chris dran, aber an einigen Dingen muß ich noch arbeiten. Dazu gehört mein Aufschlag, und ich muß meine Netz-Angriffe gegen eine Spielerin von ihrem Format noch besser vorbereiten.“

Ihr Stiefvater Jürgen Kilsch meinte: „Claudia spielt im Moment ganz gut, aber nicht sehr gut. Sie ist offenbar doch ein bißchen müde, und ich bin froh, wenn es nach Beendigung des Florida-Circuit erst einmal nach Hause geht.“

TISCHTENNIS: Böser Eklat bei der deutschen Mannschaft während der Europameisterschaft in Prag: Verbale Ausrutscher

Georg Böhm beleidigte Bundestrainer Roesch und reiste ab

OLAF BROCKMANN, Prag Ein Zitat, das bei den Tischtennis-Europameisterschaften in Prag in aller Munde ist, löste einen handfesten Skandal aus: „Herr Roesch, Sie sind ein Arschloch!“ Mit diesem verbalen Angriff machte der deutsche Meister Georg Böhm seinem Unmut Luft, als er von Bundestrainer Charles Roesch für das Gruppenspiel gegen Polen nicht aufgestellt worden war.

Und um gleich alles klarzumachen, fügte der 23jährige in der Mannschaftsbesprechung noch hinzu: „Unter Ihnen, Herr Roesch, spiele ich nicht mehr!“ Das war's dann also – der Rückzug des Georg Böhm aus der Nationalmannschaft. Gestern fuhr Böhm mit seinem Bruder Josef zurück nach Deutschland.

„Wir haben keinen Spieler nach Hause geschickt. Sondern ein Mensch hat sich selbst verabschiedet“, kommentierte Verbandspräsident Hans-Wilhelm Gäh den Fall.

„Wir hätten ihn aber nie mehr mit einem anderen Spieler auf dem Doppelzimmer lassen können. Das wäre Selbstmord für die Nationalmannschaft gewesen.“ Und für Sportwart Eberhard Schöler war es die „logische Konsequenz“, daß Böhm zurück mußte.

Roesch selbst hatte auf die Attacke ganz ruhig reagiert: „Was geht mich Georg Böhm an? Er fühlte sich beleidigt. Aber besser wäre gewesen, wenn er einen Einsatz in der Nationalmannschaft gerechtfertigt hätte.“ Georg Böhm fühlte sich zu Unrecht von den Einsätzen gegen die CSSR und Polen ausgeschlossen. „So schlecht hatte ich zuvor nicht gespielt. Roesch hat mich schon oft über Gebühr kritisiert. Jetzt war das Maß voll. Wir hatten nie eine optimale Zusammenarbeit. Ich lasse

mich im Training nicht in ein festes Schema drängen.“

Da ihm das Training von Roesch nicht paßt, hatte Böhm schon vor der Saison auf die Teilnahme an Lehrgängen verzichtet wollen. Doch der Verband machte Böhm klar, daß er dann nicht mehr in der Nationalmannschaft spielen könne. So gab Böhm noch einmal nach.

In Prag kamen jetzt aber alle Differenzen wie bei einem Vulkanausbruch auf einmal zum Vorschein. Noch während des Polen-Spiels (3:5) bereute Böhm aber seinen Angriff. Er hielt zwar die Kritik an Roesch aufrecht, signalisierte aber Gäh zugleich den Wunsch, wieder in der Nationalmannschaft zu spielen. Doch die Entscheidung war nicht mehr zu regulieren, meinte Sportwart Eberhard Schöler. Der frühere Vize-Weltmeister sagte Böhm zwei Stunden nach dem Vorfall, daß er sich wieder

als „Privatmann“ fühlen solle. Schöler räumte ein, daß Charles Roesch ein „unangenehmer Trainer“ sei. „Jeder weiß, daß er kritisch und hart ist. Aber nur mit Kritik kann man sich verbessern.“ Böhm hat mehrmals zu erkennen gegeben, daß er so gut sei, daß er keinen Trainer brauche. Ich habe ihm jetzt gesagt, daß er über sich nachdenken soll.“

Der Verband buchte für den gebürtigen Rumänen Georg Böhm noch das Flügelticket um. Doch der deutsche Meister wollte dann mit seinem Bruder Josef mit dem Auto zurückfahren.

Josef Böhm sah hinter dem ganzen Fall eine gezielte Kampagne: „Die Mafia um Gäh wollte uns doch nur loswerden. Sie haben auf eine günstige Gelegenheit gewartet.“ Josef Böhm, der als Zuschauer in Prag war, wurde auch das Gefühl nicht los, „daß die Funktionäre etwas gegen

unsere Abstammung haben“. Dies brachte Gäh dann doch auf die Palme: „Wie sehr haben wir uns dafür eingesetzt, daß Georg für Deutschland spielen konnte. Wie sehr haben wir uns bemüht, daß Olga Nemes eine gesicherte Ein- und Ausreise in Prag erhalten hat. Einfach absurd!“

Hier bremste Georg Böhm seinen Bruder, sah jedoch den Machtkampf zwischen Düsselndorf (wo Gäh und Schöler gespielt haben) und seinem Klub Saarbrücken. Georg Rebmann, Saarbrückens Manager, behielt die Übersicht: „Man muß versuchen zu kitten, was noch zu kitten ist. Böhm braucht die Nationalmannschaft und das Team braucht Böhm!“

Der stets besonnene Eberhard Schöler deutete auch in der Ferne liegende Kompromisse an: „Man soll nie 'nie' sagen. Wenn die EM vorbei ist, kann man in Ruhe über die Zukunft reden.“

NATIONALELF / WELT-Interview mit Dieter Hoeneß – Forderte Gaby Schuster eine Million Mark für die WM-Teilnahme?

„Ich werde mich schon durchbeißen“ Schusters böser Streich

BERND WEBER, Rheinfelden Otto Rehhagel hatte die Rückkehr von Dieter Hoeneß in die Nationalmannschaft zuerst gefordert. An dem Münchner riefen sich die Kritiker immer wieder: mal hölzern und ungelent, dann aber wieder ein gefährlicher Torjäger. Weil für das Länderspiel gegen die Schweiz in Basel am Mittwoch (20.00 Uhr, live in der ARD) fast alle Stürmer ausfallen, erhält Dieter Hoeneß eine Bewährungsprobe.

Die WELT sprach mit dem Münchner, der seine beiden ersten Länderspiele 1979 gegen Irland und Island (drei Tore) bestritt.

WELT: Nun sind Sie also nach sieben Jahren wieder im Kreis der Nationalmannschaft, hat sich sehr viel verändert?

Hoeneß: Im Grundsatz sicherlich nicht, aber im Detail empfinde ich die Atmosphäre doch sehr viel entspannter und gelockter als früher. Ich denke schon, dieses ist das Verdienst der beiden Führungspersonlichkeiten Franz Beckenbauer und Horst Köppel.

WELT: Sie stehen ganz schön unter Erfolgsdruck.

Hoeneß: Ich bin inzwischen 33 Jahre

alt, stehe sozusagen am Ende meiner Karriere, dennoch ist nicht sicher, ob ich meinen Vertrag bei den Bayern verlängern werde. Also, ich glaube schon, daß ich das große Nervenfieber nicht bekommen werde.

WELT: Auch wenn der Versuch, den Beckenbauer mit Ihnen unternimmt, ziemlich einmalig ist. Es geht um ein einziges Spiel, das entscheidend für Ihre Mexiko-Fahrkarte ist.

Hoeneß: Ich bin davon überzeugt, daß bei vielen solche sehr simplen Rechnungen aufgemacht werden. Schieße ich Tore gegen die Schweiz, zumindest ein Treffer ist in der öffentlichen Meinung sozusagen Pflicht, dann bin ich in Mexiko dabei. Gelingt mir kein Tor – Mexiko adé. Ich bin überzeugt davon, daß Beckenbauer und Köppel die Dinge ein wenig differenzierter betrachten. Natürlich kann es sein, daß mir gegen die Schweiz kein Treffer gelingt. Aber ob man mich zur Weltmeisterschaft mitnimmt oder nicht, ist doch wohl eher eine konzeptionelle Frage.

WELT: Mithin hängt doch nicht alles nur am morgigen Spiel?

Hoeneß: Torjäger, das weiß jeder,

können auch mal vorbeiziehen. Klar ist andererseits, daß es eine wesentliche Entscheidungshilfe für alle wäre, wenn ich treffen würde.

WELT: Sind Sie eigentlich überrascht, daß Sie gerade zum Ende Ihrer Laufbahn noch einmal so groß herausgekommen sind?

Hoeneß: Es freut mich ganz ungemein, denn es beweist mir, daß ich letztendlich mit meiner Art, den Fußball zu präsentieren, richtig lag, obwohl ich zeitweise sehr vielen Schmähungen ausgesetzt war. Ich habe mich aber immer bemüht, ehrliche Arbeit abzuliefern. In der Öffentlichkeit hat sich zuletzt ein ziemlich starker Wandel vollzogen – sie hat es anerkannt.

WELT: Ihr Comeback wird nicht gerade dadurch begünstigt, daß die deutsche Mannschaft sehr stark ersatzgeschwächt antreten muß.

Hoeneß: Natürlich, das ist ein Handicap. Vor allem Karlheinz Rummenigge hätte ich gerne im Angriff an meiner Seite gehabt, denn wir haben uns schon bei Bayern immer sehr gut verstanden. Aber ich bin gewohnt, Schwierigkeiten zu bekämpfen, ich werde mich schon durchbeißen.

BERND WEBER, Rheinfelden Auch nachdem er sein Comeback und damit die Teilnahme an der Fußball-Weltmeisterschaft abgesagt hat – Bernd Schuster, der blonde Mittelstürmer des FC Barcelona, ist derzeit mal wieder das große Gesprächsthema bei der deutschen Nationalmannschaft. Aber vieles deutet darauf hin, daß dies zum letzten Mal der Fall ist.

Der Grund für die neue Aufregung: Die „Bild-Zeitung“ hat berichtet, daß keineswegs – wie Schuster offiziell bekanntgegeben hatte – der konditionelle Rückstand nach seiner dreimonatigen Verletzungspause der wahre Grund für seine WM-Abreise ist, vielmehr soll der Comeback-Verzicht durch die Nicht-Erfüllung finanzieller Bedingungen, die Gaby Schuster in einem Telefonat mit Teamchef Franz Beckenbauer gestellt hatte, zustande gekommen sein. Konkret: Franz Schuster habe eine Million Mark netto, die entweder der Deutsche Fußball-Bund oder Privatfirmen aufbringen sollten, für die WM-Teilnahme ihres Mannes gefordert.

Beckenbauer dementierte gestern energisch, daß er mit den Schusters zu irgendeinem Zeitpunkt über solche Geldforderungen gesprochen ha-

be. Zitat des Teamchefs: „Ich bin auch der Meinung, daß der Bernd viel zu sehr Fußballer ist, als daß er bei seinen ganzen Überlegungen Geldfragen in den Vordergrund gestellt hat.“ Aber es besteht der Verdacht, daß Beckenbauer mit seinen Äußerungen den Spanien-Profi vor allem während den Attacken aus der Öffentlichkeit nur schützen wollte. Immerhin nämlich gab der Teamchef zu, er habe schon geraume Zeit Kenntnis davon gehabt, daß Schuster sehr intensiv versucht habe, bei der Herzogenauracher Sportartikelfirma Adidas eine Verbesserung seiner vertraglichen Bezüge zu erreichen.

Bei den Nationalspielern stieß die neue Schuster-Nachricht auf Unverständnis, aber sie löste keineswegs Überraschung aus. Bayern-Stürmer Dieter Hoeneß meinte: „Bei uns in München wird schon seit langem davon gesprochen, daß Schuster besondere WM-Zugaben gefordert hat.“ Der Hamburger Felix Magath sagte: „Für mich ist das Kapitel Schuster endgültig beendet.“ Auch wenn Beckenbauer sich innerlich weiterhin dagegen sträubt – für alle Beteiligten wäre es am besten.

STANDPUNKT

Bormanns Rückkehr

Elmar Bormann ist wieder da – und das ist für den einen oder anderen im Deutschen Fechterbund (DFeB) gar keine gute Nachricht. In der Stuttgarter Ausgabe der „Bild-Zeitung“ kündigte der Degen-Weltmeister von 1963 bereits an, juristische Schritte gegen seinen Präsidenten Klaus Dieter Güse und den Hamburger Journalisten Andreas Schirmer zu eröffnen. Die beiden haben nämlich in dem am Karfreitag bei den Junioren-Weltmeisterschaften in Stuttgart erschienenen Buch „Faszination Fechten“ Bormann als ein über die Planché trampelndes und stampfendes Fecht-Monster beschrieben.

In Heidenheim beim Weltcup-Turnier wurde Bormann am Sonntagabend Siebenter, was zugleich seine Rückkehr in die Weltspitze der Degenfechter war, die er nach dem Mannschafts-Olympiasieg 1984 in Los Angeles verlassen hatte. Bormanns Rückkehr unter die Zunft der Weltbesten bringt nun zwangsläufig Ärger mit sich, denn der Stuttgarter hat schließlich noch nie zu den Bequemten im Lande gehört. Der Kabarettist und Sportjournalist Werner Schneyder sagte einmal über ihn: „Elmar Bormann gehört zu jenen Leuten, die sich nicht alles gefallen lassen. Aber Brave haben wir ja schon genug.“

Der somit gekennzeichnete, neben Alexander Pusch der einzige deutsche Degen-Weltmeister, hatte sich das Recht herausgenommen, sich ureigenst selber zu vermarkten – ohne den Mentor Emil Beck einzuschalten. Aber was soll es, die beiden sind sich ohnehin spinnfeind, auch wenn das nach außen hin vertuscht wird. Der angeblich heilen Taubers-bischofsheimer Fechter-Welt zuliebe.

Bormann, der sich seit 1979 für alle Weltmeisterschaften und olympischen Turniere qualifiziert hat, nahm sich daraufhin im letzten Jahr sogar die Freiheit, einmal vom Fechter-Streß auszuspannen. Das kostete ihn die Qualifikation für die Weltmeisterschaften in Barcelona, und eine solche Ungehörigkeit hat bis auf den heutigen Tag fast das gesamte Präsidium gegen ihn aufgebracht.

Bormann, der Nachdenkliche, der Unbequeme, Bormann, das Ärgernis.

Diese Woche

AUTO-BILD

BMW GEGEN Mercedes

Wer baut die besseren Autos?

Die großen Mittelklasse-Konkurrenten im harten AUTO-BILD Vergleichstest. Lesen Sie alles über Technik, Fahrverhalten und Komfort, worin sie sich unterscheiden, und wie Sie sich die Wahl erleichtern können.

Hat meine Werkstatt wirklich das getan, was ich bezahlen muß?

Die Rechnung ist Ihnen sicher, sind die berechneten Arbeiten aber auch ausgeführt worden? AUTO-BILD verrät Ihnen, wie Sie Ihre Werkstatt kontrollieren können, und wie Sie Schummerei vorbeugen sollten.

So wird Ihr graues Garagentor zum Schmuckstück

Für 50 Mark Lack, ein Diaprojektor und Ihr Lieblingsmotiv machen aus Ihrem Garagentor ein Kunstwerk. Beispiele zum Nachmachen und wertvolle Tips finden Sie in AUTO-BILD.

Getrauter Renault 4 (6 Jahre alt) • Renault 5 • Renault Katalysator • 4 Allrad-Autos für wenig Geld • Ford Sierra Cosworth

Die Zeitung rund ums Auto

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen

***Die aktuelle* WELT-Prämie**

Sich einmal wieder ganz entspannt zu Hause zurücklehnen, die Augen schließen und klassische Musik hören... Stellen Sie sich für mehrere Abende ein großes Festprogramm zusammen, wie es Ihnen am meisten Freude macht.

Fünf Platten-Kassetten Ihrer Wahl aus der Reihe „Perlen Klassischer Musik“

1. Bach, Brandenburgische Konzerte, Violinkonzerte, Orgelwerke, Messen; 5 LP
2. Beethoven, Konzerte, Sonaten, Romane; 6 LP
3. Beethoven, Die neun Symphonien, Philharmonia Orchestra London, Herbert von Karajan; 7 LP
4. Brahms, Violinkonzerte in D-dur, Symphonie Nr. 1-4; 5 LP
5. Chopin, Klavierkonzerte Nr. 1, Polonaisen, Träumermarsch, Minutenswalzer, Improrompt Nr. 4, Etuden, Balladen, Walzer, Mazurken u. a.; 5 LP
6. Hindel, Konzerte, Sonaten, Feuerwerksmusik, Wassermusik, Alexandersfest; 5 LP
7. Haydn, Symphonien, Serenaden, Streichquartette, Cellokonzert, Deutsche Tänze; 5 LP
8. Liszt, Klavierkonzerte, Orgelwerke, Rhapsodien; 5 LP
9. Mahler, Symphonie Nr. 1, D-dur, „Der Titan“, Symphonie Nr. 5, cis-moll, Symphonie Nr. 9, D-dur; 5 LP
10. Mozart, Ouvertüren, Serenaden, Symphonien, Konzerte, Krönungsmesse; 5 LP
11. Schubert, Die Unvollendete, Deutsche Tänze, Deutsche Messe, Lieder, Improromptus, Streichquartette, „Der Tod und das Mädchen“, Forellenzugabe; 5 LP
12. Schumann, Klavierkonzerte, Symphonien, Fantasien; 5 LP
13. Wagner, Das Schöne aus Rienzi, Meistersinger, Götterdämmerung, Der fliegende Holländer, Lohengrin, Parsifal, Die Walküre; 4 LP
14. Dvořák/Smetana, Symphonie „Aus der neuen Welt“, Cellokonzert, Streicherserenade, Lieder, Streichquartett op. 96 (amerik./Die Moldau, Sárka (aus „Mein Vaterland“), Tanz der Komödianten (aus „Die verkaufte Braut“), Streichquartett „Aus meinem Leben“; 5 LP
15. Richard Strauss, Concerto grossi, Violinkonzerte, Flötenkonzerte, Hornkonzerte, Oboenkonzerte, Trompetenkonzerte; 5 LP
16. Rustiche Chormusik, Orlando di Lasso, Monteverdi, Halber, Mozart, Beethoven, Schubert, Mendelssohn-Bartholdy, Brahms, Schöler, Bruckner u. a.; 5 LP

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Abende-Datum) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler. Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür wünsche ich:

die Platten-Kassetten Nr.

Vorname/Nachname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Vorw./Tel.: Datum:

Der neue Abonnent gehört nicht zu meinem Haushalt. Die Dankeschön-Prämie steht mir zu, wenn das erste Bezugsgeld für das neue Abonnement beim Verlag eingegangen ist.

Unterschrift des Vermittlers:

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der günstigste Abonnementspreis beträgt im Inland monatlich DM 27,10, anteilige Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen. Die Abonnements-Bedingungen ergeben sich aus dem Impressum der WELT. Ich war während des letzten halben Jahres nicht Abonnent der WELT.

Vorname/Nachname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Vorw./Tel.: Datum:

Unterschrift des neuen Abonnenten:

Ich habe das Recht, diesen Bestellschein innerhalb von 10 Tagen (rechtheltige Abmeldung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift des neuen Abonnenten:

Aus dem Tollhaus

JB. In einer gemeinsamen Erklärung haben der DGB und die Geschäftsführung der Neuen Heimat des Bundesbauminister abgesprochen, einen Bericht über die Vermögensverhältnisse der NH anzufordern. Ein solches Begehren ist nach Meinung der gemeinwirtschaftlichen Bankrotteure nur zu rechtfertigen, wenn die Bundesregierung von vornherein zu erkennen gibt, daß sie sich an der Sanierung der NH-Gesellschaften in den Ländern Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein beteiligt.

Dies allein ist schon ein Stück aus dem Tollhaus. Denn die Weigerung, einen Einblick in das Gesamtvermögen der NH zu geben, hindert den Konzern nicht, gleichzeitig öffentliche Hilfe zu fordern. Wenn die betroffenen Bundesländer die gemeinnützige Preis- und Mietbindung der zum Verkauf stehenden Wohnungen erhalten wollten, müßten sie die sich daraus ergebenden Lasten schon selbst übernehmen, meint die NH.

Bei einem Unternehmen, das händelnd versucht, die selbstverschuldete Krise mit Hilfe Dritter zu überwinden, sind Drohungen dieser Art reichlich stark. Die NH läßt es jedoch damit nicht bewenden. Wenn die Bundesregierung schon nicht helfen wolle, so möge sie doch endlich Aktivitäten

Zur rechten Zeit

HH - Bei Städten und Gemeinden sprudeln die Einnahmen munter als bei Bund und Ländern. Allein das Steueraufkommen ist 1985 gegenüber dem Vorjahr um 7,0 Prozent auf 56,3 Milliarden Mark gestiegen. Solche Zuwachsraten können die anderen Gebietskörperschaften, vor allem der Bund, nicht vorweisen. Die früher häufig zu hörenden Klagen, der Bundesfinanzminister saniere zu Lasten der Kommunen, sind weitgehend verstummt. Natürlich ist die Lage nicht überall gleich gut. Dennoch kommt der Appell des Staatssekretärs im Innenministerium, Horst Waffenschmidt, die Gemeinden sollten ihre Investitionen steigern, zum richtigen Zeitpunkt. Denn gerade bei dem niedrigen Zinsniveau können zum Beispiel Umwelt-schutzinvestitionen in Angriff genommen werden, die in Zeiten knapper Kassen und hoher Zinsen unterbleiben sind. Auch die Einnahmehinzuflüsse durch die zwei-stufige Steuersenkung 1986/88 ändern die günstige Ausgangslage nicht entscheidend.

WÄHRUNGSSYSTEM / Keine Spur von Hektik an internationalen Devisenmärkten

Franc blieb stark, weil deutsche Importeure nach Abwertung kauften

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Völlig undramatisch und ohne eine Spur von Hektik haben die internationalen Devisenmärkte gestern auf die erwartete Neufestsetzung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) reagiert. Trotz Aufwertung der D-Mark waren die anderen EWS-Währungen mit Ausnahme des französischen Franc und der Lira sogar etwas teurer als am Donnerstag und Freitag. Der am Wochenende schwache Rentenmarkt hat sich gefangen, und die Aktienbörse tendierte sogar recht fest.

Das Ausmaß der Wechselkurskorrekturen ist hinter den Erwartungen der meisten Devisenhändler zurückgeblieben. Vor allem gut das für die Abwertung des französischen Franc und die Aufwertung der D-Mark. Die Kursveränderungen der meisten EWS-Währungen bewegten sich im Rahmen von Schwankungsbreiten, die auch sonst nicht selten sind. Der Kurs des abgewerteten französischen Franc ging lediglich von 32,498 DM am Donnerstag, dem letzten Tag, an dem amtliche Devisenkurse notiert worden waren, auf 31,40 DM zurück.

Er liegt damit am oberen Interventionspunkt. Zu diesem Kurs müßten die Bundesbank gestern Franc verkaufen und die französische Notenbank D-Mark kaufen, um die neuen Wechselkurse zu verteidigen. Die Stärke des französischen Franc, die sich aus Paris Sicht als Schwäche der D-Mark darstellt, ist nach dem Urteil des Devisenhandels vor allem auf Franc-Käufe deutscher Importeure zurückzuführen, die mit der Devisenabwertung nach einer Wechselkurskorrektur gewartet haben.

Etwas niedriger wurde auch die italienische Lira mit 1,4810 (1,4895) DM

KONJUNKTUR

Stoltenberg ermahnt die Tarifpartner zur Mäßigung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Neubewertung der D-Mark im Europäischen Währungssystem (EWS) verbessert die Chancen für die Bundesrepublik, über 1986 hinaus ein hohes Maß an Geldwertstabilität zu erreichen. „Wir können jetzt für dieses Jahr mit nahezu völliger Stabilität der Lebenshaltungskosten und einer nur geringfügigen Zunahme der Produktionskosten rechnen, wenn die Tarifpartner diesen Prozeß fördern“, erklärte gestern Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg.

Eine so günstige Situation habe die Bundesrepublik seit zwei Jahrzehnten nicht mehr erlebt. „Dies ist zusammen mit dem Ergebnis der Haushaltsanpassung die Triumpfkarte für eine erfolgreiche langfristige wirtschafts-, währungs- und finanzpolitische Strategie“, so der Minister.

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft sei freilich, daß alle gesellschaftlichen Gruppen auch weiterhin ihren Beitrag hierzu leisten. Die ersten Tarifabschlüsse dieses Jahres - Banken 4,2, öffentlicher Dienst 4,0 und Bau mit voraussichtlich 3,1 Prozent - trügen dem „in noch ausreichender Weise Rechnung“. Für die langfristige Verbesserung der privaten Nachfrage und damit der Kaufkraft der Bevölkerung hält es Stoltenberg für wichtig, daß vor allem die IG Metall zu einem stabilitätspolitisch angemessenen Lohnabschluß bereit sei. Die DGB-Führung sollte nach Ansicht Stoltenbergs ihre propagandistische Kampagne gegen die Beschlüsse des Bundestages zum Paragraphen 118 des Arbeitsförderungsgesetzes beenden und statt dessen konstruktiv an einer stabilitätspolitischen Strategie mitwirken.

Das Europäische Währungssystem habe mit dem Beschluß vom Wochenende erneut seine Funktionsfähigkeit unter Beweis gestellt. Auch weltweit sei die Entwicklung der Hauptwährungen wesentlich für die künftigen Wachstumsperspektiven, eine ausgewogenere Handels- und Leistungsbilanzstruktur und die Bewältigung der Schuldenkrise. Die Unterschiede in ökonomischen Grunddaten wären in der Weltwirtschaft nach wie vor ungleich größer als in Westeuropa. Deshalb sieht Stoltenberg, der gestern zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds nach Washington abgereist ist, auf vorausschaubare Zeit keine Möglichkeit, in der Weltwirtschaft zu einem System fester Wechselkurse zu kommen.

Die Währungsbeschlüsse sind in der deutschen Wirtschaft überwiegend positiv aufgenommen worden. Der Deutsche Industrie- und Handelsclub spricht von einem wirtschaftlich tragbaren Kompromiß. Die Auswirkungen auf den deutschen Export seien wegen der konjunkturellen Erwartungen nicht so schwerwiegend, daß daraus ernste Gefahren für die Wirtschaft drohten. In Bankenkreisen wird die Entscheidung vom Wochenende als Anpassung an die Realitäten interpretiert.

Die Saudi-Strategie

Von ALFRED ZÄNKER, Genf

Immer deutlicher zeichnet sich in den turbulenten Entwicklungen am Ölmarkt eine neue langfristige Strategie Saudi-Arabiens ab. Seit vergangener Herbst haben die Saudis und ihre Bundesverwandten in Kuwait und Abu Dhabi den Ölpreis durch eine aggressive Verkaufspolitik ohne viel Rücksicht auf die Opec-Partner von rund 30 auf nur noch 10 bis 12 Dollar pro Faß in den letzten Tagen gedrückt, um sich größere Marktanteile zu sichern.

Saudi-Arabien ging damals zu sogenannten Netback-Verträgen über, bei denen der Rohölpreis an die Notierungen für raffinierte Produkte am freien Markt gebunden wird. Das war das Signal zum Ölpreis-Krieg. Omnisäre Erklärungen arabischer Politiker hatten, den Preisverfall zu beschleunigen. So warnte der Ömini-ster der Arabischen Emirate kürzlich wieder, daß das Rohöl auf nur 5 Dollar fallen könnte, wenn man sich nicht bald auf weitverbreitete Produktionsquoten einließe.

Ziel der neuen Strategie ist es, die Aussichten für arabisches Öl auf lange Sicht zu verbessern. Als Öl-macht mit den weitaus niedrigsten Produktionskosten und größten Reserven haben die Saudis im freien Wettbewerb am meisten zu gewinnen.

Riad zieht damit die Konsequenzen aus den bitteren Erfahrungen, die das Opec-Kartell bei immer schärferen Produktionsbeschränkungen zur Preissitzung gemacht hat. Davon haben schließlich vor allem die Konkurrenten in Nordeuropa und Amerika profitiert, die ihre Marktanteile auf Kosten der Opec ausweiten konnten. Vor zehn Jahren lieferte das Kartell fast zwei Drittel der westlichen Ölproduktion; heute sind es nur noch 40 Prozent. Gleichzeitig sank - bei hohen Preisen - der weltweite Ölverbrauch seit 1978 um zwölf Prozent.

Die Saudis konnten bei dieser Entwicklung nur einen Bruchteil ihrer Lieferkapazität ausnutzen. Ihre Einnahmen fielen von 130 Mrd. Dollar 1981 auf rund 30 Mrd. Dollar. Wachsende Defizite im Außenhandel und im Staatshaushalt haben Riad inzwischen gezwungen, weit über die Hälfte seiner Auslandsguthaben von 150 Mrd. Dollar zu opfern. Ende 1986 werden kaum mehr als 60 Mrd. Dollar verbleiben. Investitionsprogramme

AUF EIN WORT



„Zu unserer Gesellschaft gehören nicht nur die, denen es gut geht und die glauben, sich den Verzicht auf weiteren Fortschritt in Wissenschaft und Technik auf die damit verbundenen Risiken leisten zu können. Zur Gesellschaft gehören auch die vielen Arbeitslosen, deren Hoffnung gerade Wissenschaft und Technik sind.“

Prof. Dr. Jan Thoenig, Präsident der Gesellschaft Deutscher Chemiker, Frankfurt.

Benzinpreis fällt wieder

Bm Essen

Der Versuch der Mineralölwirtschaft, die Preistrichter bei Benzin in einigen Gegenden der Bundesrepublik aufzufüllen, ist offensichtlich im ersten Anlauf gescheitert. Nachdem Aral voranging und die Esso folgte, hat Aral am Montag in Teilen des Ruhrgebietes die Preise um 2 Pfennig je Liter Kraftstoff wieder zurückgenommen. Super kostet jetzt 100,9 statt bis zum Wochenende 102,9 Pfennig. Der Versuch, die Preistrichter vornehmlich in den Ballungsräumen aufzufüllen, wurde damit begründet, daß der Preisnachschuß im März um insgesamt 9 Pfennig je Liter voll zu Lasten der Marge gegangen ist.

TECHNOLOGIE

Deutsche Wirtschaft findet Anschluß an das Weltniveau

A. G. Bonn

Die bevorstehende Industriemesse Hannover wird nach Auffassung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber bestätigen, daß deutsche Technologie wieder zur „Weltspitze“ zählt. Wie der Minister gestern in Bonn erklärte, seien die steigenden Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung (FuE) sichtbarer Ausdruck für das Vertrauen in die Zukunft. Nach den bisherigen Schätzungen wurden im vergangenen Jahr etwa 52 Milliarden Mark für diese Zwecke ausgegeben. Das sind etwa 3,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit stehe die Bundesrepublik gemeinsam mit den USA an der Spitze aller Länder.

Die FuE-Aufwendungen der Wirtschaft allein werden für 1985 auf etwa 37 Milliarden Mark geschätzt. Das entspricht gegenüber 1983 einer Steigerung um rund zwölf Prozent. Den größten Anteil an den FuE-Aufwendungen der Wirtschaft haben mit zusammen 84 Prozent nach wie vor die chemische Industrie, der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.

Riesenhuber machte aber auch deutlich, daß einige Bereiche der Spitzentechnologie gegenüber den USA und Japan noch Schwächen aufwiesen: so die Datenverarbeitung, die elektronischen Bauelemente, die Nachrichtentechnik und der Büromaschinenbereich. Der Minister empfahl eine Intensivierung des Austausches zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Der relative Rückgang der Technologie-intensiven deutschen Exporte scheint 1984 gestoppt, wenn nicht sogar ins Gegenteil verkehrt worden zu sein.

NIEDERSACHSEN

Wachstum blieb unter dem Bundesdurchschnitt

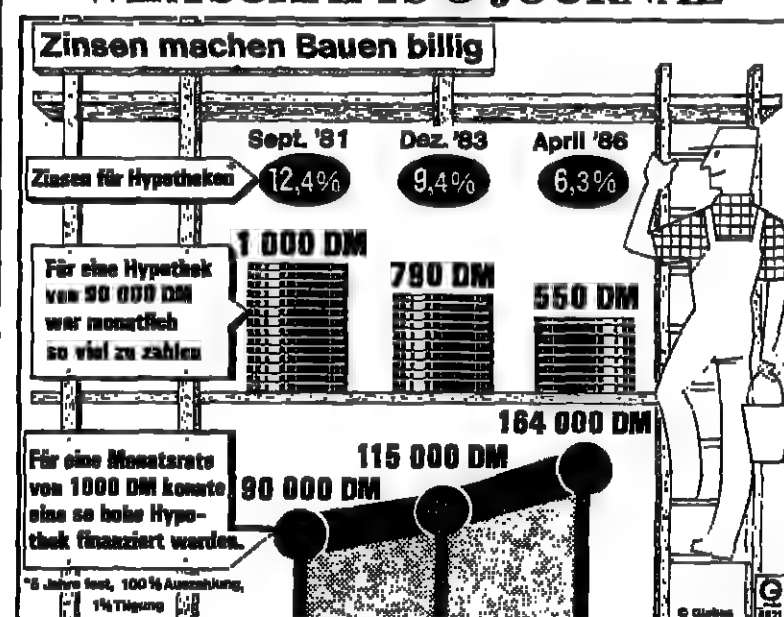
dos, Hannover

Das Land Niedersachsen hat 1985 zwar am Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik teilgenommen. Mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,2 Prozent wurde aber der Durchschnittswert des Bundes (2,4 Prozent) nicht ganz erreicht. Nach Angaben der Norddeutschen Landesbank sind die Gründe dafür in einigen Sonderfaktoren zu sehen, die dem Aufwärtstrend entgegenwirkten.

In ihrer Analyse verweist die Bank auf den „außerordentlich hohen“ und seit längerem anhaltenden Kapazitätsabbau in der Mineralölverarbeitung. Ohne den Einfluß dieses Wirtschaftszweiges hätte sich die reale Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes in Niedersachsen nicht nur um die ausgewiesenen 5,9 Prozent, sondern um 8,8 Prozent erhöht. Nachhaltig beeinflusst wurde das günstige Ergebnis von der positiven Entwicklung der Industrie. Sowohl die Produktion als auch die Ausfuhr von Investitionsgütern erzielten die stärksten Zuwachsraten. Weiter fortgesetzt hat sich im Berichtsjahr der Anpassungsprozeß in der niedersächsischen Bauwirtschaft. Die Bauproduktion ging erneut stärker zurück als im gesamten Bundesgebiet.

Insgesamt zeichne sich für Niedersachsen im laufenden Jahr eine zum Bundesdurchschnitt parallele Entwicklung ab. Wegen des anhaltenden Aufwärtstrends in der gesamten Wirtschaft würden die vorhandenen Strukturprobleme in der niedersächsischen Industrie „weniger spürbar“, schreibt die Bank. Die Wachstumsdisparitäten des Jahres 1985, die vor allem auf die günstige Entwicklung in den Exportindustrien zurückzuführen waren, seien durch die Belebung der Binnennachfrage weniger deutlich.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Es gibt eine ideale Kombination für Bauherren: Günstige Preise für Bauland, Preisruhe bei den Bauleistungen und fallende Zinsen für Hypothekendarlehen. Diese Kombination sind gegenwärtig nahezu erreicht. Die Baupreissteigerungen sind gestiegen, die Baupreise steigen kaum noch, und die Zinsen für Hypothekendarlehen haben sich gegenüber ihrem Höchststand im September 1981 fast halbiert, sie sind auf den niedrigsten Stand seit acht Jahren zurückgefallen. Die Höhe der Bauzinsen ist für die meisten Bauherren die entscheidende Größe.

Bundesbank offeriert neuen Zinstender

Frankfurt (VWD) - Ein neues Wertpapierkupongeschäft in Form eines Zinstenders mit einem Mindestbietungssatz von 4,30 Prozent und einer Laufzeit von 35 Tagen offeriert die Deutsche Bundesbank den Kreditinstituten. Wie die Notenbank auf Anfrage weiter mitteilte, müssen die Gebote bis heute 11.00 Uhr abgegeben werden. Die Zuteilung erfolgt am selben Tag. Gutgeschrieben wird der neue Tender am Mittwoch, an dem andere Wertpapierkupongeschäfte im Betrag von 18,9 Mrd. DM fällig werden.

Schutz vor Steuerwillkür

Paris (J. Sch.) - Die Franzosen sollen sich gegenüber den Steuerbehörden besser verteidigen können. Zu diesem Zweck will die neue Regierung eine „Charta des Steuerzahlers“ ausarbeiten. Das Projekt sieht insbesondere vor, daß bei Steuerverfahren nicht mehr der Angeklagte den Beweis seiner Unschuld zu erbringen hat, sondern daß die Steuerbehörde die Schuld beweisen muß.

Bauschutt verwendbar

Essen (dpa/VWD) - Nur ein Prozent des in der Bundesrepublik anfallenden Bauschutts müßte nach dem heutigen Stand der Technik auf Deponien landen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung von Ingenieuren der Universität/Gesamthochschule Essen. Von jährlich über 14 Millionen Tonnen Abbruchmaterial - eine Vierteltonne je Einwohner - seien nur die Kunststoffe nicht weiterverwertbar. Rund 65 Prozent des Bauschutts könnten nach Ansicht der Fachleute im Straßenbau genutzt werden, weitere 30 Prozent als Füllmaterial in Gruben und Dämmen.

Interesse an Wien

Wien (dpa/VWD) - In Wien wurden in den letzten vier Jahren Industrieansiedlungen mit einem Volumen von 820 Mill. DM registriert. Wie der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds mitteilte, liegen deutsche Unternehmen bei den Neuansiedlungen ganz

INTERNATIONALE ENERGIE-AGENTUR

Der Verbrauch an Schweröl ist weiter zurückgegangen

J. Sch. Paris

Die Ölpreis-Baisse hat in erster Linie den Benzinverbrauch befeuert. Der Schwerölverbrauch dagegen geht weiter zurück. Dies ist dem jüngsten Ölmarktbericht der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zu entnehmen. Die von ihr verfolgte Energiepolitik der fortschreitenden Unabhängigkeit vom Mineralöl scheint damit im industriellen Bereich noch nicht in Frage gestellt zu sein. Hier wirken sich die Investitionen für alternative Energiequellen nach wie vor positiv aus.

Im letzten Jahr war der Ölverbrauch der westlichen Industrieländer insgesamt um 1,5 Prozent zurückgegangen, dabei der Schwerölverbrauch um 14 Prozent. Für dieses Jahr erwartet die IEA einen Verbrauchsanstieg um 1,2 Prozent auf 34,4 Millionen Faß täglich. Vor einem

METALLMÄRKTE / Turbulenzen um den Zinnhandel wirken sich dämpfend aus

Überkapazitäten drücken auf die Preise

adh. Frankfurt

Außerst zurückhaltend hinsichtlich der Bewertung der weiteren Entwicklung an den Metallmärkten gibt sich die Metallgesellschaft AG, Frankfurt, deren Londoner Tochtergesellschaft Metallgesellschaft Ltd. zu den vier größten Gesellschaften unter den an der Londoner Metal Exchange (LME) operierenden 18 Handelsgesellschaften gehört. Zwar wird erwartet, daß die Metallpreise, wenn die Weltkonjunktur Tritt behält, mittelfristig wieder anziehen werden. In diesem Jahr rechnet aber Vorstandsvorsitzender Dietrich Natus nicht mehr mit einer deutlichen Aufwärtsentwicklung der immer noch gedrückten Preise.

Eine generelle Aufwärtsbewegung werde trotz der mengenmäßig eigentlich recht guten Niveaus der insgesamt aber stagnierenden Märkte verhindert, da es immer noch überkapazitäten in Bergbau und Verhüt-

tung gebe. Dämpfend wirkten auch die derzeitigen Währungsrelationen, zusätzlich beeinflussten die Turbulenzen um den Zinnhandel die Preise der übrigen Basismetalle negativ. Natus erinnert daran, daß sich der Preis von Zinn in D-Mark innerhalb der letzten 12 Monaten auf unter 4000 Pfund je Tonne halbiert habe; Nickel, das Hauptlegierungsmetall der Metallgesellschaft-Tochter VDM, entwickelte sich seit Juni 1985 von 17 000 DM je Tonne stetig nach unten und liegt jetzt bei rund 9500 DM je Tonne.

Ausdrücklich betonte Natus, daß das Zinndebakel die Metallgesellschaft nicht so stark treffen werde, wie es angesichts der starken Stellung des Unternehmens an der Londoner Metallbörse eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Denn das Zinnangebot sei noch zu Lebzeiten des Buffetstocks niedrig gehalten worden und man habe in den letzten bei-

Höhere Ölsteuer abgelehnt

Washington (AFP) - Der amerikanische Energieminister John Herrington lehnt eine Erhöhung der Importsteuern für Erdöl ab. Eine entsprechende Erklärung machte Herrington in einer Sendung des amerikanischen NBC-Fernsehens. Der Minister wies damit einen Vorschlag des Gouverneurs von Texas, Mark White, zurück. Minister Herrington dementierte in seiner Fernsehansprache gleichzeitig, daß Vizepräsident George Bush die saudische Führung um eine Drosselung ihrer Ölimporte ersucht habe, um die Ölpreise hochzutreiben.

Knür amtlich notiert

München (dpa/VWD) - Der erste amtliche Kurs der Vorzugsaktien der Knür AG, München, betrug gestern an der Münchner Börse 300 DM. Das teilte die Bayerische Vereinsbank mit. Seit Umwandlung des Unternehmens in eine AG im Jahr 1981 waren die Aktien im regulären Freiverkehr gehandelt worden. Gleichzeitig erhöhte die Gesellschaft ihr Grundkapital von 6,6 auf acht Mill. DM.

VOLKSWAGEN

Verkauf von TA nicht bestätigt

VWD, Hamburg

Über Verhandlungen zwischen der Ing. C. Olivetti - Co. SPA, Ivera, und der Volkswagen AG, Wolfsburg, über eine mögliche Übernahme der VW-Tochter Triumph-Adler durch den italienischen Konzern könne keine verbindliche Auskunft erteilt werden, ist vom Volkswagenwerk zu hören. In der italienischen Presse war berichtet worden, daß Olivetti in Verhandlungen mit VW über den Erwerb der von VW gehaltenen Beteiligung von 98,4 Prozent an TA Triumph-Adler AG, Nürnberg, stehe.

Ein VW-Sprecher hatte darauf hingewiesen, daß es ausgeschlossen sei, daß ein Verkauf des Aktienpakets bereits beschlossen wurde, da eine solche Entscheidung vom Aufsichtsrat nach Vorschlag des Vorstands zu treffen sei. Der VW-Aufsichtsrat tritt im Laufe des April zusammen, um über die Dividendenanmeldung zu beraten. VW habe das Engagement bei Triumph-Adler nicht viel Freude bereitet, insofern käme der Verkauf dem Konzern sehr gelegen, hieß es bei Beobachtern.

Ölförderung in Norwegen stockt

dpa/VWD/rtr, Oslo/New York

Im Arbeitskonflikt der norwegischen Öl- und Gasindustrie zeichnete sich auch gestern keine Einigung ab. Etwa 1000 bis 1500 Arbeiter sollen von den Bohrinseln an Land geflogen werden. Der Streik, der die norwegische Ölförderung unterbrochen hat, könnte nach Ansicht von US-Experten zu einer Preissteigerung von über einem Dollar je Barrel (159 Liter) führen. Sollte die norwegische Regierung nicht aktiv in den Arbeitskampf eingreifen, so werde dies als Hinweis darauf gewertet, daß der Streik einen Vorwand für die Zusammenarbeit mit den Erdölproduzierenden Ländern (Opec) darstelle, sagte Olexperts William Randall.

Seit Sonntag früh stockt die gesamte Öl- und Gasförderung in Norwegen, nachdem die Bemühungen um Schlichtung zur Abwendung eines drohenden Ölarbeiterstreiks gescheitert waren. Nach Angaben aus norwegischen Regierungskreisen entgehen Norwegen mit jedem Streiktag Einnahmen von 17,6 Mill. Dollar.

FRANKREICH / Balladur verkündet Lockerung der Preis- und Devisenkontrollen - Positive Börsen-Reaktionen

Paris wirbt um Vertrauen für abgewerteten Franc

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Zur Absicherung der Franc-Abwertung will die Regierung in Paris eine restriktive Budget- und Kreditpolitik betreiben sowie die Preis- und Devisenkontrolle beträchtlich lockern. Dadurch sollen „echte, gesunde und dauerhafte Grundlagen“ für die Aufrichtung der französischen Wirtschaft und internationales Vertrauen geschaffen werden, sagte Wirtschaftsminister Balladur. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs würde sich jetzt verbessern.

Die Pariser Börse reagierte sehr positiv. Die französischen Aktienkurse zogen gestern um 2,6 Prozent an. Der Franc wurde gegenüber der D-Mark um nur 3,5 Prozent niedriger notiert als am Donnerstag, was dem Minimum der 3,8prozentigen Abwertungsmarge entsprach.

Mit dem Ziel, das französische Budgetdefizit außerhalb des Schuldendienstes innerhalb der nächsten drei Jahre auf Null zu reduzieren, hat die Regierung beschlossen, für dieses Jahr die Staatsausgaben um netto 15 Mrd. Franc zu kürzen. Zu diesem Zweck sollen unter anderem die Be-

amteingehälter ihrem Gesamtbetrag nach real eingefroren werden. Dagegen haben die Gewerkschaften bereits heftig protestiert.

Gleichzeitig will die Regierung die diesjährige Geldmengenvermehrung auf fünf Prozent begrenzen, insbesondere durch die Halbierung der Geldaufnahmen des Schatzamtes, das dafür stärker den Kapitalmarkt (Obligationen) in Anspruch nehmen soll.

Gegenüber dem derzeitigen, von der letzten Regierung aufgestellten Ziel von 3,5 Prozent bedeutet das neue Limit nur eine scheinbare Lockerung. Denn die Expansionsrate erreichte zuletzt effektiv an die zehn Prozent. Das neue Ziel soll im Unterschied zu bisher sehr „strikt“ eingehalten werden. Die dank der Francabwertung möglich werdende Zinssenkungspolitik werde deshalb mit Vorsicht gehandhabt.

Die Lockerung der Devisenkontrollen soll vor allem den französischen Unternehmen erlauben, „mit gleichen Waffen wie ihre ausländischen Konkurrenten zu kämpfen“. Insbesondere dürfen sie jetzt ohne Genehmigung im beliebigen Umfang Di-

rektinvestitionen im Ausland durchführen und ausländisches Kapital aufnehmen. Auch brauchen Exporteure nicht mehr (zuletzt innerhalb einer Woche) repatriert werden, während sich die Importeure gegen Kursrisiken durch Termingeschäfte bis zu drei Monate absichern dürfen.

Die private Kapitalausfuhr dagegen bleibt grundsätzlich beschränkt, wird nur insofern erleichtert, als sich französische Touristen außer ihrem bisherigen Freibetrag von 12 000 Franc je Person und Reise bis zu 8000 Franc (zur Zeit 2000 Franc) pro Woche im Ausland durch Kreditkarten beschaffen können. Der Touristenverkehr ist damit praktisch frei, aber ein Kapitalflucht bleibt nach wie vor ein Riegel vorgeschoben. Noch offen ist, ob der Markt für ausländische Wertpapiere (Effektendevisen) liberalisiert wird.

Auch bei der Preisliberalisierung läßt die Regierung Vorsicht walten. Die Verkaufspreise der Industrie, die noch zu 15 Prozent der behördlichen Kontrolle unterliegen, werden zwar bis auf die erstattungsfähigen Arzneimittel und der Bücher freigegeben,

ebenso drei Viertel der bisher ausnahmslos blockierten Handelssparten. Dagegen bleiben die Dienstleistungstarife weiter unter Kontrolle.

Für den französischen Lebenshaltungskostenindex bedeutet diese Liberalisierung eine theoretische Belastung von etwa einem Prozentpunkt. Eine weitere Teuerung um einen Punkt entsteht aus der Francabwertung - falls sich die Ölimporte nicht weiter verbilligen. Und schließlich werden die französischen Agrarpreise dank der Francabwertung über das EG-Niveau hinaus angehoben werden können. Die Regierung hofft aber, die diesjährige Inflationsrate trotzdem auf 2,4 Prozent (zuletzt 3,4 Prozent) begrenzen zu können.

Vor allem auch die Unternehmen sind zur Lohn- und Preisdisziplin aufgefordert. Diese Disziplin, so betonte Balladur, werde ihnen durch die Francabwertung erleichtert. Ihre in letzter Zeit vor allem auf dem deutschen Markt stark geschrumpften Gewinnspannen könnten trotz der (teilweisen) Weitergabe des Abwertungseffekts an die Auslandskunden verbessert werden.

Höhere Inflation in der Dritten Welt

AP, Washington

Die Inflation hat im vergangenen Jahr in den Ländern der Dritten Welt nach dem jüngsten Monatsbericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) beträchtlich zugenommen, während sie in den Industriestaaten beträchtlich gesunken ist. In den Ländern der Dritten Welt lag die Inflationsrate 1985 bei 49,3 Prozent, was eine Zunahme um drei Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete.

In den 21 Industriestaaten sank sie hingegen in den letzten Jahren stetig; 1985 lag sie bei 7,5. Im vergangenen Jahr bei 4,2 Prozent im Durchschnitt. Die Bundesrepublik gehörte mit einer Rate von 2,2 Prozent zu den Ländern mit den stabilsten Verhältnissen. Spitzenreiter war Japan mit 2,0 Prozent. Die USA verbuchten 3,6 Prozent. Am meisten leidet Lateinamerika unter der fortschreitenden Geldentwertung. Sie beschleunigte sich innerhalb des Berichtsjahres um 18,9 Punkte auf 164,2 Prozent. Die höchsten Raten verzeichneten dabei Argentinien mit 672,1, Brasilien mit 227 und Peru mit 163,4 Prozent.

IWF-TAGUNG / Ringen um mehr Weltbank-Kapital

Entspanntere Schuldenfront

H.A. SIEBERT, Washington

Beschlüsse, wie sie vielleicht auf dem Wirtschaftsgipfel der „Großen Sieben“ Anfang Mai in Tokio gefaßt werden, sind nur wirksam, wenn sie allgemeine Zustimmung finden. Zum Ausloten der Konsensfähigkeit wünschenswerter Maßnahmen dient besonders die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in dieser Woche in Washington.

Den eigentlichen Auftakt bildet heute abend das traditionelle Essen des Zehnerrings. Das mit der hängenden Schweiz die elf wichtigsten westlichen Industrienationen angehören. Wenn überhaupt, fallen hier die Vorentscheidungen. Morgen und am Donnerstag tritt dann der Interimsausschuß des IWF zusammen, der aus 22 Finanzministern besteht. Stellvertreter sind die Notenbankchefs derselben Länder. Die Bundesrepublik ist durch Gerhard Stoltenberg und Karl Otto Pöhl vertreten.

Wegen der insgesamt positiven Aussätze, die von den niedrigeren Zinsen, den gesunkenen Ölpreisen und der größeren Preisstabilität ausgehen, kann der Interimsausschuß die weltwirtschaftliche Lageanalyse schneller abhaken. Den USA wird vermutlich eine raschere Haushaltskonsolidierung empfohlen, während Japan die Wachstumsbremsen lockern soll. Die deutsche Wirtschafts- und Fiskalpolitik ist zur Zeit unumstritten, nur die Amerikaner drängen weiterhin auf den Abbau struktureller Hemmnisse.

Wechselkurs-Diskussion

In dem günstigeren globalen Wirtschaftsklima hat die Konfrontation zweifellos nachgelassen; möglich ist eine größere Differenzierung in der Schuldenstrategie, zumal da die Baker-Initiative zu fassen beginnt. Neue Kreditfenster werden geöffnet, die eingesetzten Mittel bewirken etwas. Denkbar ist, daß die Minister den Pariser Klub ermuntern, den Schuldnerländern wieder Ausfuhrrechte zu gewähren. Als wirklich kritischer Fall gilt eigentlich nur Mexiko, während Brasilien, Argentinien und Venezuela aus dem Großkreis heraus sind.

Angesichts der erheblichen Trends wird erwartungsvoll auf die von den USA in Gang gesetzte Diskussion über stabilere Wechselkurse geblickt. Aber James Baker wird kaum den Ton angeben, vielmehr will die amerikanische Delegation, wie ein hoher

Beamter der Treasury sagte, nur zu hören, um herauszufinden, was die anderen denken. Und weiter: „Wir sind nach allen Seiten offen; einen bestimmten Dollarkurs oder bestimmte prozentuale Veränderungen gegenüber anderen Währungen haben wir nicht im Sinn.“ Bemerkenswert bleibt jedoch, daß in den USA seit dem Wechsel im Schatzamt die politische Bereitschaft besteht, das monetäre System zu ändern. Die Vorbereitung einer Währungskonferenz wird aber mit Sicherheit nicht angeordnet werden.

Zeichen auf Sturm

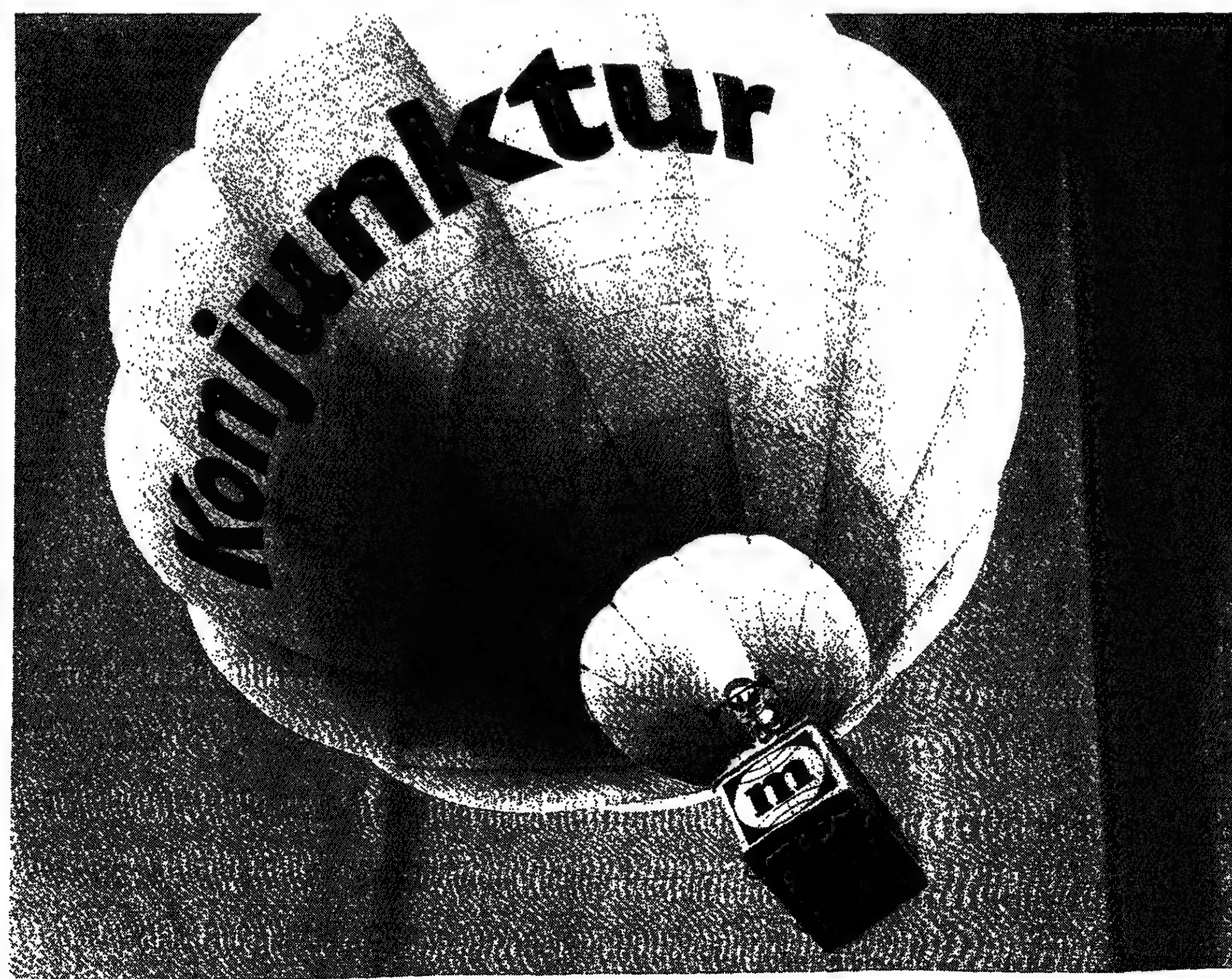
Am Donnerstag nachmittag und Freitag tagt das Entwicklungskomitee, eine vom IWF und der Weltbank gemeinsam kreierte Ministerrunde. Hier stehen die Zeichen eher auf Sturm, da die USA vor den Novembervahlen keine Entscheidung über eine Kapitalerhöhung bei der Weltbank treffen wollen. Wegen der Kürzungszwänge im eigenen Haushalt zögern sie auch, die International Development Association (Ida), die arme Länder mit Billigkrediten versorgt, mit mehr Geld auszustatten.

Nach Schätzungen der Weltbank muß die achte Wiederauflage der Ida-Kasse mindestens zwölf Mrd. Dollar über drei Jahre ausmachen, wovon Amerika etwa ein Viertel aufzubringen hätte. Und auch dieser Betrag würde nur der sechste Zusatz entsprechen, da die siebte auf neun Mrd. Dollar gekürzt worden ist.

Die Rechnung der Treasury sieht so aus, daß die Weltbank in den kommenden drei Geschäftsjahren jährlich zusätzlich zwei Mrd. Dollar ohne Kapitalaufstockung ausleihen kann, da „ihre Ressourcen nicht ausgelastet sind“. Indes, die Weltbank hat gerade auch wegen der Baker-Initiative ihr Ausleihenvolumen nach oben revidiert: 50 Mrd. Dollar bis 1989, wovon für Lateinamerika 185 Mrd. Dollar ausgewiesen würden, und 92 Mrd. Dollar bis 1990. Ohne eine Erhöhung des Kapitals um 40 bis 60 Mrd. Dollar wäre aber schon die erste Phase nicht zu finanzieren.

Vielleicht lenkt James Baker ein, wenn er im Entwicklungsausschuß Jürgen Warnke und den anderen Beauftragten einer Kapitalanhebung gegenübersteht. Denn Bakers Strategie, wonach die Schuldnerländer nur durch mehr Wachstum die Finanzkrise überwinden können, läßt sich anders gar nicht verwirklichen.

mietfinanz® hilft der Wirtschaft, den Auftrieb voll auszunutzen. Mit ihrer Investitionsfinanzierung. Seit 1962. mietfinanz®



Aufwärts! Zeit für Innovation. Für Investition. Für neue Konzepte: Mietfinanzieren Sie Ihre Investitionen. Denn nur an den Produkten verdienen Sie. Nicht an den Produktionsmitteln.

mietfinanz hat das Know-how in der Investitionsfinanzierung. Wir finanzieren Ihre Maschinen, Anlagen und Einrichtungen. So zahlen Sie nicht für die Produktionsmittel. Sondern nur für deren Nutzung. Ihr Eigenkapital kann inzwischen anderweitig eingesetzt werden und Geld verdienen.

mietfinanz bietet dabei Vorteile, die Ihnen Pluspunkte verschaffen: über die gesamte Laufzeit fest vereinbarte günstige Mietraten, maßgeschneiderte Anpassung an Ihre individuellen Bedürfnisse.

mietfinanz – das ist Erfahrung, Wissen und Flexibilität, kurz: Professionalität. Und das ist das Vertrauen, das wir in der Wirtschaft genießen. In Deutschland und in der ganzen Welt. Unsere Erfahrung ist Ihr Vorteil. **mietfinanz**. In allen wichtigen Branchen. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz®



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755

Instandhaltung – mit Profis und Know how

STOCKMEYER

In Teilmärkten
die Nummer eins

hdt. Sassenberg

Mit einem Gesamtumsatz von 438 Mill. DM im Geschäftsjahr 1985/86 (31.1.) gehört die Stockmeyer-Gruppe, Sassenberg-Füchtorf, nicht nur zu den führenden Anbietern von Fleisch- und Wurstwaren, sondern konnte sich auch in Teilbereichen als die Nummer eins etablieren. Das trifft laut Marktuntersuchung beispielsweise für SB-verpackte Markenware zu, wo ein bundesweiter Marktanteil von fast 14 Prozent festgestellt wurde.

Die Spitzenposition nimmt das Unternehmen ebenfalls im wachsenden Teewurst-Markt ein, wesentliche Erfolge wurden in letzter Zeit auch mit einem neuen Sortiment fettreduzierter Produkte erzielt, das vom ungetriebenen Gesundheitsbewusstsein der Verbraucher profitiert. „Unser Ziel ist und bleibt, für Fleisch- und Wurstwaren generell die Nummer eins in der Bundesrepublik zu werden“, lautet die ehrgeizige Devise von Peter zur Mühlen, für Marketing und Vertrieb zuständiges Vorstandsmitglied des westfälischen Familienunternehmens.

S. T. Dupont will
in den Fachhandel

dpe/VWD, Hannover/Paris

Die Pariser S. T. Dupont, Hersteller exklusiver Accessoires wie Feuerzeuge, Schreibgeräte, Uhren, Lederartikel und Seidentextilien, will ihre Schreibgeräte in der Bundesrepublik künftig über den Schreibwaren-Fachhandel vertreiben. Bisher wurden die Schreibgeräte überwiegend in Juwelierläden verkauft, sagte der neue Geschäftsführer der S. T. Dupont Deutschland GmbH, Köln, Gerd U. Radtke, in Hannover. Dadurch könne bereits im Geschäftsjahr 1986/87 (30.9.) der Umsatz von Schreibgeräten verdoppelt werden.

Vom Gesamtumsatz von 20 Mill. DM bei Dupont Deutschland enthalten bisher auf Feuerzeuge über 80 Prozent, auf Schreibgeräte zwölf Prozent, auf Schreibgeräte zwölf Prozent, Dupont, Tochtergesellschaft der amerikanischen Gillette Co., setzte 1984/85 weltweit umgerechnet rund 165 Mill. DM um. Einschließlich der Tochter im Ausland werden rund 1000 Mitarbeiter beschäftigt. Im Bereich „Luxusfeuerzeuge“ sei Dupont mit einem geschätzten Anteil von 60 Prozent weltweit Marktführer.

BAUMA 86 / Durch Ölpreisverfall drohen der Branche Turbulenzen im Export – Günstigere Bürgschaften gefordert

Für Baumaschinenindustrie stimmen die Daten

DANKWARD SEITZ, München

Die deutsche Bau- und Baustoffmaschinenindustrie hat vor dem Hintergrund, daß sie schon 1985 trotz eines kräftigen Rückgangs der Bauinvestitionen um real 6,3 Prozent in der Bundesrepublik ihren Inlandsumsatz erstmals wieder um real 3,2 Prozent auf fast 3,1 Mrd. DM steigern konnte, nun allen Grund, der kommenden Zeit zuversichtlich entgegenzusehen. Diese Ansicht vertritt Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider anlässlich der Eröffnung der 21. Internationalen Fachmesse Bauma 86 in München (7.-13.4.). Nach dem bemerkenswerten Strukturwandel, den die Branche in den letzten 15 Jahren durchmachen mußte, deutet jetzt alles darauf hin, daß sie sich auch künftig behaupten und sogar neue Dynamik entwickeln wird.

Zum einen seien die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Baumaschinen-Industrie, die inzwischen mit gut 5,6 Mrd. DM über 80 Prozent ihres Umsatzes im Ausland erzielt, nun wie vor günstig. Kein Problem dürfte die DM-Aufwertung nach der jüngsten Neuordnung

der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) bereiten. Ebenso werde die Branche auch im Inland von der allgemein positiven Konjunkturentwicklung profitieren können, selbst wenn sich die sehr unterschiedlichen Tendenzen in den einzelnen Baubereichen 1986 noch fortsetzen werden. Insgesamt sei aber mit einer Zunahme der Bauinvestitionen zu rechnen.

Besondere Impulse werden im laufenden Jahr, so Schneider, vom Wohnungsbau ausgehen. Und auch im öffentlichen Bau zeichne sich eine positive Entwicklung ab. Immerhin hätten die Kommunen für 1986 knapp 26 Mrd. DM (plus 4,5 Prozent) für Baumaßnahmen veranschlagt. Eine Schwachstelle bleibe aber der Wohnungsbau. Mit staatlichen Eingriffen diesen Nachfrageschub kompensieren zu wollen, bezeichnete Schneider als „verantwortungslos“. Denn der Rückgang der Wohnungsbaufrage sei keine Folge politischer Fehler, sondern ein Zeichen der Normalisierung.

Zweifeln am Ende des „tiefgreifenden Anpassungsprozesses“ in der

Bauwirtschaft seit Kriegsende äußerte der Präsident der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion. Mit einer nachhaltigen Besserung der Lage könne auch 1986 nicht gerechnet werden, selbst wenn nun „am Horizont das rettende Ufer allmählich in Sicht kommt“. Doch unter den Baumaschinen-Ausstellern konnte auch Herion Hoffnung verbreiten. Viele Bauhöfe stünden inzwischen aufgrund der Investitionszurückhaltung in den letzten Jahren voll mit überaltertem Baugerät. Nun sei die Zeit für einen „vorsichtigen Neubeginn und für Ersatzinvestitionen“ im Baugewerbe gekommen.

So gibt es denn für die Bau- und Baustoffmaschinen-Industrie auch keinen Grund zum Klagen, nachdem es ihr schon 1985 gelungen ist, erstmals seit 1980 wieder ein reales Produktionswachstum von 10 Prozent auf fast 7 Mrd. DM zu erzielen. Im Inland kann sie für 1986 nach den Worten des Vorsitzenden der zuständigen Fachgemeinschaft im VDMA, Peter Jungen, schon jetzt mit einem Wachstum von etwa 10 Prozent rechnen. Insgesamt dürfte dies dann „un-

ter Abwägung aller Chancen und Risiken“ zu einem Produktionsanstieg von bis zu 5 Prozent führen.

Dies bedeutet für die Branche, so Jungen, jedoch „keine Verschnaufpause“. Vor allem aus dem Preisverfall beim Rohöl und vielen anderen Rohstoffen drohten nämlich erhebliche Turbulenzen im Export. Schon in den letzten Jahren hätte der Kaufkraftverlust in den Opec-Staaten die Ausfuhr in diese Länder von einst mehr als 2 Mrd. DM (1982) auf etwa 700 Mill. DM in 1985 sinken lassen. Und diese Entwicklung werde sich nun noch verstärkt fortsetzen. Ähnliches drohe jetzt auch im Geschäft mit der UdSSR.

In diesem Zusammenhang forderte Jungen die Bundesregierung und die Banken auf, ihre Länder-Plafonds für beispielsweise die Türkei, Indien, Pakistan und Brasilien zu erhöhen. Die Vergabe von Hermes-Bürgschaften sollte flexibler gehandhabt und die Gebühren dafür ermäßigt werden. Die Baumaschinen-Industrie stehe sonst vor der Situation, bestimmte Märkte nicht mehr bedienen zu können.

Bausparen bei den
Jüngeren beliebt

geo, Kiel

Die Landesbausparkasse Schleswig-Holstein konnte 1985 mit einem Abschluß von rund 28 500 neuen Verträgen (minus 2,2 Prozent) ihr Vorjahresergebnis nicht erreichen. Das Volumen der Bausparsumme stieg allerdings um 0,2 Prozent auf 793,1 Mill. DM. Der Sprecher der LBS-Geschäftsleitung, Kurt Tanneberger, kommentierte die Entwicklung als Konsolidierung auf „hohem Niveau“.

Wie bei der Vorlage der Bilanz 85 erklärt wurde, nimmt die Attraktivität des Bausparens vor allem in der jüngeren Generation unter 30 zu. Gemessen an der Zahl der Verträge und der Bausparsumme steigerte diese Gruppe ihren Anteil um bis zu drei Prozent.

Bei der Verwendung der Gelder standen Modernisierungen und Instandsetzungen im Vordergrund, während der Erwerb von Bauland, der Neubau und Hauskauf sanken. Insgesamt bewilligte die LBS mehr als 13 000 Kredite, 6,3 Prozent weniger als 1984. Das Volumen sank um 8,6 Prozent auf rund 350 Mill. DM.

Verlustquelle
Kaiserhof verkauft

dos, Hannover

Die Brauerei Wülfel AG, Hannover, die im Geschäftsjahr 1984/85 (30.9.) einen Jahresfehlbetrag von 1,46 (0,81) Mill. DM und einen Bilanzverlust von 2,4 (0,78) Mill. DM hinnehmen mußte, hat die wesentliche Verlustquelle der vergangenen Jahre, die Vertriebs-Unternehmen Kaiserhof GmbH, an die Bierverleger-Gruppe Nagel in Elze verkauft. Wülfel-Vorstand Wolfgang Heitschke weist darauf hin, daß im Rahmen einer Mengenabnahmeverpflichtung Kaiserhof auch künftig Wülfel-Bier vertreiben wird.

Wollte auch die Strukturveränderungen in der Brauerei abgeschlossen sind – die Belegschaft wurde 1984/85 um 45 auf 140 Mitarbeiter abgebaut –, ist Heitschke zuversichtlich, endgültig „Tritt zu fassen“. So wohl beim Ausstoß (plus sieben Prozent) als auch ertragsmäßig sei in den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres eine deutliche Besserung zu beobachten. Der Ausgleich des Verlustvortrags werde allerdings noch nicht möglich sein. Im Jahr 1984/85 ging der Absatz der Brauerei um 7,4 Prozent zurück. Der Umsatz verringerte sich auf 31,1 (33,4) Mill. DM. Vom ausgewiesenen Verlust entfielen 0,88 Mill. DM auf Kaiserhof.

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK / Belebung des Geschäfts seit der Funkausstellung

Trendwende zum Positiven erhofft

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die deutsche Unterhaltungselektronik, seit Jahren gebeutelter Wirtschaftszweig mit nun noch etwa 58 000 (1984: 62 000) Beschäftigten, verspricht sich nach der Berliner Funkausstellung im September „besser als erwartet“ entwickelten, konnte den Einbruch der ersten Jahreshälfte (... durch spürbare Kaufzurückhaltung gekennzeichnet) nur teilweise kompensieren. Der Umsatz am Inlandsmarkt – darin enthalten auch die Importe, wesentlich aus Fernost – ging im Gesamtjahr um knapp 3 Prozent auf 14,1 (14,5) Mrd. DM zurück.

Spitzenreiter blieben die Farbfernseher, die mit einem Gesamtumsatz von 3,7 (3,8) Mrd. DM bei einer Marktsättigung von 86 Prozent der Haushalte – jeder sechste davon besitzt sogar mehr als ein Fernsehgerät – ging der Absatz um fünf Prozent auf 2,81 (2,96) Mill. Einheiten zurück. Davon waren 400 000 Geräte für den Videotext- und 15 000 für den Bildschirmtext-Empfang ausgerüstet. Selbst das weitaus jüngere Produkt Videorekorder blieb vom festen Griff des Verbrauchers ums Portemonnaie nicht verschont. Bei einer Marktsättigung von erst 28,5 (23) Prozent schrumpfte der Absatz auch hier um

RAIFFEISEN-WAREN-ZENTRALE RHEINLAND

Ergebnis nicht befriedigend

Py, Köln

Die strukturellen Ungleichgewichte auf den Agrarmärkten und die wachsenden Haushaltsprobleme in der EG lassen nach Ansicht der RAIFFEISEN-WAREN-ZENTRALE RHEINLAND EG (RWZ), Köln, erwarten, daß eine restriktive Preispolitik die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe und der nachgelagerten Handelsstufen vor neue Anpassungswünste stellt.

Bei sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Sparten des Geschäfts hat sich 1985 der RWZ-Umsatz um 4,8 Prozent auf rund 1,28 Mrd. DM erhöht, wobei der Marktanteil etwa dem der bayerischen BayWa mit einem Umsatz von 5,6 Mrd. DM entspricht. Dem Bezugsumsatz von 954 (951) Mill. DM stand ein auf 305 (371) Mill. DM gesunkenes Absatzvolumen gegenüber.

Obwohl die Bezugsmengen um 9,6 Prozent auf 1,7 Mill. t wuchsen, wurde der Umsatz hier nur knapp erreicht, was Wilhelm Brück, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands, mit dem in wichtigen Bereichen des klassischen Agrar-Bezugsgeschäfts

gesunkenen Preisniveau begründet. Für 1986 erwartet Brück beim Mengewachstum von 5,5 Prozent eine Umsatzsteigerung auf 1,3 Mrd. DM.

Obwohl in allen Bereichen – mit Ausnahme des belastenden Mineralölgeschäfts – „schwere Zeiten“ geschrieben wurden, gesteht Brück einen Unzufriedenheit mit dem Gesamtergebnis ein. Bei einem Reingewinn von 0,7 Mill. DM und einer Warenerückvergütung in fast gleicher Höhe auf das Bezugsgeschäft, die zwei Jahre ausgefallen war, sei die Mindest-Zielerwartung von 0,1 Prozent (nach Steuern), also 1,3 Mill. DM zuzüglich Warenerückvergütung, noch nicht erreicht.

Bis 1987 soll sich dieses Ziel allen anderen Maßnahmen, auch der Kostenentwicklung, unterordnen. 1985 wurden 7,5 Mill. DM investiert und aus Abschreibungen finanziert, für 1986 sind 17,5 Mill. DM eingeplant – für den Neubau des Verwaltungsgebäudes der in den Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf, Koblenz und Trier sowie im Saarland tätigen RWZ und für die Erweiterung der Getreidelager-Kapazitäten.

WESTLB / Repräsentanz in Peking eröffnet

Türöffner für deutsche Firmen

ed, Peking

Als Servicecenter und Lobby für deutsche Unternehmen versteht sich die Repräsentanz der WestLB in Peking, die jetzt mit einem für Auslandsfirmen in Peking beachtlichen Pomp im Beisein von drei Vorstandsmitgliedern und des nordrhein-westfälischen Landtagspräsidenten Karl-Josef Denzer sowie des Wirtschaftsministers Prof. Reimut Jochimsen eröffnet wurde.

Die Vertretung, die wie auch die der anderen vier deutschen und 68 anderen ausländischen Bankrepräsentanten keine eigenen Bankgeschäfte im Land der Mitte betreiben darf – die laufen bei der WestLB weiter über Hongkong – will vor allem Kontakte für mittelständische Firmen Nordrhein-Westfalens, das am deutschen China-Export einen Anteil von mehr als 40 Prozent hat, in China anknüpfen. Hier sehen Jochimsen und Landesbankchef Friedel Neuber dank der jetzt gerade vom Volkskongreß bestätigten Fortsetzung des Wirtschaftsreformkurses mit einigen

marktwirtschaftlichen Elementen Chancen für deutsche Unternehmen, dies nicht zuletzt, weil die Chinesen nicht allein auf Aktivitäten der Japaner und Amerikaner angewiesen sein wollen.

China ist, wie Jochimsen und Neuber betonten, besonders an der Verstärkung eigener Exporte in die Bundesrepublik interessiert und an Joint ventures bei Projekten, die für den Export in Drittländer produzieren und die technischen Know-how ins Land bringen.

Die beiden Wirtschaftsexperten warnen zugleich vor übertriebenen kurzfristigen Hoffnungen auf eine Öffnung des chinesischen Marktes im Zuge der Wirtschaftsreformen. Die WestLB will über ihre Peking-Repräsentanz nicht nur ihre Aktivitäten in der Außenhandelsfinanzierung ausbauen, sondern auch die Projektfinanzierung und internationale Finanzierungen. Ferner ist „Entwicklungshilfe“ bei der Verbesserung des chinesischen Finanzwesens geplant.

ÖFFENTLICHE BRAUNSCHWEIG / Stetiges Wachstum

Günstiger Schadenverlauf

dos, Braunschweig

Ein insgesamt günstiger Schadenverlauf und kontinuierlich weitergewachsene Beitragseinnahmen kennzeichneten das Geschäft der Öffentlichen Versicherung Braunschweig im Jahre 1985. Nach Angaben des Vorstands erhöhte sich die Beitragseinnahme innerhalb der Gruppe (Lfd. des Brandversicherungsanstalt, Öffentliche Leben und Öffentliche Sach) um 4,1 Prozent auf 297 (288) Mill. DM. Die Kapitalanlagen wuchsen um acht Prozent und überschritten erstmals die Milliarden-Grenze; die Erträge daraus nahmen um 8,9 Prozent auf 81,3 Mill. DM zu.

Bei der Landes-Brandversicherungsanstalt ergab sich eine Steigerung der Beitragseinnahme um 2,4 Prozent auf 25,1 Mill. DM im selbst abgeschlossenen Geschäft. Die Schadenverläufe nahmen auf 16,1 (16,7) Mill. DM zu. Dadurch stieg die Bruttoschadenquote auf 64 (68) Prozent. Dennoch schloß das Versicherungsgeschäft positiv ab. Hinzu kommt ein „ansehnlicher Überschuß“ im Allgemeinen Geschäft.

In der Lebensversicherung wurden 4746 Verträge mit einer Summe von 230 Mill. DM neu abgeschlossen. Der

Bestand erhöhte sich nach der Stückzahl um 0,7 Prozent und nach der Summe um 7,7 Prozent auf 1,8 (1,67) Mill. DM. Die Beitragseinnahmen erreichte 65,3 (67,4) Mill. DM. Der Vorstand rechnet in dieser Sparte wieder mit einem hohen Überschuß (1984: 28,7 Mill. DM).

Die Beitragseinnahme der Sachversicherung stieg im selbst abgeschlossenen Geschäft um 7,1 Prozent auf 197 Mill. DM. Davon entfielen auf die Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung 158 Mill. DM (plus 6,9 Prozent). Der Schadenverlauf in der Autoversicherung war durch einen deutlichen Rückgang der Unfälle mit Personenschäden gekennzeichnet.

In den anderen Zweigen der Sachversicherung war der Schadenverlauf uneinheitlich. Einer starken Abnahme der Schadenbelastung in der Sturmversicherung stehen erhöhte Aufwendungen in der Feuer- und in der Leitungswasserversicherung gegenüber. Insgesamt spricht aber der Vorstand der Öffentlichen Braunschweig von einer „erträglichen Schadenentwicklung“ und einem wiederum guten Ergebnis.

Landesbank Rheinland-Pfalz

**Hundertprozentige
Entscheidung für Luxemburg**

Die Landesbank Rheinland-Pfalz und Saar International S.A., 1978 von den Landesbanken in Mainz (74,9%) und Saarbrücken (25,1%) gemeinsam gegründet, ist zu 100% in den Besitz der Landesbank Rheinland-Pfalz – Girozentrale, Mainz, übergegangen.

Die Bank am Euromarkt firmiert jetzt:



**Landesbank
Rheinland-Pfalz International S.A.
Luxembourg**

6, rue de l'Ancien Athénée, P.O. Box 84, L-1144 Luxembourg,
Téléphone 47 59 21-1, Telex 18 35 rpslu.

Handwritten text: 15.5.86



Ausblicke? Hilmar Hoffmanns „Kultur für morgen“

Mehrwert der Mäzene

Von denen, die sich vor gut 15 Jahren noch fortschrittsgläubig um den großen sozialliberalen Aufbruch in Politik und Kultur scharten, sind viele kaum noch wiederzuerkennen. In apokalyptisches Schwarz gehüllt, suchen sie den Horizont nach dem Wetterleuchten der Endzeit ab. An die einstige Euphorie wollen sie nicht erinnert werden.

Zu den wenigen, die auch nach dem dritten Hahnenschrei nichts ableugnen, die auf Kontinuität beharren und ehrlich Bilanz zu ziehen versuchen, gehört der Frankfurter Kulturdezernent Hilmar Hoffmann. 1979 war sein Buch „Kultur für alle“ herausgekommen, eine Art Kompendium sozialdemokratischer Kulturpolitik in einer großen Stadt. Jetzt hat er

nicht mehr definiert. Es wäre eine Untersuchung wert, zu klären, ob Hoffmanns Kulturbegriff wirklich noch der gleiche ist.

Manches freilich ist ärgerlich. Wenn er einerseits zugibt, daß Kunst ohne privates Mäzenatentum heute nicht überleben würde, gleichzeitig aber private Spenden als „vom Mehrwert erwirtschaftete vorenthalte Steuermittel“ diffamiert und sogar das längst der Lächerlichkeit anheimgefallene Modell einer Mitbestimmung des Betriebsrats bei Kunstankäufen durch Unternehmen ins Feld führt. Oder wenn er immer wieder den „bildungsbürgerlichen Kultur- und Kunstbegriff“ denunziert, wo er doch genau weiß, daß eben diese Bildungsbürger ihm immer noch die Museen, die (zur Hälfte) Theater und Konzertsäle füllen und ohne ihre (rebellischen, aber immerhin bildungsbewußten) Kinder auch die vielgerühmte alternative Kulturszene alsbald verdorren würde.

Auch die beinahe wie eine Pflichtübung erscheinende Abkanzelung der Bonner Wende als einer „Wende zu Zensur und Realitätsverbot“ überzeugt nicht. Wo immer Hoffmann Beispiele sucht, bei den Goethe-Instituten, in der Filmförderung oder im Bildungswesen – der „herrschende Staat“ erscheint da allenfalls in der Slapstick-Rolle einer ratlosen Inkompetenz, meilenweit entfernt von der kalten, wirklichen Macht in totalitären Staaten.

Sei's drum, der Band – mit einer Unmenge von Zitaten, von Goethe über den gescheiterten Italiener Umberto Eco bis zu so umtriebigen Kultur-Multis wie Dieter Dehm – liest sich gut und flüssig.

Buch des Tages

„Kultur für morgen“ draufgelegt. Fortschreibung? Bilanz des Dazugelebten? Neuer Blickwinkel? Hoffmann, der bekanntlich zum Mißvergnügen vieler Genossen auch unter dem CDU-Oberbürgermeister Wallmann im Amt verblieb, ist in deutlicher Frontstellung zu den „Apokalyptikern“ um Ehrlichkeit und Klarheit bemüht. Selbst da, wo man ihm weder im ersten noch im zweiten Buch zustimmt, liest man es mit Gewinn als Bestandsaufnahme und Diskussions-schulung.

Kultur, will das zweite Buch sagen, ist nicht nur etwas Vorhandenes, das allen zuteil werden muß, sondern sie ist in einer „Leistungsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht“, zur dringenden Notwendigkeit geworden. Man muß ihr, wo immer sie entsteht und wirkt, die Wege ebnen, sie „ermöglichen“.

Hoffmann ist vor allem da interessant und überzeugend, wo er sich konkret mit der Frankfurter Situation beschäftigt. Im ersten Buch hatte er seinen Kulturbegriff noch zu definieren versucht (etwa: „Ausdruck und Mittel der spezifischen Evolution der Menschen, ihrer kontinuierlichen Höherentwicklung und Selbstvervollkommnung“). Im zweiten Buch wird

JOACHIM NEANDER
Hilmar Hoffmann: Kultur für morgen. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main (Band 3082), 226 Seiten, 11,80 Mark.



Heze und Mönch in der „Rauhacht“: Lithographie (1924, Ausschnitt) von A. Kubin FOTO: DIE WELT

„Am Abgrund“: Zeichnungen von Alfred Kubin im Salzburger Rupertinum

Wasserleichen waren ihm am liebsten

Selbst die „Seele eines Kindes“ war ihm nur eine Maske mit Schreckgesicht. Alfred Kubin (1877-1959) hat sich sein Leben lang durch seine künstlerischen Schöpfungen von den beschädigenden Erlebnissen seiner Kindheit und Jugend zu heilen und zu befreien versucht. Der Erfolg lag in der dauernden Entäußerung der bildlich gefaßten Seelenpein, die Bedeutung für die Welt in den über das persönliche Leid hinausgehenden, allgemeinen Aussagen über das Leben. Das zeigt die Ausstellung „Am Abgrund“ mit Zeichnungen von 1897 bis 1935 im Salzburger Rupertinum.

„Ich schaffe nicht aus Vergnügen, sondern um den ganzen Ekel, den ich vor mir selbst und der ganzen Welt empfinde, zu vergessen“, sagte Kubin 1902. Das war mehr als nur das Rumoren einer schwarzen Strömung unter der Oberfläche einer bürgerlichen Welt, die die scheinbare in Ordnung war, das war die wirkliche Leidenhaftigkeit einer empfindsamen Seele, die sich ständig an der Wirklichkeit wundscherte.

Kubin schaute hinter jede Fassade – er sah die Angststränge hinter den

Schlafzimmereingängen („Dämmerung“ 1901: ein riesiges Insekt hockt auf der Bettedecke) und das Lächerliche hinter dem scheinbar Erhabenen („Der liebe Gott“, etwa 1900, wo eine Prozession winziger Menschlein zu einer riesigen, absurden Kasperlefigur zieht).

Zunächst stark dem Jugendstil verhaftet, wurde er später zeichnerisch lockerer, als er die Spritztechnik aufgab, wurde er härter und ausdrucksstärker. Trotzdem sind seine späteren Blätter selten so überzeugend wie die früheren – die alten Inhalte fanden keine neue künstlerische Form.

Immer wieder auf neue Art variierte er einen melancholischen Grundton: das Elend der Verlassenheit und den Kampf mit dem Unverständlichen, kommentierte Kubin seine Kunst. Bedrohung, Schrecken, Mord und Totschlag, Gewalt und Entsetzen herrschen in seinen Bildern. Mal ist der Tod allegorisch („Vampir“ 1918, mal sehr real („Ein Mord“, etwa 1920), mal sehr real („Ermordung Rasputins“, 1925). Kubin hatte „verruhte Sach-

kenntnis“ von dem, was er gestaltete. Oft hatte er einem Fischer zugesehen, der ein besonderes Talent im Auffinden von Wasserleichen hatte, und seine düsteren, unreinen und oft frauenfeindlichen Allegorien lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Seine wenigen malerischen Arbeiten („Landschaft mit drei Kreuzen“, 1930-36) zeigen, daß seine Obsessionen uns einen begnadeten Koloristen vorenthalten haben, aber er mußte sich halt im Irrgarten der Welt als Zeichner zurechtfinden, wie er schon 1924 festgestellt hatte.

Kubin war aber auch einer, der mit der Energie seines Empfindens und seiner künstlerischen Persönlichkeit den Abgrund zwischen der alten Kunst und der Moderne im Flug der Phantasie überwand – einer der letzten der schwarzen Romantiker und einer der ersten Modernen, die die Absurdität der Welt in künstlerische Form brachten. Es ist diese Form, die die Werke für uns heute noch so beklommend wirken läßt. (Bis 15. Mai, Katalog 180 65)

GERHARD CHARLES RUMP

„Die lustige Witwe“ unter Dohnányi in Brüssel

Im elektrischen Zirkus

Man erinnert sich noch gut an Brüssels letzte „Lustige Witwe“. Maurice Béjart hatte sie inszeniert, dabei Hanna Glawari und den Grafen Danilo im Walzerschritt über die Schützengräben des Ersten Weltkriegs tanzen lassen. Das war zwar alles nicht wirklich gut, aber vor 20 Jahren ein Schock. Vor allem aber: Béjart hatte über das Stück nachgedacht und kam darauf, daß jene Welt, die Platz für einen Balkan-Kleinstaat Pontevedro und seine in Paris sich vergnügenden Landeskinder hatte, mit Lehrs Donaumonarchie für immer untergegangen war.

Ein paar Jahre darauf gab es eine „Lustige Witwe“ in Frankfurt, szenisch unbedarft, aber mit Anja Silja als Hanna Glawari und Christoph von Dohnányi am Pult. Man hatte noch vor Augen, wie die Silja, eine in den Ballsaal verschlagene Eva, bei ihrem ersten Auftritt in einen Apfel biß und sang „Hab‘ in Paris mich noch nicht ganz so akklimatisiert...“ Das war immerhin der Beweis, daß ein Luxus-Lehr, wie man ihn von den Schallplatten der Schwarzkopf kannte (und bald von Karajan noch kennenlernen sollte) durchaus auch im Theater möglich war, künmernte sich nur ein Dirigent wirklich einmal um die Musik.

Nun, bei Brüssels neuer „Lustiger Witwe“ im königlichen Zirkus gibt es Wiedersehen mit der Silja und mit Dohnányi, und da sind sie prompt auch wieder diese elektrisierenden Momente der Musik Lehrs, die sich hier vielleicht sogar noch besser anhört, als sie eigentlich ist. Da tritt Dohnányi im „Weibermarsch“ ganz kurz auf die Bremse, halbiert für einen Takt das Tempo, so daß der Rhythmus richtig ins Klappen und Jaulen kommt, als wär's aus einem Stück von Kurt Weill.

Wenn Rossillon von seiner Rosenkranz im Mai schmachtet und Lehrs die Geigen dazu im Flageolet säuseln läßt, dann klingt das plötzlich nicht mehr nach süßlichem Effekt, sondern nach Tönen, die wahrhaftig nicht mehr von dieser Welt sind. Und bei den Grafen Danilo Erzählung von den „Zwei Königskindern“, da vernimmt man Musik, die sich anhört wie purster Gustav Mahler, des Knaben Wunderhorn, in die Operette verschlagen.

Daß ein Mann wie Dohnányi den Rhythmus, die Freiheit, die Eleganz und die Melodik eines solchen Stücks vollendet auskosten kann, nimmt

nicht wunder. Das macht er grandios und mit ansteckender Laune. Aber in Lehrs so viel gute Musik zu finden, das ist denn doch die köstlichste Frucht dieses Abends.

Brüssel hat sich viel Mühe mit dieser Produktion gegeben, der Intendant Gérard Mortier, früher in Frankfurt und Hamburg Dohnányis rechte Hand, seine alten Beziehungen spielen lassen. Aber auf dem Papier sah die Aufführung wohl doch noch etwas besser aus als in der Wirklichkeit. Helen Donath als Valencienne stand, so schön sie sang, mit beiden Beinen neben dem Stück und neben ihrer Rolle. Wieslaw Ochman, den man doch als Tenor von gepflegter Sängerart in Erinnerung hat, forcierte heftig und gab sich, nach so vielen Jahren Sängereben in Deutschland, noch immer herzlich wenig Mühe mit der Sprache. Dale Duesing ist zwar ein Danilo mit Bühnenpräsenz, der die Erotik knistern läßt, aber mit der Stimme hapert es nun leider hörbar.

Jules Bastin, Frankreichs schwergewichtigster Opernkönig, macht den Pontevedrischen Gesandten immerhin zu einer stimmigen Figur. Aber ohne die Silja als Hanna Glawari wäre die Aufführung nicht viel wert. Nun, auch an ihr gehen die Jahre nicht ganz spurlos vorbei; mit dem Ebenbild einer burschikosen Unschuld vom Lande kokettiert sie auch gar nicht mehr. Sie ist vom Scheitel bis zur Sohle die gnädige Frau aus den Pariser Salons. Und wenn sie sich mit Danilo so richtig in die Wolle kriegt, zwei verärgelte Gesellschaftslöwen aufeinander loslassen werden, dann fliegen die Fetzen.

Das ist eine der ganz wenigen Szenen, in denen Jürgen Tamechans Inszenierung (Ausstattung Marlene Christensen) stimmt. Tamechana wußte wohl nicht so recht, was er wollte. Da wird ein bißchen mit Requisiten verspielt, daß man merkt; er hat zu viel Ruth Berghaus gesehen. So wird vor der Silja, wenn sie hinführend ihr Viljallied singt, ein Popanz aus alten Klammern aufgebaut, aus dem nur noch ihr Kopf herausragt. Aber im übrigen klappt die Regie ziemlich ungeübt zwischen herkömmlicher und heute doch ziemlich unerträglicher Operetten-Chamäleonerei und ein paar aufgesetzten Gags hin und her. Ernst genommen hat Tamechana das Stück sichtbar nicht. REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 8., 9., 11., 12., 15., 16., 18., 20. und 24. 4. Karteninformation: 00322/2181202.

Ohne besonderen Anlaß ein Leckerbissen für Theodor-Storm-Verehrer

Der letzte Ritt auf dem Schimmel

Das Sterbezimmer Storms in Hammarsten liegt heute abend in einer stillgelegten Fabrik ARD-Autorin Christiane Hölger: „Die Fabrik ist die Kathedrale des 20. Jahrhunderts und hatte für Storm immer etwas Bedrohliches: Industrialisierung und Christentum waren nicht sein Fall.“ Über die Entscheidung, ihren Beitrag heute zu senden, ist sie nicht glücklich: „Lieber wäre mir das hundertste Todesjahr 1988 gewesen“.

Theodor Storm erscheint als „intellektueller Schimmelreiter“, der seinem Magenkrebs die Kraft zur Vollendung seiner bekanntesten Novelle abtrotzt. Zunächst scheint ihm die Diagnose seiner Krankheit nicht zu erschüttern. „Laß dich das häßliche Wort nicht erschrecken“, schreibt er

im Mai 1887 seinem Sohn Karl, „viele Menschen haben es viele Jahre lang und sterben schließlich an einer anderen Krankheit.“ Doch bald versinkt er in Schwermut, aus der ihn aber

Der Schimmelreiter – ARD, 25 Uhr

seine Familie herausreißt: Sie inszeniert eine Scheinuntersuchung.

Christiane Hölger und Mit-Autorin Claudia Hollack machen Storms Ringen mit dem Tod zum Ausgangspunkt ihrer Erzählung. Das wird Storms Leben gerecht; denn der erklärte Nicht-Christ hatte Todesangst. Ihn plagte die „leise Furcht, daß im letzten Grunde doch nichts Bestand habe, worauf unser Herz baut“. Also machte er sich auf die

Suche nach ästhetischen Fluchtwegen. Seine „Heimatmanie“ (Thomas Mann) ist ein solcher. Die Trennung von seinem geliebten Heimatort schmerzt ihn sehr, als er ins preussische geht.

Ein früher Versuch, gegen die Hoffungslosigkeit einen Damm zu bauen, ist seine Studentenschwärmerie für Berta von Buchan. Die verarmte Liebe kompensiert Storm mit poetischer Produktivität, was auch der Film zum Ausdruck bringt.

Der Film beschreibt den Zusammenhang zwischen Storms Lebensillusionen und seinem Todesglauben. Mit Erland Josephson dürfte ein Schauspieler gefunden worden sein, der diese beiden Seiten zu mimen versteht. CHRISTIAN GEYER

Vogel (CDU) droht der ARD

Als „unsinnig“ bezeichnete es der Mainzer Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), daß einige ARD-Anstalten die Konfrontation mit den Ministerpräsidenten suchen würden. Er bezog sich darauf, daß ein Vertreter des Südwestfunks androht hatte, Sendeanlagen würden möglicherweise für die Ausstrahlung privater UKW-Hörfunkprogramme nicht zur Verfügung gestellt werden, wenn die Einspielung des ARD-Satellitenprogramms „I Plus“ unterbleibe. Wenn eine solche Haltung ernst gemeint sei, würde dies „schwerwiegende Konsequenzen“ haben, meinte Vogel.

Seine Landesregierung bleibt bei ihrer Rechtsauffassung bezüglich „I Plus“. Vor allem aber werden politischen Bedenken aufrechterhalten. Es könne nicht richtig sein, daß die Intendanten allein die Anzahl der Programme bestimmen und die Parlamente die notwendige Gebührenhöhung nachzuvollziehen hätten. Es gehe darum, wieviel öffentlich-rechtliche Programme es geben solle. Wenn es zehn Fernsehprogramme sein dürften, dann könne er Privatfernseher nur raten, ins Ausland zu gehen, merkte Vogel an.

Die Landesregierung beachtet die einstweiligen Anordnungen der Gerichte, denen zufolge die Ausstrahlung von „I Plus“ nicht zu untersagen sei. Der Rechtsstreit – so Vogel – werde aber erst in der Hauptverhandlung entschieden. Das Programm „I Plus“ kritisierte Vogel inhaltlich. Es sei ein „Programm wie die anderen“. Weder ein besonderer europäischer noch ein Kultur-Akzent seien zu erkennen.

A.K.

Des Sängers Markt: Frieden und Umwelt

Seine Stimme klingt, als habe er mit Nordseewasser gegurgelt oder sie mit Aquavit und Dünensand geschmirgelt: Hans Hartz (39). Er ist in Dithmarschen geboren und als Sohn eines Blankeneseers in Husum aufgewachsen. Schlager und Disco sind dem Nordlicht ein Greuel. Es lag wohl am Dahinsinken der sogenannten Neuen Deutschen Welle, daß seit 1982 der Wind für ihn günstig steht, meint er, „Storm“ ist seine erste Langspielplatte. Heute ist er im ZDF zu hören.

Es war der Ohrwurm von den weißen Tauben, mit dem er haargenau in den Trend der Friedensbewegung hineinpaßte – mit einem Tonfall zwischen Zorn und Trauer, der auch diese Bewegung nahelegt: „Die weißen Tauben sind müde, / Sie fliegen lange schon nicht mehr. / Sie haben viel zu schwere Flügel, / Und ihre Schnäbel sind längst leer.“ So sangen auch viele Ostermarschierer Anfang der 80er Jahre.

Seine weiteren Themen sind weissenverwand, zunächst, was die Zielgruppe betrifft: Umwelt und Ölpest, Geld und Macht, Kriegsangst. Sein Kollege Peter Horton hält Hartz

Teile illustrierte – ZDF, 17.15 Uhr

für den bedeutendsten neuen deutschen Rocker. Hartz selbst sieht sich als Sozialkritiker, der aber „den erhobenen Zeigefinger in der Tasche“ behält: Die Pose des rockenden Oberlehrers liegt dem zum viertenmal verheirateten Wahl-Berliner nicht.

Er arbeitet mit Christoph Busse zusammen, dem Produzenten und Mit-Texter. Zahlreiche Titel hat er auf Spanisch, Italienisch und Englisch aufgenommen. „Weg von diesem sturmzerzausten Friesen-Image“ wollte er, Navigationshilfe dabei leistete ihm unter anderem Vorbild Udo Lindenberg.

Als er sechzehn war, holte die Polizei den Minderjährigen von der Bühne des legendären Hamburger „Star Club“ und schickte ihn nach Hause. Er fuhr dann zur See, Jobte hier und da als (gelernter) Zahntechniker, als Altsenverwerter und Bügler, als Tiefbau-Flex und alternativer Kindergärtner im Kinderladen.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Des Betrügers flexible Moral

Man hat die Moral beim Staat in Verwahrung gegeben“, läßt Wolfgang Menge seinen Felmy sagen. Er meint, in unserem Gemeinwesen werde zuviel durch Gesetz und Verordnung geregelt, so daß die eigentliche Moral verschwinde. Aus dieser These entwickelt er seine Geschichte vom redlichen Unternehmer, der über den Tisch gezogen wird, ohne sich rechtlich wehren zu können. Zwischen Moral und Gesetz klappt die Schere. Diese versucht der Geschädigte mittels ausgeteilter Gaunerstücken zu schließen, zu seinen eigenen Gunsten, versteht sich: Unternehmen Köpenick (Sonntag im ZDF).

Es handelt sich um eine sechsteilige Serie. In dieser will Menge unsere, wie es in einem seiner Dialoge heißt, „flexiblen“ Moral auf den Grund gehen. Der Autor hat auf die kühle Schilderung der Ereignisse gesetzt und auf die abgeleiteten Dialoge und Monologe seines Protagonisten. Deren lehrhafter Ton schlägt zwar gelegentlich durch, aber Felmy schaltet ihn rechtzeitig herunter.

Das erste Stück dauerte knappe 45 Minuten, davon weit mehr als die Hälfte für die Ausbreitung der Vorbildungen. So geriet die Geschichte in Zeitnot. Es drängte sich zusammen, was die Sendung ausmachen sollte: Daß ein Betrüger jetzt andere betrügt, diesmal mit Mitteln, die er aus dem grauen Markt des Kunsthandels entliehen hat.

Das ganze ist prachtvoll erzählt, stimmig und griffig, nur das, was ein Schelmenstück ausmacht, das aner-

kennende Knurren, das Schmunzeln aus Hirn und Bauch kommend, stellt sich nicht ein. Das Stück ist eben zu gut geordnet. V. POLCUCHE

Schulfunk für Bank-Knacker?

Der ARD-Ratgeber Technik (Sonntag in der ARD) ist berichtig, soweit er sich mit den Geldautomaten-Kriminalität beschäftigt. Diesmal kam der Moderator zum Schluß, daß die elektronischen Gelddienste mit einem „unübersehbaren Risiko“ behaftet seien und gab den Tip: Alle Kartenbesitzer sollten die Automaten-Berechtigung ablehnen. Ein heikler Rat des Ratgebers, denn die Automatenknacker von Köln, die Anfang des Jahres ihr Unwesen trieben, geben nach Angaben des Sparkassenverbandes diese Sendung als Informationsquelle an.

Unabhängig davon gebietet es die Fairneß, daß man beide Seiten hört. In zwei Fällen stellten sich jedoch nur Leute als Opfer von Kartenbetrüchern vor und die Banken als böse Geldentreiber dar. Kein Wort davon, daß die Geldinstitute bei Manipulationen und bei Verlust voll haften, wenn dies rechtzeitig gemeldet wird. Kein Wort auch davon, daß den Opfern in Köln kein Schaden entstand.

Die Bemühungen des Kreditgewerbes, das Risiko einzuschranken, wurden zum Teil unterschlagen oder verdreht. Mit Vermutungen sollte dem Zuschauer suggeriert werden, daß auch der andere Lösungsweg – die Chipkarte – leicht zu knacken sei. So war die Sendung keine ehrliche Verbraucherinformation. T. LINKE

SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info

10.00 heute

10.05 WISO

Moderation: Hans-Ulrich Spre

10.30 100 Kunst

11.35 Die Frau des Reporters

12.55 Presseschau

13.00 heute

15.50 Lebenswege

Jede dritte Ehe geht laut Statistik in die Brüche. Ute Wagner-Oswald befragte ein seit fünf Jahren geschiedenes Paar. Trotz aller Zerrüttung suchte es nach vernünftigen Lösungen – den Kindern zuliebe.

16.45 Die Besucher

2. Teil: Nur nicht auffallen

17.45 Tagesschau

Datz. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Alles oder Nichts

Spiel und Show mit Max Schautzler

Heute: Tennis

21.00 Panorama

Themen: Altdracycling, neuer Personalverkehr, Mittelhandel

21.45 pro und contra

Zuschauer wählen das Thema der Sendung am 17. April: Waffenschein für gefährliche Hunde, Rhythmus am Arbeitsplatz oder Straffreiheit für Ladendiebe

21.47 Dallas

22.30 Tagesthem

Der Schimmelreiter

Fernsehfilm von Christiane Höllger

und Clauda Holldack

Mit Erland Josephson, Till Topf, Renate Blahusch u. a.

Regie: Claudia Holldack

0.15 Tagesschau

0.20 Nachtgedanken

16.00 heute

16.00 Computer-Corner

16.10 Schiller-Express

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Teatime

17.45 Tom und Jerry

Ansch. heute-Schlagzeilen

18.20 Erste mal mit Rosenthal

19.00 heute

19.50 Die Reportage

Unser täglich Fleisch

Von W. Eimler und N. Kleinschmidt
Fleisch steht bei den Deutschen fast täglich auf dem Speiseplan, das Geschäft mit Schweinen und Rindern lohnt sich. In Bayern findet allerdings zur Zeit ein regelrechter Kampf um die Schlachthöfe statt, denn der Konkurrent, der stark und Großbetriebe beherrschen den Markt.

20.15 Zur Hochzeit viel Glück

Französischer Spielfilm (1968)

Mit Claude Berni, Elisabeth Wien

Prudence Harrington u. a.

Regie: Claude Berni

21.45 heute-journal

22.05 Die Geschwister Oppermann

1. Teil des zweiteiligen Fernsehfilms von Egon Monk nach dem Roman von Wolfgang Koeppen

Mit Wolfgang Kieling, Rusef Zech, Till Topf u. a.

Der Produzent Gyula Trebitsch erhielt 1984 die Goldene Kamera von „Hörzu“

0.05 heute

III.

WEST

17.50 Telekolleg II

18.30 Samstag

19.00 Aktuelle Stunde

20.00 Tagesschau

20.15 Auslandreporter

Luc Leyser aus Ghana:

Burgen unter Palmen

20.45 Rückblende

Vor 40 Jahren: Core-Punkte

21.00 Formel Eins

21.15 Spargelfelder

Film von Claire Doutriaux

22.15 Drei vor Mitternacht

Reform im Strafvollzug

Anschr. Nachrichten

NORD

18.00 Samstag

18.30 Formel Eins

19.15 Unsere Nachbarn – Die Baltus (12)

20.00 Tagesschau

20.15 Treffpunkt

21.00 Kim Philby war der dritte Mann

Dokumentarfilm von Wolfgang

Bretholz und Hermann Kugelstadt

22.30 heute-journal

23.00 Nachrichten

HESSEN

18.00 Samstag

18.30 Hessen Drei heute

19.15 Formel Eins

19.30 heute-journal

19.55 Drei aktuell

20.00 Edward und Caroline

Französischer Spielfilm (1951)

Mit Anne Vernon u. a.

Regie: Jacques Becker

Drei aktuell

21.45 Affairer Theater

22.50 Ich will, wenn ich liebe, allein sein

23.15 Jazz-Fest Berlin 1984

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:

Nur für Rheinland-Pfalz:

19.00 Abendschau

Nur für das Saarland:

19.20 Saar 3 regional

Gemeinschaftsprogramm:

19.26 Sandmännchen

19.30 Die Sprechstunde

Nur für Baden-Württemberg:

20.15 Forum Südwest

Sozialplan für Bayern?

Nur für Rheinland-Pfalz:

20.15 Markt und Pflanz

Gemeinschaftsprogramm:

21.15 Ave Maria

Deutscher Spielfilm (1936)

Mit Beniamino Gigli u. a.

Biedermann / Kaleidoskop (1)

22.15 Nachrichten

BAYERN

18.55 Abendschau

19.00 Der dirlokte Droht

20.00 Reisewege zur Kunst

Der Osten der Türkei

20.45 Die Sprechstunde

Die ambulante Geburt

21.00 Rundschau

21.45 Z. E. N.

21.50 Die Geliebte des französischen

Kaisers

Englischer Spielfilm (1981)

Mit Meryl Streep u. a.

Regie: Karel Reisz

23.50 Rundschau

15.00 Perfine

15.30 Lössie

16.00 Musikbox

17.00 Die Letzte von der Shiloh Ranch

18.00 Taxi

Comedy-Serie

Oder: Regionalprogramme

18.30 APF blick

18.45 Spezialauftrag

... dann du, Adam Strange

19.45 Love Boat

Anschließend:

Wetterblick, Wochenhoroskop

20.45 gebrauchte rebecca ...

Teil 4

21.50 APF blick

22.15 F. A. Z. online

22.45 S. T. P. IN

Sentimental Journey

23.30 APF blick

19.00 Nachbar Europa

Protokoll eines Schwertransportes

19.45 off-off Autotest

Audi Quattro 200 Coupé,

BMW 635i, Porsche 944 Turbo

20.00 Tagesschau

20.15 Polizeinspektion 1

2. Polizeistunde

20.40 Die Schein

2. Wochenanfang

21.05 Ansichten eines Clowns

Nach Heinrich Bölls Roman

Mit Helmut Griem u. a.

22.50 Die Taktikanten

Französischer Spielfilm (1980)

Mit Christine Boisson u. a.

Regie: Jacques Rivet

0.00 Nachrichten zum Sendeschluß

3SAT

18.00 Mini-ZB

18.15 Jugend-Treff

18.30 295 km auf dem Fluß

Reise vom Aargerscheer an den

Rhein

19.00 heute

19.20 SSAT-Studio

19.30 Ich heirate eine Familie

Serie von Curt Fietow

Mit Peter Welk, Thelma

Wied, Julia Biedermann, Timmo

Niesner, Tarek Helmy u. a.

Regie: Peter Welk

21.15 Zeit im Bild 2

21.35 Kulturjournal

21.45 Club 2

Ansch. SSAT-Nachrichten

21.45 Club 2

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Ansch. SSAT-Nachrichten

Krieg mit Mundwasser

mar - Das Buch ist von A bis Z amüsant. Schon wer es aufschlägt, kann sich der Komik der Bilder nicht entziehen, obwohl diese Entwürfe von griechischen Säulen, Sonnenauf- und untergängen, lauschigen Landschaften oder schönen Frauen, die allesamt für ein Mundwasser werben, einst gar nicht komisch gemeint waren. Und wer sich in den Text vertieft, kann sich eines Schmunzels gewiss nicht erwehren, obwohl er mit aller Ernsthaftigkeit und dem vollen Wortlaut sozialwissenschaftlicher Weiterklärung daherkommt.

Das Buch heißt „Odol - Reklame-Kunst um 1900“ - erschien im Anabas-Verlag und will - so die Autorin Henriette Vath-Hinz - klären, „wie weit die Werbewelt bereits zu Beginn des Jahrhunderts die Bildsprache der Kunst aufnehmen und verwerten und ob die bildende Kunst damit für breite Bevölkerungsschichten nicht nur verfügbar, sondern zugleich ersetzbar wird“. Es ist eine Doktorarbeit. Das kann man nicht übersehen. Sie breitet, wie es das Gesetz solcher Arbeiten befiehlt, demonstrativ alle Früchte des Lesefleißes und des Zitiereifers aus. Vor allem aber begnügt sie sich nicht damit, Fakten zusammenzutragen, sondern entdeckt für uns die geheimen Verführer der Jahrhundertwende, um flugs daraus das Weltbild einer manipulierten Gesellschaft zu zimmern.

Wir werden belehrt, daß die Kunst „vom Reklamebedürfnis der Fabrikanten usurpiert“ worden seien. Und daß die Teamarbeit, diese Zersplitterung und Partikularisierung komplexer künstlerischer Techniken in der Werbung, „ein Spiegelbild der Zersplitterung und Aufteilung aller Lebensbereiche der modernen Industriegesellschaft“ sei. Vor allem aber: Die Frau wird im Odol-Reklamebild als die Passive, das Objekt dargestellt, die sich zugleich mit der Ware zum Kauf anbietet.

Schließlich entdeckt die Autorin sogar, daß sich hinter der „Volksbelehrung in Sachen Hygiene durch Reklame und Vorsorgeuntersuchungen in Schule und Militär“, die Odol-Hersteller länger organisieren, ein politisches Programm verbirgt, die „Erziehung zum gesunden, starken und damit wehrfähigen Deutschen“.

Fritz Fischer wird also wohl sein Buch über die Ursachen des Ersten Weltkrieges umschreiben müssen. Nicht Preußen war's, sondern das Odol aus dem sächsischen Dresden.

Ohne Hoffnung, aber mit Humor - Zum 75. Geburtstag von E. M. Cioran

Das Unglück, geboren zu sein

Der Rumäne E. M. Cioran, geboren am 8. April 1911 in Siebenbürgen (das damals zur ungarischen Hälfte der Habsburgermonarchie gehörte), seit fünf Jahrzehnten im sechsten Arrondissement von Paris, nahe der Place de l'Odéon, als Einsiedler lebend, ist der einzige ebenbürtige Nachfahre Nietzsches in unserer Zeit. Wie Nietzsche der Sohn eines protestantischen Pastors war, so entstammt Cioran einer orthodoxen Priesterfamilie. Steht hinter jener die Gestalt Luthers, so wurzelt dieser in der Welt von Byzanz, der griechischen Kirchenväter und der spätantiken Gnosis. Wie Nietzsche ist auch Cioran ein furioser Kritiker sowohl des biblisch fundierten Christentums als auch seiner säkularisierten Ableger: des Fortschrittsglaubens, des Utopismus und aller heilsgeschichtlichen Erklärungen.

Er kritisierte all dies schon vor Jahrzehnten, lange bevor das Gerede vom möglichen Untergang der Erde, vom Ende der Emanzipation und von der Sinnkrise zur Mode geworden war. Er tat es überwiegend in Aphorismen, gelegentlich auch in Essays, bisweilen auch in ganzen Aperçus und lapidaren Sentenzen. Sie sind gesammelt in durchweg schmalen Bänden mit suggestiven Titeln wie: „Lehre von Zerfall“, „Syllogismen der Bitterkeit“, „Dasein als Versuchung“, „Der Absturz in die Zeit“, „Vom Nachtelb, geboren zu sein“, „Die verheißene Schöpfung“, „Gevier-leit“.

Diese Bücher erweisen Cioran als einen leidenschaftlichen, ja extremen Denker. Alles, was er sagt, verdankt sich Augenblicken der Erregung, der

Unausgeglichenheit, ja, des Paroxysmus. Obwohl in der gesamten Geistesgeschichte bewandert und ein eifriger Leser, vibriert jeder Satz vom Pathos eigenen Erlebens: „Man sollte nur Bücher schreiben, um Dinge zu sagen, die man niemandem anzuvertrauen mag.“

Sein Stil ist polemisch, herausfordernd, bisweilen die Grenze zum Skandalösen und Blasphemischen überschreitend. Doch zugleich sagt er das Schockierende in höchster, geschliffener Feinheit, formvollendet, in meisterlich gefügten Sätzen, mit einem ausgesprochenen Sinn für rhetorische Eleganz und rhythmische Finesse. Radikalität des Fragens, provozierende Streitbarkeit, Lust am Paradoxon verbinden sich mit einer literarischen Brillanz, die sich mit jener der französischen Moralisten und Nietzsche messen kann.

Eine eigentümlich hypnotische Wirkung geht von diesen Schriften aus. Cioran überzeugt weniger durch Argumente als durch eine gewisse unnachahmliche Gebärde, eine bestimmte Aura des Stills, die Raffinesse seiner finkenden Prosa. In einem Satz sagt er mehr als andere in dicken Wälzern.

Ohne Zweifel: Cioran ist ein Philosoph, aber man darf dabei nicht an einen Philosophieprofessor denken. Weder ist er ein Systembauer von der Art der Spinoza, Kant oder Hegel, noch begnügt er sich mit bloßer Sprachanalyse. Er gehört zu den Außenseitern, ist ein Verwandter von Gestalten wie Pascal, Kierkegaard, Leo Schestow und - noch einmal - Nietzsche. Mit ihnen verbindet ihn seine Exzentrik, seine Neigung zum Unbedingten, zum Paradoxon. Alles, was katastrophal und kaputt ist, zieht ihn an: „Das wahre, einzige Pech: das Licht der Welt zu erblicken.“

In immer neuen Ansätzen umkreist dieser Spezialist für Untergänge das Flakko unseres Geisteslebens: „Nicht geboren zu sein. Schon der Gedanke daran - welches Glück, welche Freiheit, welche Weite! Das größte Unglück, das wahre Übel liegt nicht vor uns, sondern hinter uns: der Skandal der Geburt.“

Der Fluch, vom Rande Europas nach Paris verschlagen worden zu sein und als Hauptwerke in einer fremden Sprache verfaßt zu haben, erscheint in dieser Sicht bloß als Chiffre einer tieferen Entfremdung und Absurdität: „Mensch zu sein, ist weniger natürlich als zu sein schlechthin.“ Sogar der Teufel stellt für uns eine empfehlenswerte Zukunft dar: ein unmissverständliches.

Mit feinschmeckerischer Wollust widmet sich E. M. Cioran der für ihn unwiderleglichen Tatsache, daß der

Mensch ein Bankrotteur von Anbeginn ist, ein Reifall des Kosmos, eine metaphysische Pleite. Religionen, Ideologien, Utopien sind nichts als Versuche, diese condition humaine illusorisch zu verschleiern.

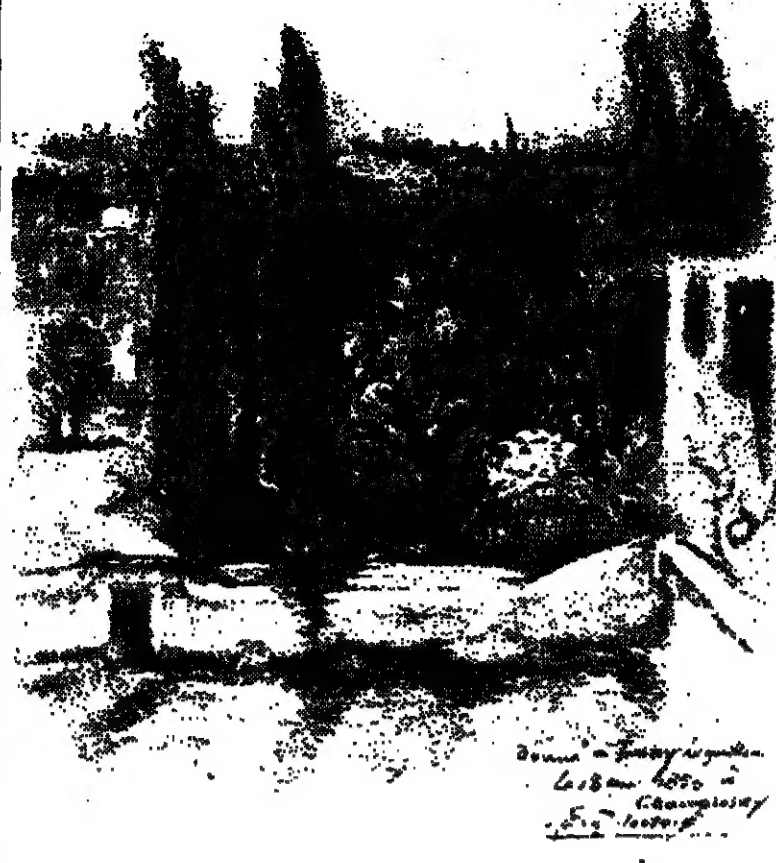
Nur einige wenige Ausnahmen läßt Cioran gelten: Lao-tse, den Stoiker Mark Aurel und vor allem Buddha. Sie kann er nicht genug preisen, um dann doch wieder zu bekennen, daß er ihnen nicht folgen könne: „Die größte Leistung meines Lebens besteht darin, noch am Leben zu sein. Ich kämpfe nicht mit der Welt, ich kämpfe mit einer viel größeren Macht: mit meiner Weltmüdigkeit.“ Er vergleicht sich einmal mit einem Anarchisten, der ein Attentat vorbereitet, dann aber unterwegs anhält, um das Alte Testament oder einen Ketzer um Rat zu fragen. „Man lebt nur dadurch, daß man sich weigert, von seinem Leiden erlöst zu werden.“

Man könnte meinen, daß ein Autor, der wie besessen über den Schicksal des Daseins meditiert und das Prinzip Nicht-Hoffnung verherrlicht, ein griesgrämiges und sauerföhlisches Monster sein müsse. Doch das ist Cioran ganz und gar nicht. Obwohl Pessimist, geht von seinem Denken eine undefinierbare Heiterkeit aus, die sich in unzähligen Bonmots niederschlägt: „Schlaaflosigkeit ist die einzige Form von Heldentum, die mit dem Bett vereinbar ist.“ Oder: „Es tut wohl zu denken, daß man sich töten kann. Kein Thema ist beruhigender, sobald man sich ihm nähert, atmet man auf.“

Der Skeptiker erweist sich zugleich als Mystiker. „Diese Spur von Licht in jedem von uns, die von jenseits unserer Geburt herrührt, sie gilt es zu bewahren, wenn wir uns mit jener fernen Klarheit wieder verbinden wollen, von der wir nie wissen werden, warum wir von ihr getrennt wurden.“

E. M. Cioran ist ein in die Ewigkeit verliebter Humorist, ein lächelnder Melancholiker, der sich auf die lieblich-würdige Kunst versteht, auch noch die traurigsten Dinge auf charmante Weise auszusprechen. Dieser bisweilen als „Nihilist“ verkannte Außenseiter und Einzelgänger ist eine moderne Dogenes-Gestalt. Er verkörpert, auch wenn er närrisch sein scheint, den Typus des antiken Weisen, der frei ist, weil er die Wonne der Einsamkeit und Bedürfnislosigkeit entdeckt hat. Was die Mächtigen, die Funktionäre, die Betriebsamen und Lehrstuhlinhaber entbehren, steht ihm reichlich zur Verfügung: Er hat Zeit, weil er nie mit der Zeit gegangen ist. Er vollendet heute sein 75. Lebensjahr.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER



Auch die Natur hat Augenblicke: „Jardin de Champs-Elysées“ (vor 1855) von Delacroix, aus der Pariser Ausstellung

Paris: Berühmte „Pastelle des 19. Jahrhunderts“

Schönheit der Illusion

Sanft fällt das Licht im Louvre durch die schwer gerafften Vorhänge auf die Pastelle von Delacroix, die den dramatischen Auftakt der Ausstellung „Pastelle des 19. Jahrhunderts“ bilden, wobei drei Pastellstudien zum Bild „Der Tod von Sardanapal“ das Auge sofort gefangen nehmen. Dieses Bild (heute im Louvre) hatte beim Salon von 1827 mit seiner freizügigen Darstellung äußerst heftige Kritik hervorgerufen.

Ausgehend von einer Byronischen Tragödie sieht man Sardanapal, seinen Befehl gemäß, dabei sind, seine Haremsskinnen, Pferde und Hunde umzubringen. Die Studien nun strahlen nichts von dem aus, was an dem Bild mitleidlich kann, nämlich die Überladenheit, eine gewisse Bombast, die eigenartige, aus Kitsch und Morbidität gemischte Atmosphäre.

Dagegen bestehen sie durch das Brio ihrer Farben (vor allem Blau, Rot, Braun), die im endgültigen Gemälde nicht in ihrer vollen Vehemenz erhalten sind; sie nehmen gefangen durch ihre subtilen Schattierungen in warmem Braun oder kaltem, fast stechendem Blau, wobei die weiße Kreide ihre Akzente auf die Muskel-erhebungen der Arme und der Brust setzt.

Anfänglich vor allem bei der Porträtmalerei eingesetzt, ändert sich im Zeitalter der aufkommenden Photographie die Anwendungsweise der Pastell-Technik. Denn sie erlaubt dem Künstler, die Impressionen des flüchtigen Augenblicks besser festzuhalten, als es die schwerfällige Ölmalerei gestattet. Mit Brillanz ist dies Delacroix in seiner Studie einer nach hinten überfallenden Frau gelungen. Und wo gibt es einen auf das Papier leicht hingeworfenen Fuß, der im Sinne eines pars pro toto so viel verrät wie die Studie zum Fuß des Sklaven rechts auf dem Sardanapal-Bild?

Sensibilität, romantische Zuwendung zur Natur verraten dagegen die Landschaftspastelle des Impressionisten Julepaul Ruet, die von einer an Watteau und Fragonard erinnernden Peter Handke schreibt in seiner „Geschichte eines Bleistifts“. Das Bedürfnis nach Schönheit muß veröffentlicht werden; es ist res publica. Hier wird diesem Bedürfnis entsprochen.

So verzaubert Degas mit einer 1869 entstandenen, düftigen Meereslandschaft, einer Symphonie in Grau, überspielt von Grün, Blau, Orange, mit einem Dampfschiff und kleinen Booten als winzigen Punkten in der Ferne. Aus dem gleichen Jahr stammt der „Strand mit drei Segelbooten in der Ferne“ - eine klassische Komposition der Illusion, bei der das Wasser Spiegelbild des Himmels ist und umgekehrt die fließende Trennung zwischen beiden einzig durch frei schwebende Boote markiert wird.

Natürlich fehlen von Degas die obligaten Ballettinszenen und Frauen bei der Toilette nicht, wie meist mit einem kritischen, fast bösen Auge beobachtet. Eine Ausnahme bildet dabei das Pastell „Nach dem Bade, eine Frau reibt sich den Nacken“, das von vollendeter Eleganz und Harmonie ist.

Weiten liegen dagegen zwischen dem dramatisch komponierten Sonnenuntergang von Delacroix mit seinen intensiven Farbkontrasten und Boudins „Abend am Strand“, zartfarbenen und von einer wolkigen leichten Poesie. Eines der schönsten Blumenbouquets der Malerei des 19. Jahrhunderts ist im letzten Saal zu sehen, das „Feldblumenbouquet in einer Vase mit langem Hals“ von Odile Redon, der bei seiner Kunst die Logik des Sichtbaren in den Dienst des Unsichtbaren gestellt hat.

Dies leitet dann über zu der geheimnisvoll-visionären, in durchdringendem Grün-Blau gehaltenen nächtlichen Parklandschaft des Belgiers Degouve de Nuncques. Und dann nehmen die Visionen überhand; ein durch die Landschaft schreitender Buddha von Redon, ein fratzenhaftes menschliches Seungeheuer und schließlich sogar ein im Schneetreiben verlornen Forscher, der sich krampfhaft an einem Bambus festhält (sic!), beides von Levy-Dhurmer.

Am besten man geht schnellstens zum Ausgang und schreitet die ganze Ausstellung noch einmal ab. (Bis 9. Juni; Katalog 80 FF.)

BEATRICE SCHAFFHAUSER

JOURNAL

Berliner VS-Verband: Droht die Abspaltung?

dpa, Berlin
Eine Abspaltung des Berliner VS-Landesverbandes ist nach Ansicht von Günter Grass bei den Vorstandsahlen am kommenden Donnerstag nicht zu erwarten. Die Berliner Sektion des VS (Verband deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier) scheint jedoch, wie aus einer Dokumentation des kommissarischen Vorsitzenden, Hannes Schwenger, hervorgeht, stark empört zu sein über die Flügelskämpfe auf dem kürzlichen Bundeskongress des VS in Berlin. Dabei war Hans Peter Bleuel in einer Kampfabstimmung gegen die Berliner Anna Jonas als Vorsitzender des Gesamt-VS wiedergewählt worden.

Deutsche Lichtbildner gründen Akademie

dpa, Leinfelden-Echterdingen
Als Fotografische Akademie hat sich die Gesellschaft Deutscher Lichtbildner konstituiert. Sie gilt als älteste freie Fotografenvereinsigung Deutschlands. Die neue Namensgebung beschloß die seit 1919 bestehende Gesellschaft auf ihrer Mitgliederversammlung in Leinfelden-Echterdingen (Kreis Esslingen), wohin auch der juristische Sitz der Gesellschaft verlegt wurde (vormals Baden-Baden). Vorsitzender ist Prof. Gottfried Jäger (Bielefeld).

Buchmesse Buenos Aires mit deutscher Beteiligung

dpa, Buenos Aires
Unter dem Thema „Technik und Wissenschaft“ beteiligen sich 110 Verlage aus der Bundesrepublik an der 12. internationalen Buchmesse von Buenos Aires, die bis zum 21. April dauert. Nach der Buchmesse in Mexiko und der Biennale in São Paulo ist die Messe in der argentinischen Hauptstadt die bedeutendste Bücherpräsentation Lateinamerikas.

Römische Festung in Ägypten freigelegt

dpa/UPI, Aswan
Das Fundament einer römischen Festung aus dem ersten Jahrhundert nach Christus ist in der Nähe der südägyptischen Stadt Aswan freigelegt worden. Die Berichte der Zeitung „Al-Ahram“ (Kairo). Die Ausgrabung sei bedeutend, weil das Fundament „vollständig erhalten und eindeutig zuzuordnen“ sei, zierte das Blatt ägyptische Archäologen in dem Gebiet. Danach habe der römische Kaiser Vespasian (69 bis 79 n. Chr.) den Bau der Festung veranlaßt. Ebenfalls ausgegraben wurden die Überreste einer römischen Kirche (möglicherweise aus dem vierten Jahrhundert).

Chinesisches Wörterbuch mit 20 000 000 Zeichen

dpa, Peking
Das bisher umfangreichste etymologische Wörterbuch der chinesischen Sprache ist in Druck. Das achtbändige Werk enthält 56 000 Stichwörter mit insgesamt 20 Millionen Schriftzeichen und geht damit noch über das berühmte „Kangxi Lexikon“ hinaus, das unter der Herrschaft der Qing-Dynastie (1644-1911) ediert wurde. Das neue Wörterbuch, dessen letzter Band bis 1989 auf dem Markt sein soll, erläutert die Herkunft und den Begriffswandel der chinesischen Zeichen sowie ihre Verwendung in den klassischen Schriften.

„Fundevoget“ erhält Preis für Literaturkritik

dpa, Frankfurt
Der mit 5000 Mark dotierte Alfred-Kerr-Preis für Literaturkritik geht an die Redaktion der Kinder- und Jugendbuchzeitschrift „Fundevoget“ (Frankfurt). Die Auszeichnung ist eine Stiftung des Börsenblatts für den Deutschen Buchhandel und wird in diesem Jahr zum zehnten Mal vergeben.

Franco Corelli 65

Franco Corelli mußte man singen sehen, nicht hören allein, um seine volle Wirkungsmacht zu begreifen. Er sah aus wie das Wunschbild eines Tenors, und das machte ihn zur Idealfigur auf der Opernbühne: Ein Gary Cooper sozusagen als „Troubadour“, ein Gregory Peck als Carmen Sergeant. Corelli's Stimme (und Aussehen) bestimmte vorzüglich die weiblichen Herzen. Aber Corelli verstand es als einer der wenigen auch, Manricos verteilte Stretta (im „Troubadour“) in der Originaltonart zu singen und sich jede Marscherleichterung durch Transposition zu versagen. Das imponierte selbst Herbert von Karajan. Er machte den robusten Sänger zum Verdi-Helden von Salzburg. Sonst war Corelli eher an der New Yorker Metropolitan heimisch, wo man seinen Singappell am höchsten (und höchst bezahlt) einzuschätzen wußte. Er war ein Bilderbuchsänger. Daß Corelli, der ewige Jüngling des wundervollen tenoralen Geschnitters, heute schon 65 sein soll, überrascht sehr. gl.

Zürich: „Maria Stuart“ mit M. Becker und A. Fink

Der Dame einen Tusch

Es ist im Züricher Schauspielhaus etwas sehr Seltenes gelungen. „Maria Stuart“, das immer erfolgreiche Theaterstück, verpuffte mit viel äußeren (nicht innerem) Glanz und ohne jede innere oder äußere Spannung. Daran vermochte selbst der starke Beifall am Schluß nichts zu ändern, ebensowenig wie die vereinzelt Buhs, die ertönten, als der Regisseur, Direktor Gerd Heinz, erschien.

Nicht daß „Maria Stuart“ Schillers stärkstes Drama wäre. Goethe zum Beispiel hat das Duell der beiden Königinnen als das „Spiel der zwei Huren“ abgetan. Aber dieses Stück ist sicher das am besten konstruierte Theaterstück von Schiller. Es spielt sich wie von selbst. In Zürich war „Maria Stuart“ immer ein Erfolg gewesen, hauptsächlich weil Maria Becker meist die Elisabeth, einmal auch die Maria, spielte. Ihre erste Elisabeth lieferte die Becker ab, als sie noch nicht einmal 30 war. Und sie wurde die stärkste Darstellerin dieser Rolle in unserem Jahrhundert, neben - sicher nicht hinter - Hermine Körner, Max Reinhardt's Elisabeth. Auch dieses Mal ist sie immerhin noch beachtlich.

Schiller hat Geschichte immer nur als Vorwand genommen. Die Figuren seiner Stücke sind mit ihren historischen Vorbildern nicht identisch. Das gilt auch für die Königinnen Maria und Elisabeth. Sie waren zur Zeit des Geschehens (des Stücks) 45 bzw. 54 Jahre alt, also für damalige Zeiten ältere Frauen. Bei Schiller sollen sie 25 bzw. 30 sein. Nach dem zu schließen, was bei ihm dabei herausgekommen ist, hatte Schiller recht. Nach dem zu schließen, was bei Heinz herausgekommen ist, hatte Heinz bitter unrecht. Die Rollen mit Darstellerinnen zu besetzen, die bald 70 Jahre alt sein werden.

Daß die beiden so hergerichtet sind, daß sie zwar nicht jung, eher alterslos erscheinen, ist nicht entscheidend. Das Entscheidende ist (da helfen weder Schminke noch Kostüme noch Striche etwas): Ältere Damen sprechen und handeln nicht so wie die Gestalten Schillers. Keine ältere Maria jubelt, wenn sie aus einem Schloß, in dem man sie gefangen hält, in einen Park gelassen wird („Brennende Wolken! Segler der Lüfte!“), keine ältere Elisabeth würde so takt- und schamlos mit ihren Ministern umspringen.

Hinzu kommt die unbefriedigende Regie. Heinz läßt dadurch Tempo vortäuschen, daß die Schauspieler ständig Stakkato sprechen müssen - das Tempo des Stücks liegt natürlich in seinem rasanten, unaufhaltsamen Ablauf. Heinz geht nur auf Effekte aus und dabei so weit, daß er in zwei Akten den Vorhang vorzeitig fallen läßt nach einem, wie ihm scheint, besonders effektvollen Ausbruch - der Rest der Akte hinkt dann hinterher. Zudem wird Pathos mit Lautstärke verwechselt. Der Höhepunkt des Stücks, der Streit der Königinnen, von innerer und äußerer Dramatik platziert, wird zu einem Oratorium, bei der die Personen, die nicht gerade dran sind, unbeteiligt herumstehen und auf ihr Stichwort warten.

Einige Randfiguren werden übrigens ausgezeichnet gespielt. Zu erwähnen wäre etwa Renate Steiger oder Jodoc Seidel sowie Peter Ehler, der seinen Leicester weniger wie üblich als Schönlings und Liebhaber anlegt denn als Intrigant. Oder Wolfgang Stendar als Burleigh, der Wolf Bösewicht ist, eher Schreibfischläter. Am stärksten der Shrewsbury von Hans Dieter Zeidler, eher in einer unwichtigen Rolle. Aber bei ihm ist alles klar und irgendwie bedeutend.

Sie alle sprechen Schiller. Nicht Schiller spricht die Maria der Agnes Fink. Sie ist alles andere, aber eine Königin von Schottland ist sie nicht. Ihre letzte große Szene ist ergreifend, gewiß, aber hier kann man an Schiller nicht vorbei. Die Katastrophe des Abends: Sven-Eric Bechtolf als Moritz. Ständig verhetzt, nicht weil er sich in einen Kampf auf Leben und Tod stürzt, sondern eher wie einer, der den nächsten Zug nicht versäumen will. Man versteht kein Wort, das er maschinengewehrartig herausgeschleudert, und schon gar nicht die Geschichte.

Da ist übrigens noch eine extra komponierte Musik (Armin Brunner). Etwas Überflüssigeres gibt es nicht. Nach dem herrlichen Ende, das nach den Worten „Der Lord läßt sich entschuldigen...“ eine ratlos verzweifelte und einsame Elisabeth zurückläßt, in der von Schiller genial erdachten Stille - ein Tusch. Wir sind in der Operette angelangt.

CURT RIESS

Nächste Aufführungen: 9., 12., 13., 15., 17. und 18. 4. Karteninformationen: 00411/251111.

Kritischer Start: Die Filme der DEFA im 40. Jahr

Ein fader Gänsebraten

Man wüßte sich für 1986. das 40. Jahr der DEFA, vor allem „erregende, interessante, künstlerisch gelungene Filme aus unseren Ateliers in Babelsberg“, schrieb Helmut Lange, Chefredakteur der Ostberliner Zeitschrift „Filmspiegel“, kurz vor der Jahreswende. Doch sein Wunsch wurde bislang nicht erfüllt. Die fünf DEFA-Spielfilme, die in den vergangenen drei Monaten Premiere hatten, bekamen mehr oder weniger kräftige Schelte von der Kritik. Eine Ausnahme bildete lediglich „Das Haus am Fluß“ von Roland Gräf, der allerdings mit seiner altmodischen Sozialkritik in der „DDR“ kein Publikumsverfolg wurde.

Um drei Leistungssportler der Nordischen Kombination geht es in dem Streifen „Startfeber“ von Konrad Petzold. Einmütiges Urteil der „DDR“-Filmkritik: „Konfuser Bildschat, der mühsam aneinandergeklebt wurde.“ Und die Ostberliner Wochenzeitschrift „Sonntag“ schrieb sogar: „Es scheint mir kein Zufall mehr, daß unsere Kinematografie mit Filmen, die in sportlichen Regionen angesiedelt sind, wenig Fortuna hatte... Es gelang nie, die unbekannte sportliche Dramatik zu einem auf nur annähernden Äquivalent auf der Leinwand zu führen, es blieb geistig alles kleinkariert.“

Geistig kleinkariert ist auch Claus Dobberke's neuer Film „Drost“, der schildert mehrere Tage im Leben seines Titelhelden, der nach 35 Jahren mit hohen Ehren aus dem Dienst als Offizier der Kasernenmusikspolizei und der NVA entlassen wird und sich als Bürgermeister eines kleinen Dorfes vor neue Aufgaben gestellt sieht. Er ist ein sozialistischer Held,

wie ihn die SED sich wünscht. Der Film jedoch, ein Beitrag zur Wehr-erklärung, verbreitet Langeweile, so daß, wie ein Ostberliner Kinoleiter klagt, die Besucher „scharenweise“ das Filmtheater verlassen.

„Ein fader Gänsebraten“ lautet das Urteil des „Sonntag“ über den historischen DEFA-Beitrag „Die Gänse von Büttow“, den Frank Vogel nach der gleichnamigen Schnurre von Wilhelm Raabe, einer Travestie auf das Revolutions- und Fortschrittsverständnis in deutschen Landen, drehte. „Wo sollen junge Leute hingehen, wenn's draußen kalt ist und sie knutsch wollen?“ fragte die satirische Ostberliner Zeitschrift „Eulenspiegel“. Antwort: Sie gehen in „Junge Leute in der Stadt“. DEFA-Regisseur Karl Heinz Lotz drehte ihn nach einer literarischen Vorlage des 1932 im Rhein ertrunkenen proletarischen Schriftstellers Rudolf Braune. Braune schrieb, wie andere der KPD angehörende oder nahestehende Autoren, Tendenzliteratur. So machen auch die beiden anfangs unpolitischen Helden von „Junge Leute in der Stadt“, Emanuel und Susi, unter dem Eindruck der Agitation von KPD-Genossen eine Wandlung durch. Lotz' Film wurde jedoch wegen seiner ansatzweise originellen Bildsprache und seines chaotischen Handlungsablaufs verrissen.

Mitte der 50er Jahre gab die Leitung des „DDR“-Filmwesens (Anton Ackermann, Albert Wilkening u. a.) die Devise aus: „Mehr bessere Filme“. Qualität, so sagte man, setze „Kontinuität und Breite der nationalen Filmproduktion voraus“. Davon ist auch 30 Jahre danach noch immer nichts zu sehen. HARALD BUDDÉ

KULTURNOTIZEN

In Kiewe findet am 13. Mai die „Deutsch-Niederländische Kulturbörse“ statt (32./23. April).

Der amerikanische Film „The Hit“ erhält beim Kriminalfilmfestival von Cognac den Großen Preis.

Der 2. Comic-Salon findet vom 29. Mai bis 1. Juni in Erlangen statt.

Mit „Asterix, Mickey Mouse & Co.“, einer Geschichte des Animationsfilms, wird das Deutsche Film-museum in Frankfurt am 13. April wieder seine Ausstellungstätigkeit beginnen.

„Südostasien aktuell“ ist der Titel einer neuen Zeitschrift des Instituts für Asienkunde in Hamburg (Rothensbaumchaussee 32), die sich mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den Medien der Asean-Länder und der Länder Indochinas beschäftigt.

György Ligeti wurde der Grawemeyer Award der Universität von Louisville zugesprochen.

Mit 10 000 Mark ist der Kinder- und Jugendbuchpreis dotiert, den Oldenburg für ein Erstlingswerk ausgeschrieben hat.

